

**Der gebundene Wettbewerb in der
deutschen Spirituswirtschaft und die
gesamtwirtschaftlichen Interessen**

Jochen Geyr

DER GEBUNDENE WETTBEWERB IN DER DEUTSCHEN

SPIRITUSWIRTSCHAFT UND DIE GESAMTWIRT-

SCHAFTLICHEN INTERESSEN.

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät

der Ludwig - Maximilians - Universität zu

München

vorgelegt von

Jochen G E Y R



Referent: Geheimrat Prof. Dr. Adolf W e b e r

Tag der mündlichen Prüfung: 23. 7. 1958

INHALTS - VERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
<u>EINLEITUNG</u>	
I. Die verschiedenen Begriffe	1
II. Alkohol - nicht nur Genußmittel	2
<u>ERSTER ABSCHNITT</u>	
Die Struktur der Spirituswirtschaft in der Bundesrepublik	
=====	
§ 1 <u>Rechtsnormen, die den Wirtschaftszweig bestimmen</u>	6
1) Geltende Rechtsnormen	7
2) Rechtliche Entwicklung	8
§ 2 <u>Herstellungsgrundlagen</u>	9
1) Erzeugergruppen	10
2) Bedeutung der Erzeugergruppen	11
3) Produktionskapazität der Spirituswirtschaft	18
§ 3 <u>Die regionale Gliederung der Produktion</u>	29
1) Verteilung der Brennrechte im Bundesgebiet	30
2) Tatsächliche Erzeugung	36
§ 4 <u>Verarbeitung und Verbrauch</u>	40
1) Quantitative Verwertung der Produktion	41
2) Qualitative Verwertung der Produktion	48

	<u>Seite</u>
§ 5 <u>Der organisierte Branntwein-Markt</u>	52
1) Konstruktion und Aufgabe des Branntwein-Monopols	52
2) Volkswirtschaftliche Begründung des Monopols	77
3) Fiskalische Zielsetzungen	56
 <u>ZWEITER ABSCHNITT</u>	
Der gebundene Wettbewerb in der Spirituswirtschaft der Bundesrepublik =====	
§ 6 <u>Die geschichtlichen Wurzeln des Branntwein-Monopols</u>	61
1) Finanznot	61
2) Beseitigung drohender Überproduktion	62
§ 7 <u>Staatsintervention und volkswirtschaftliche Aufgaben</u>	63
1) Umfang der Intervention	63
2) Grenzen der Intervention	66
§ 8 <u>Der Ausgleich der Interessen</u>	78
1) Einzelwirtschaftliche Ziele	78
2) Das volkswirtschaftliche Ziel	82
§ 9 <u>Wege und Mittel der Intervention zum Ausgleich der Interessen</u>	94
1) Angebotsseite	95
2) Die Marktfunktion des Branntwein-Monopols und Monopolpolitik	112
3) Nachfrageseite	123
4) Gestörtes Gleichgewicht	130

	<u>Seite</u>
§ 10 <u>Die zurückliegende Epoche der Branntweinwirtschaft</u>	134
1) Das Spirituskartell	134
2) Die strukturellen Unterschiede zwischen Spiritus-Kartell und Branntwein-Monopol	137
§ 11 <u>Branntweinwirtschaft und Leistungswettbewerb</u>	138
1) Liberalisierung der Branntweinwirtschaft	138
2) Folgen des Liberalisierungsversuches	146
3) Freie Konkurrenz - freiwillige Demontage	149

DRITTER ABSCHNITT

Wirtschaftliche Prosperität und sozialwirtschaftliches Gleichgewicht

=====

§ 12 <u>Der volkswirtschaftliche Aufwand</u>	155
1) Fehlleitung von Produktionselementen	155
2) Fortwirkungen auf vorgelagerte Märkte	161
3) Das Branntwein-Monopol - ein "Verschiebebahnhof für Subventionen"?	163
§ 13 <u>Der volkswirtschaftliche Zweck</u>	168
1) Die agrar- und ernährungswirtschaftliche Bedeutung des Branntwein-Monopols	169
2) Die sozialhygienische Bedeutung des Branntwein-Monopols	178

<u>Rückblick und Ausblick</u>	182
-------------------------------	-----

TABELLEN - VERZEICHNIS

=====

<u>Tabelle</u>		<u>Seite</u>
I	Branntweinerzeugung der Eigen- und Monopolbrennereien	11
II	Zahl der in Betrieb gewesenen Brennereien	16
III	Erzeugung der Branntweinbrennereien	16
IV	Die Durchschnittsproduktion je Brennerei	17
V	Der Anteil der Brennereiklassen a) nach der Zahl der in Betrieb gewesenen Brennereien, b) nach der Erzeugung vor und nach dem II. Weltkrieg	17
VI	Jahresbrennrechte	19
VII	Menge der zur Branntweinerzeugung verwendeten Rohstoffe	27
VIII	Der Anteil des aus Korn, Getreide und mehligem Stoffen hergestellten Branntweins an der Gesamtproduktion	27
IX	Die Brennrechte im Bundesgebiet nach Ländern per 30.9.1955	32
X	Der Anteil der Brennereiklassen am Gesamtbrennrecht innerhalb der einzelnen Länder des Bundesgebietes per 30.9.1955	33
XI	Die durchschnittliche Höhe der vorhandenen Brennrechte je Brennerei in den Ländern des Bundesgebietes per 30.9.1955	34
XII	Die Bevölkerung des Bundesgebietes und der Länder am 31.12.1955	34
XIII	Die Kartoffelanbauflächen und die dazugehörigen Brennrechte in den Ländern des Bundesgebietes 1955	35
XIV	Die gesamte Branntwein-Erzeugung der Brennereien mit und ohne Brennrecht im Betriebsjahr 1954/55: a) Erzeugung b) in v.H. der Erzeugung der Länder c) in v.H. der Erzeugung der Brennereiklassen	37

<u>Tabelle</u>		<u>Seite</u>
XV	Der Branntwein-Absatz nach dem Verwendungszweck einschl. erzeugter Mengen ablieferungsfreien Branntweins	43
XVI	Der Branntweinverbrauch pro Kop der Bevölkerung	44
XVII	Lohn-Preis-Vergleich	45
XVIII	Der Branntwein-Absatz an Trinkbranntwein-Hersteller nach bezogenen Mengen	46
XIX a	Der Branntweinabsatz an Trinkbranntwein-Hersteller nach bezogenen Mengen im Betriebsjahr 1954/55	47
XIX b	Der Branntweinabsatz im Betriebsjahr 1954/55 an Trinkbranntwein-Hersteller nach bezogenen Mengen in v.H. des Betriebsjahres 1952/53	47
XX	Die durchschnittlichen Übernahmepreise einschl. Anlieferungskosten im Betriebsjahr 1954/55	49
XXI	Die kassenmäßigen Einnahmen aus dem Spiritusmonopol und der Tabaksteuer	57
XXII	Volkseinkommen - Branntweinsteuer und die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik	59
XXIII	Der Anteil ablieferungspflichtigen Alkohols innerhalb der einzelnen Brennerklassen a) in v.H. der Gesamtablieferung an die Monopolverwaltung, b) in v.H. der Gesamterzeugung, c) in v.H. der jeweiligen Erzeugung	90
XXIV	Die Übernahmepreise im Durchschnitt der Betriebsjahre 1950/51 bis 1955/56	99
XXV	Die Branntwein-Erzeugung in den landwirtschaftlichen Brennereien aus frischen Kartoffeln	102
XXVI	Erzeuger- bzw. Großhandelspreise für Speisekartoffeln und Schweinefleisch	104

<u>Tabelle</u>		<u>Seite</u>
XXVII	Die Erzeugung von Korn- und Wein-destillat	126
XXVIII	Erzeugung und Absatz von Trinkbranntwein	145
XXIX	Der Verwaltungs- und Betriebskosten-Anteil am Gesamt-Umsatz der Bundesmonopolverwaltung	166
XXX	Kartoffel-Bilanz in der Bundesrepublik und Bayern 1954	172

E I N L E I T U N G

1. Die verschiedenen Begriffe.

A l k o h o l, gewöhnlich Äthyl-Alkohol (C_2H_5OH), bezeichnet eine farblose, brennend schmeckende Flüssigkeit. - Chemisch-technisch verstanden, sind Alkohole organische Verbindungen, die sich von den Kohle-Wasserstoffen ableiten. Die Bezeichnung "Alkohol" soll auf Paracelsus zurückführen. Der Wortstamm ist arabischer Herkunft (al-Kohol). Es soll damit irgendein "feines" Pulver benannt worden sein, und hier liegt offenbar der Ansatzpunkt für die vorliegende Begriffsprägung: Alkohol - das "Feinste" des Weins.¹⁾

Der Name **S p i r i t u s** (Geist) deutet auf die leichte Flüchtigkeit des Stoffes hin; diese ist eine Folge des niederen Siedepunktes, welche bereits bei normaler Raumtemperatur zu Verdunstungserscheinungen führt.

S p r i t ist gereinigter, hochprozentiger Alkohol, wie dieser üblicherweise in den Handelsverkehr gelangt. Eine Einschränkung hinsichtlich des Reinheitsgrades gilt bei dem für menschlichen Genuß unbrauchbar gemachten oder denaturierten Alkohol.

A l k o h o l u s - a b s . ist beinahe wasserfreier Alkohol mit ca. 98 Vol-%.

Der Begriff **B r a n n t w e i n** leitet sich von der ursprünglichen Herstellungsweise ab. Durch Destillation von Wein erhielt man eine mit Weingeist stark angereicherte Flüssigkeit. Im geltenden Sprachgebrauch bezeichnet Branntwein jedes durch Destillation gewonnene Erzeugnis aus gegorenen alkoholischen Flüssigkeiten.

1) Liffmann: "Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik", Berlin 1923, S. 56 ff.

Im engeren Sinn bedeutet Branntwein gleichzeitig "Trink"-Branntwein: das ist eine Mischung hochgradigen Alkohols mit Wasser, möglicherweise unter Zusatz von Aromastoffen.

II. Alkohol - nicht nur Genußmittel.

Die weitergehende Bedeutung des Alkohols - über seinen ursprünglichen Zweck hinaus - : als Heil- oder Genußmittel zu dienen, wird ersichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Produktion von Filmen, Nylon, plastischen Kunststoffen, von Lacken, Farbstoffen, von Firnis, Zellwolle und Kunstseide auf Alkohobasis in neuartigen Verfahren chemischer Stoffumwandlung erfolgen kann.

Die vorstehend angeführten Beispiele sind freilich kein repräsentativer Ausschnitt für die Vielzahl der Möglichkeiten, die Alkohol für eine moderne industrielle Fertigung bietet. Sie mögen als Auswahl dafür genügen, anzuzeigen, daß ein früheres Vorurteil gegenüber "Kunststoffen" überwunden zu sein scheint. In der Zeit der beginnenden Rüstungskonjunktur und Kriegswirtschaft ging man vielfach davon aus, derartigen Ersatzprodukten für den allgemeinen Verbrauch nur bedingte oder vorübergehende Bedeutung beizumessen.

Eine gewichtige Stellung wird künftig auch im Rahmen der deutschen Chemie-Wirtschaft einem in anderen Ländern schon weiter fortentwickelten Zweig der chemischen Synthese zukommen, der sog. "Erdöl-Chemie". Für Alkohol und dessen vielseitige Verwendbarkeit hat das insofern eine Bewandnis, als Äthylalkohol durch Gärung auf petrochemischem Wege über Äthylen gewonnen werden kann.

Aktuell ist zur Zeit die Verwertung solchen Alkohols über Butadien zur Gewinnung synthetischen Kautschuks.

Im übrigen werden Acetaldehyd, Chloräthyl, Chloral, Diäthyläther und andere Verbindungen mehr gewonnen, welche weiterverarbeitet werden können zu Lösungsmitteln, Gefrierschutz-, Textilhilfsmitteln und anderen Stoffen.

Während in Deutschland die praktische Anwendung der in der Erdöl-Chemie begründeten technischen Möglichkeiten über erste Anfänge hinaus kaum entwickelt zu sein scheint, erreichte in den Vereinigten Staaten die Produktion der auf Erdölbasis im Jahre 1951 beispielsweise hergestellten synthetisch-organischen Chemikalien einen Umfang von rund 8.600.000 Tonnen.¹⁾ Innerhalb von 10 Jahren ist es der Erdöl-Chemie in den USA gelungen, die Produktion um das Zehnfache voranzutreiben, und bis zum Jahre 1960 soll die Produktionsausweitung in gleicher Geschwindigkeit weitergeführt werden.

Die Produktion an Synthese-Kautschuk erlebte in wenigen Jahren einen beispiellosen Aufstieg. Während die Weltproduktion im Jahre 1938 auf 71.000 to geschätzt wird, ist diese bis zum Jahre 1944 bereits auf 1 Million Tonnen heraufgeschnellt.²⁾ Nach einem vorübergehenden Tiefstand im Jahre 1949 hält die drängende Expansion in der Erzeugung von synth.-Kautschuk auch weiterhin an.

Für den in diesem Zusammenhang bedeutsamen Produktionsausschnitt der Erdöl-Chemie:

von Äthylen zu Äthylalkohol,

von Äthylalkohol zu Butadien,

und schließlich durch Emulsionspolymerisation zu BUNA oder Synthese-Kautschuk ist für synth.-Alkohol als Rohstoff eine möglicherweise verhältnismäßige Entwicklungstendenz angezeigt.

Auf den Märkten des Alkohols hat sich zwischen den beiden Weltkriegen ein U m b r u c h vollzogen, der

1) Diese Schätzung ist entnommen: Lauersen, "Mineralöl als Chemie-Rohstoff", Kiel 1952, Kieler Studien..

2) Die Schätzungen sind entnommen: Pahl, "Rohstoffe", S.240 ff., erschienen im Goldmann-Verlag, München, Knapp, "Der Wirtschaftsteil der Zeitung", S.80, Poeschel-Stuttgart, 1954.

ronstoffmäßig bedingt ist und teilweise von der bisher weitgehend agrarischen Ausgangsposition ablenkt. Verorachsseitig trat bereits in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein Wandel ein. Die gelegentliche Anwendung des Alkohols zu Heilzwecken wich infolge der Verbilligung der Herstellungsweise einer umfassenden Verwendung als Genußmittel des Massenverbrauchs. Mit einem durchschnittlichen Verbrauch von über 7,2 l je Kopf der Bevölkerung erreichte der Trinkbranntweinverbrauch in Deutschland im Jahre 1880 sein Maximum.

Schließlich haben die Bemühungen von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, die Rohstoff-Krise zweier Weltkriege zu überwinden, die Voraussetzungen geschaffen, Alkohol als industriellen Schlüssel-Rohstoff zu verwerten.

Aufbau der Arbeit:

Es wird die Aufgabe der folgenden Ausführungen sein, einleitend in Form eines Überblicks wesentliche Merkmale der gegenwärtigen Struktur der Spirituswirtschaft herauszuschälen. In den beiden Hauptteilen der Arbeit wird zu untersuchen sein, w i e die vielen nach Art, Umfang und Zielsetzung unterschiedlichen Einzelwirtschaften sich harmonisch in die Bewegungsvorgänge unserer Volkswirtschaft einordnen.

Diese Frage wird nach zwei Richtungen hin Aufmerksamkeit erfordern:

Einmal geht es um die Analyse der bestehenden Ordnungsform. Kraft gesetzlichen Zwanges sind die Einzelwirtschaften zusammengefügt in den Rahmen eines Staatsmonopols. Hier gilt es, zu erkennen, wie sich die Kräfte aller Einzelwirtschaften miteinander und gegeneinander in solcher Gemeinschaftsform entfalten. Was beobachtet werden soll, darf sich nicht auf Zufälligkeiten beschränken. Die Ausrichtung der Ergeb-

nisse muß erfolgen an einem allgemeinen und auf längere Sicht gültigen Maßstab.

Diese Erkenntnis führt notwendig zu einer zweiten Form der Untersuchung: wie sich bei gegebenen strukturellen Voraussetzungen die der deutschen Spirituswirtschaft eigenen Kräfte entwickeln könnten, wenn das Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften sich frei von staatlich-monopolistischem Zwang vollziehen würde.

Die Einschränkung, die hier hinsichtlich des Begriffes "frei" vorgenommen werden muß, weist die Themenstellung. Gefragt ist nach den gesamtwirtschaftlichen Interessen. Hierin ist das volkswirtschaftliche Ziel begründet.

Bei einer Wertung der im Verlauf der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse wird es darauf ankommen, die Kritik der eingeschränkten Wettbewerbsbedingungen an dem erstrebten sozialökonomischen Gleichgewicht auszurichten.

Dabei ist zunächst zu prüfen, ob die das Monopol umfassenden Bedingungen mit dem volkswirtschaftlichen Ziel in Einklang zu bringen sind, angesichts des vollzogenen Umbruchs auf den Märkten des Alkohols.

ERSTER ABSCHNITT

Die Struktur der Spirituswirtschaft in der Bundes-
republik.
=====

§ 1 Rechtsnormen, die den Wirtschaftszweig bestimmen.

Die Struktur der westdeutschen Spirituswirtschaft ist das Spiegelbild vielfältiger Interessengestaltungen, die diesen Wirtschaftsbereich in den vergangenen 150 Jahren geformt haben. Finanzielle Erwartungen des Fiskus konkurrieren mit agrarpolitischen Zielsetzungen der gesetzgebenden Organe, die in ihrer Willensbildung nicht immer frei sein werden von möglicher Einflußnahme nahestehender bezüglichlicher Interessentengruppen.

Hinzu kommen sozialhygienische Forderungen, etwa das Ziel, den Verbrauch alkoholischer Getränke zu drosseln.

Die Produktionswirtschaften hingegen, soweit sie mit sinkenden Kosten die Erzeugung auszudehnen vermögen, verfolgen den privatwirtschaftlich begreiflichen Wunsch, gegebene Erzeugungsmöglichkeiten zu nutzen. Das würde wettbewerbswirtschaftlich in der Form geschehen, daß die Anbieter mit den höchsten Kosten allmählich vom Markte verdrängt würden mit der Tendenz, daß sich die Erzeugung auf die verbleibenden Wettbewerbswirtschaften so verteilte, daß diese eben die Produktion bei sinkenden Kosten nicht weiter ausdehnen könnten. Eine solche Anpassung wird aber deshalb nicht erfolgen, weil der Wettbewerb monopolistisch gebunden ist. Diese Bindung hat das Gefüge der Spirituswirtschaft nachhaltig bestimmt.

Die nachstehende Untersuchung der Rechtsnormen, Produktionsgrundlagen, Produktionsverwertung und der Marktorganisation legen hiervon Zeugnis ab.

1) Geltende Rechtsnormen.

Das Bemühen, die Einkünfte aus der Branntweinbesteuerung zu mehren und diese Absicht mit einer Reihe von volkswirtschaftspolitisch bedeutsamen Zielsetzungen zu verbinden, leitete in eine Entwicklungsrichtung vorwiegend staatlicher Wirtschaftslenkung über.

Die Grundlage zu e i n h e i t l i c h e r Regelung ist gegenwärtig gegeben in dem Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922. Dieses Gesetz ist in den Jahren seines Bestehens durch mehr als 20 Änderungen den wechselnden Bedingungen angepaßt worden. An Durchführungsbestimmungen sind in Kraft: die Brennerei-Ordnung, die Branntweinverwertungsordnung, die Essigsäure-Ordnung, die Branntweinzählordnung, technische Bestimmungen sowie die Meßuhr-Ordnung.

Das Branntweinmonopolgesetz selbst ist verankert in den Artikeln 105/108 des Bonner-Grundgesetzes, soweit es dabei um eine grundsätzlich finanzwirtschaftliche Aufgabenstellung geht, d.h. um Gesetzgebung, Finanzausgleich und Verwaltung des Finanzmonopols.

Spezielle Verwaltungs- und Rechtsvorschriften für den steuerlichen Bereich sind in der Reichsabgabenordnung enthalten. In ihrer Fortwirkung auf vorgelegerte Märkte werden die genannten Rechtsquellen ergänzt durch eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen, die in keinem ursächlichen Zusammenhang zur Monopolordnung stehen und in anderen Wirtschaftsbereichen ebenso Raum finden, wo es gilt, mittels obrigkeitlicher Eingriffe die Volkswohlfahrt zu fördern. Es seien angeführt das Lebensmittelgesetz mit der Zweckbestimmung, Mindestforderungen an Güte zum Schutze des Verbrauchers zu sichern. In ähnlicher

Weise wirkt das Handelsklassengesetz mit gleicher Zielsetzung auf höherer Ebene. Im Gaststättengesetz etwa sind Beschränkungen hinsichtlich der abzugebenden Mengen auferlegt, das Weingesetz enthält Vorschriften über die Lagerung von Weinbrand u.ä.

Einschneidende Bedeutung erlangte die VO über die Verwertung von Getreide zur Herstellung von Branntwein vom 26.6.1937, welche erst kürzlich aufgehoben worden ist.

2) Rechtliche Entwicklung.

Das bestehende Staatsmonopol ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Zusammenwirkens verschiedener Triebkräfte:

- a) Die Branntweinbesteuerung rechtfertigt sich aus der Tatsache, daß bei geistigen Getränken die Voraussetzung der Anpassung des Konsums an die Einkommensverhältnisse in hohem Maße gegeben ist.¹⁾ Es bestehen bodenständig geprägte Verbrauchsgewohnheiten, die eine relativ starre Nachfrage bewirken, so daß erhöhte Steuern auf Alkohol z.B. keinen entsprechenden Verbrauchsrückgang bewirken. Hierin liegt die Auffassung begründet, daß u.a. auch in der Alkoholbesteuerung eine gewisse Steuer-Reserve gegeben ist, die, je nachhaltiger sie ausgeschöpft werden soll, einer einheitlichen Erfassung bedarf. Die geeignete Besteuerungsform bietet "das von gesamtwirtschaftlichen Erwägungen bestimmte, nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Branntweinmonopol"²⁾ - - "welches die höchste Belastung bei größter Schonung des Verbrau-

1) Eheberg, "Finanzwissenschaft", 13.Aufl., S.379

2) Schmölders, "Die Reform der Branntweinbesteuerung in Westdeutschland". Köln, 1950.

chers ermöglicht" ¹⁾).

- b) Eine Kartellbildung ist dort begünstigt, wo ein einheitliches Produktionsziel voransteht und die Anzahl der beteiligten Betriebe begrenzt bleibt.

Diesen Voraussetzungen folgend, ist es in dem Bereich der Alkoholwirtschaft zu Zusammenschlüssen gekommen: Um 1890 bilden sich provinzielle Spiritus-Verwertungs-Genossenschaften heraus, 1898 folgt der "Verwertungsverband deutscher Spritfabrikanten". 1897 entsteht die "Verkaufsstelle deutscher Spritfabriken" und 1899 verschmelzen sich die Verbände des Branntwein-Reinigungsgewerbes mit den Brennern in der "Spiritus-Zentrale G.m.b.H.". Diese Organisation wird bereits im Jahre 1908 zu einem Kartell ausgebaut (II-Hauptvertrag) und schließlich am 14. April 1916 bedarf es kaum mehr als einer formellen Namensänderung, um wirtschaftlich das zu vollziehen, was schrittweise in Form der vorstehenden Zusammenschlüsse angebahnt worden war: die Bewirtschaftung des Branntweinmarktes. Die "Spiritus-Zentrale G.m.b.H." wird der "Reichsbranntweinstelle" als Geschäftsabteilung eingegliedert.

§ 2 Herstellungsgrundlagen.

Gewöhnlich entsteht Alkohol durch Gärung von Zuckerarten, die durch Hefe gespalten werden, so daß Kohlendioxyd entweicht. Die neuzeitliche Entwicklung, Alkohol synthetisch über Äthylen herzustellen, welches aus Kokereigas und bei der Crackung von Erdöl anfällt, wurde bereits angedeutet.

1) Reichstagsdrucksachen Nr. 1460, S.47,
II. Session 1914/18, Band 324.

Für das erstgenannte Verfahren sollen unter dem Begriff "Zucker-Arten" verstanden sein:

zuckerhaltige Rohstoffe: Zuckerrohr, -Rüben, Früchte, -Säfte, Pflanzenteile, Melasse, Molke u.a.;

zellulosehaltige Rohstoffe: insbesondere Abfälle aus Holz und Sulfitablaugen. Bei diesen muß, wie bei den stärkehaltigen Rohstoffen: Kartoffeln oder Getreide-Arten, zunächst auf chemischem Wege die Verzuckerung bewirkt werden.

1) Erzeugergruppen.

Das "Gesetz über das Branntweinmonopol" - in der Folge als BrMG abgekürzt - unterteilt die Produktionsstätten zunächst nach

"Monopol-Brennereien", § 21

und "Eigenbrennereien", §§ 24/28.

Für die "Eigenbrennereien" sind in § 24 BrMG drei Brennerei-Klassen aufgezählt:

1. Landwirtschaftliche Brennereien (§§ 25/26), mit der Abart der landwirtschaftlichen Gemeinschaftsbrennerei;
2. Obstbrennereien (§ 27) mit den Abarten
 - a) Obstgemeinschaftsbrennereien (§ 37)
 - b) Abschnittsbrennereien
 - c) Stoffbesitzer (§ 36), die keine Brennereien im eigentlichen Sinne darstellen;
3. Gewerbliche Brennereien.

Zwischen die beiden Hauptgruppen, die Eigenbrennereien und die Monopolbrennereien, tritt als trennendes Element und sachliches Unterscheidungsmerkmal die in § 21 BrMG verankerte Rohstoff-Bindung. Den Monopolbrennereien sind alle jene Rohstoffe vorbehalten, die vor dem 1. Oktober 1914 gewerblich nicht verarbeitet wurden.

2) Bedeutung der Erzeugergruppen.

Tabelle I

Branntweinerzeugung der Eigen-
und Monopolbrennereien
(Mengenangaben in hl/W) ¹⁾

Betriebs- jahr	Eigen- brennereien	v.H.	Monopol- brennereien	v.H.	Brennereien insgesamt	v.H.
1924/25	1.639.810	89,1	200.033	10,9	1.839.843	100
1950/51	876.869	68,8	396.751	31,2	1.273.620	100
1951/52	913.111	71,7	360.224	28,3	1.273.335	100
1952/53	792.393	67,3	385.865	32,7	1.178.258	100
1953/54	839.278	70,2	356.880	29,8	1.196.158	100
1954/55	842.640	69,2	373.500	30,8	1.216.140	100

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß sich in den zurückliegenden 30 Jahren das Erzeugungsverhältnis zwischen den Eigen- und Monopolbrennereien zugunsten der letzteren verschoben hat.

Es würde jedoch den Sinngehalt der Zahlenreihe entstellen, wenn man daraus ablesen wollte: die Produktionsquote der Eigenbrennereien sei um rund 20 % gesunken, während bei den Monopolbrennereien eine gegenläufige Entwicklung gleichen Umfanges eingetreten sei. Eine solche Folgerung bedarf schon deshalb der Einschränkung, weil die Ausgangsposition des Betriebsjahres 1924/25 einem Vergleich mit den derzeitigen Verhältnissen, allein schon infolge zwischenzeitlich eingetretener Gebietsveränderungen, nicht standhält.

1) Quelle: Stat.Bericht Arb.Nr.VII/66/4-6

Für das heutige Bundesgebiet betragen, gemessen an den Verhältnissen, die 1938/39 für das frühere Reichsgebiet Gültigkeit hatten, die Erzeugungsanteile bei den

Eigenbrennereien 23 vom Hundert,
Monopolbrennereien 41 vom Hundert.¹⁾

Anders ausgedrückt, ist durch die Abtrennung des Oder-Neiße-Gebietes und die Zonen-Einteilung das Produktionsvolumen der Eigenbrennereien, die im Bundesgebiet verblieben sind, empfindlicher getroffen worden, als das der Monopolbrennereien. Unter den Eigenbrennereien sind es in erster Linie die Kartoffelbrennereien, die nach 1945 mit 89,5 vom Hundert²⁾ des Vorkriegs-Brennrechtes jenseits der Elbe liegen und von denen auf das Bundesgebiet ein Rest-Anteil von 10,5 vom Hundert entfällt.

Unter dieser Sicht gewinnt eine qualitative Wertung der aufgezeigten gegenläufigen Entwicklungsrichtung einen veränderten Ausdruck, dies um so mehr, als bei insgesamt rückläufiger Produktion für die Monopolbrennereien eine Expansion besteht. Die Ziffern sind aber dann von bedingtem Wert, wenn man damit den Versuch machen will, eine echte Wachstumstendenz nachzuweisen. Dieser Versuch muß an dem eigentlichen Ziel vorbeiführen, weil die wirtschaftlichen Kräfte auf der einen und der anderen Seite nur bedingt wirksam werden können in den Grenzen plan-wirtschaftlicher Erzeugungskontingente und anderer, einschränkender Bedingungen. Dabei soll nicht übersehen werden, daß in der Verlagerung der Produktionsanteile ein echtes volkswirtschaftliches Prinzip zum Ausdruck kommt. Es werden verbilligte und auf lange Sicht verfügbare Rohstoffquellen erschlossen, um in wirksamer Weise

1) u. 2) Herlemann: "Branntweinpolitik und Landwirtschaft", Kiel, 1952, S.77, Tabelle 17.

dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrages dadurch zu begegnen, daß in diesem Falle Boden durch eine Kombination von Arbeit und Kapital substituiert wird.

Die nachstehenden Tabellen II bis V sollen eine Zahlenübersicht über die Struktur des Wirtschaftszweiges geben. Die Berichtsjahre sind so ausgewählt, daß sie die typischen Konturen für den Verlauf der letzten 30 Jahre herausstellen. Es ist nicht beabsichtigt, in dieser Zusammenstellung eine stufen- oder schrittweise vollzogene Entwicklung innerhalb der einzelnen Gruppen, beispielsweise der Eigen- oder Monopolbrennereien anzuzeigen.

Vielmehr soll innerhalb der einzelnen Berichtsjahre das gegenseitige Verhältnis der Brennereiklassen zueinander - gleichsam als wirtschaftliche Momentaufnahme - festgehalten werden.

In den Tabellen II und III sind zu diesem Zweck die absoluten Zahlen zusammengestellt. Tabelle IV stellt eine erste Verbindung zwischen beiden Zahlenreihen her.

Der Kern des Problems liegt frei, wenn man die Zahlenreihen II und III in Verhältniszahlen kleidet, wie das in Tabelle V geschehen ist.

Das Schwergewicht nach der Zahl der vorhandenen Produktionsstätten liegt bei den Obstbrennereien. Trotz eingetretener Gebietsverluste hat diese Gruppe absolut und relativ an Bedeutung gewonnen, und zwar auch hinsichtlich des fortlaufend gestiegenen Erzeugungsanteils.

Während die Obstbrennereien mehr als 9/10 aller Betriebe stellen und sich in zunehmender Weise mit etwa zu 1/10 an der Produktion beteiligen, steuert die zahlenmäßig zweitstärkste Gruppe der landwirtschaftlichen Brennereien mit etwas über 4 v.H. der

Produktionsstätten immerhin noch mehr als ein Viertel zur gesamten Alkohol-Erzeugung bei. Der Erzeugungsanteil hat sich jedoch seit 1924/25 von rund drei Viertel auf rund ein Viertel zu Gunsten sämtlicher anderen Gruppen verschoben. Trotzdem ist die Durchschnittsproduktion angestiegen. Diese lag 1924/25 extrem niedrig und schickt sich an, den Vorkriegsumfang etwa wieder zu erreichen. Die erhöhte durchschnittliche Produktion im Betriebsjahr 1938/39 für die landwirtschaftlichen Brennereien ergibt sich durch eine außergewöhnlich gute Beschäftigung der Kornbrennereien.

Bei den Monopolbrennereien zeigt sich eine Konzentrationstendenz. Während sich die Erzeugung des Getreide- und Kartoffelbranntweins auf 1.205 landwirtschaftliche und 340 gewerbliche Brennereien im Betriebsjahr 1954/55 verteilt, ist die Erzeugung von Branntwein: aus Zellstoffablaugen auf 12, aus Holz auf 2 und für Branntwein aus der chemischen Synthese auf 11 Betriebe beschränkt geblieben. Die Anzahl der Monopolbrennereien erreicht kaum Bruchteile eines Prozents der vorhandenen übrigen Erzeugungsstätten.

Der Produktionsanteil hat sich von 1 % im Jahre 1924 auf rund 30 % nach dem zweiten Weltkrieg auszuweiten vermocht. Zwar ist die vor dem Kriege bestehende Durchschnittsproduktion noch nicht wieder erreicht, aber diese Tatsache ist eher die Folge der monopolgesetzlichen Produktionsbeschränkung, als die fehlender Produktionsvoraussetzungen.

Ein Vergleich der Anzahl der gewerblichen Brennereien stößt auf Schwierigkeiten, weil für die Zeit bis 1940/41 die Abfindungsbrennereien in der Statistik nicht ausgegliedert sind. Nachdem die Erzeugung der Abfindungsbrennereien aus mehligen

Stoffen zu der Gesamtproduktion dieser Sparte nicht ins Gewicht fällt und diese Erzeugung auch das Produktionsvolumen der gewerblichen Brennerien nur unwesentlich beeinträchtigt, wurden in den folgenden Zahlenreihen die Obstverschlußbrennerien und die Abfindungsbrennerien in einer Spalte zusammengefaßt.

Die Erzeugungssteigerung der gewerblichen Betriebe nach dem 2. Weltkrieg auf die doppelte Menge, von 16,6 v.H. auf 38,2 bis 28,7 v.H. der jeweiligen Gesamtproduktion, bei gleichfalls zahlenmäßigem Rückgang der Erzeugungsstätten auf etwa ein Fünftel der ursprünglich vorhanden gewesenen Betriebe, deutet ebenso auf eine Konzentration in der Erzeugung hin.

Die Erzeugungssteigerung trifft, obwohl die durchschnittliche Produktion in den Melassebrennerien bis zu 7.512 hl/W gewichtig ist, hauptsächlich die Lufthefebrennerien. Die Melassebrennerien haben ihren Erzeugungsanteil von 14,2 auf 19,6 v.H. nur unwesentlich erhöhen können.

Tabelle II

Zahl der in Betrieb gewesenen Brennereien¹⁾

=====

	Landwirtsch.	Brennereien ¹⁾			Monopol-	insg.
		insg.	Gewerbliche davon Melasse	Obst- ¹⁾		
1924/25	10.462	2.209	212	26.925	17	39.613
1938/39	8.687	2.058	71	14.812	46	25.603
1950/51	1.230	422	33	32.478	24	34.154
1951/52	1.214	372	32	30.322	25	31.933
1952/53	1.235	388	32	28.032	26	29.681
1953/54	1.224	374	31	29.911	26	31.535
1954/55	1.205	340	31	26.692	27	28.264

+) einschl. Abfindungsbrennereien

Tabelle III

Erzeugung der Branntweinbrennereien²⁾

=====

(Mengenangaben in 1.000 hl/W)

	Landwirtsch.	Brennereien ¹⁾			Monopol-	insg.
		insg.	Gewerbliche davon Melasse	Obst- ¹⁾		
1924/25	1.305,5	305,7	261,9	28,3	200,0	1.839,5
1938/39	2.660,4	899,0	806,1	83,6	931,6	4.574,6
1950/51	378,5	420,3	240,1	78,0	396,8	1.273,6
1951/52	342,0	485,4	333,5	85,7	360,2	1.273,3
1952/53	311,6	378,4	231,7	102,2	385,9	1.178,1
1953/54	324,6	377,4	232,9	137,3	356,9	1.196,2
1954/55	332,9	348,5	198,2	161,2	373,5	1.216,1

+) einschl. Abfindungsbrennereien

1) u. 2) DKV-Zahlenspiegel, ab 1952/53 Statistische
Berichte VII/66/4-6

Tabelle IV

Die Durchschnittsproduktion je Brennerei¹⁾

(Mengenangaben in hl/W)

	Brennereien				Monopol-	Insg.
	Landwirtsch.	Gewerbliche insg.	davon Melasse	Obst-+)		
1924/25	124,7	138,3	1.235,3	1,05	11.765	46,4
1938/39	306,2	436,8	11.353,5	5,64	20.230	178,6
1952/53	252,3	875,2	7.240,6	3,64	14.842	39,6
1953/54	265,2	1.009,0	7.512,9	4,6	13.727	37,9
1954/55	276,3	1.025,0	6.393,5	6,0	13.833	43,0

+) einschl. Abfindungsbrennereien

Tabelle V

Der Anteil der Brennereiklassen

a) nach der Zahl der in Betrieb gewesenen
Brennereien,

b) nach der Erzeugung

v o r u n d n a c h dem II. Weltkrieg²⁾

Brennereiklassen					Monopol-
Landwirtsch.	Gewerbliche insg.	davon Melasse	Obst- +)		
<u>a) Anteil der Brennereien</u>					
1924/25	26,4	5,7	0,5	67,9	0
1938/39	33,9	8,0	0,2	57,0	0
1950/51	3,6	1,3	0,1	95,1	0
1951/52	3,8	1,2	0,1	95,0	0
1952/53	4,1	1,4	0,1	94,5	0
1953/54	3,9	1,2	0,1	94,8	0
1954/55	4,3	1,2	0,1	94,4	0
<u>b) Anteil der Erzeugung</u>					
1924/25	70,9	16,6	14,2	1,5	1,0
1938/39	58,2	19,7	17,6	1,8	20,3
1950/51	29,7	33,0	18,9	6,1	31,2
1951/52	26,8	38,2	25,4	6,7	28,3
1952/53	26,5	32,1	19,6	8,7	32,7
1953/54	27,1	31,6	19,5	11,5	29,8
1954/55	27,4	28,7	16,3	13,2	30,7

+) einschl. Abfindungsbrennereien

1) und 2) errechnet aus den Tabellen II und III

3) Produktionskapazität der Spirituswirtschaft.

Wesentlich für die Beurteilung der Struktur des Wirtschaftszweiges ist nicht nur die Anzahl funktionsfähiger Produktionsstätten oder ein effektiv nachgewiesenes Produktionsvolumen. Beide Daten sagen nichts darüber aus, inwieweit bestehende Erzeugungsmöglichkeiten ausgelastet sind.

Die erheblich schwankenden Ziffern der Durchschnittsproduktion je Brennerei in Tabelle IV geben einen ersten Hinweis auf die unterschiedliche Auslastung der Produktionsgrundlagen.

Eine Untersuchung der vorhandenen Produktionskapazität kann nach zwei Richtungen erfolgen. Einmal wird eine technische Kategorie ermittelt, die das mögliche Erzeugungs-Maximum umschreibt.

Für wirtschaftliche und insbesondere für volkswirtschaftliche Folgerungen reicht eine solche Größe nicht aus; es müssen Überlegungen hinzutreten, die sich mit der Kostenfrage auseinandersetzen und danach fragen, ob eine sinnvolle Verwendung der Produktionselemente auch tatsächlich gewährleistet ist. Denn es besteht die Gefahr, daß dieser oder jener Betrieb, möglicherweise eine Vielzahl von Betrieben durch mangelnde Beschäftigung oder ungenügendes Rechnen ungleich mehr Produktionskräfte benötigen und diese dann der Volkswirtschaft an anderer Stelle fehlen.

Die Grenzen der Produktionskapazität der Spirituswirtschaft sind durch die technische Ausstattung der Betriebe und durch die Versorgung mit Rohstoffen gegeben. Im engeren Sinn gelten jedoch die Grenzen nach den Vorschriften des BrMG. Durch Festlegung der Jahresbrennrechte bzw. der Kornbrennrechte innerhalb der Brennrechte oder durch die

Verträge der Monopolverwaltung mit den -brennereien wird der Produktionsumfang behördlich diktiert. Vorhandene Bestände und eine Vorausschätzung der Absatzmöglichkeiten für Sprit, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Rohstoffversorgung für die einzelnen Brennereiklassen dienen als marktähnliches Orientierungsmittel bei der Bestimmung der Jahresbrennrechte. Durch ein künstliches Preissystem von Zu- und Abschlägen zu den Übernahme-preisen wird die Produktion in die erwünschte Richtung geleitet.

In der nachfolgenden Zusammenstellung ist gezeigt, welchen Umfang die Jahresbrennrechte in den zurückliegenden Jahren angenommen haben. Es wird ersichtlich, daß Kapazitätsreserven bestehen müssen, um die erheblich schwankenden Jahresbrennrechte auszulasten.

Tabelle VI

Die Jahresbrennrechte haben in v.H. 1)
der regelmäßigen Brennrechte betragen:

=====

	Brennereien				
	Landwirtsch.-	Obst-	Gewerbliche	darunter Melasse	Lufthefe
1949/50	150	1.000	150	+))	100 ⁺⁺⁾
1950/51	100/150	1.500	100/150	100	100
1951/52	100	100	100	300	133 1/3
1952/53	80	100	80	100	100
1953/54	80	100	80	80	80
1954/55	90	100	90	90	90
1955/56	100	100	100	100	100
1956/57	100	100	100	100	100

+) Sämtlicher im Betriebsjahr hergestellter Branntwein aus Melasse gilt als im Brennrecht hergestellt.

++) Über das 100%ige Brennrecht hinaus konnte Branntwein aus Melasse ohne Hefe-Erzeugung hergestellt werden, und zwar ohne Anrechnung auf das Brennrecht.

1) Zusammengestellt aus Bundestagsdrucksache Nr.5263, 3025, 3381 u.4263, 1.Wahlperiode; Nr.464, 2.Wahlperiode

Für die Hersteller von Gärungs-Alkohol liegt die sog. "effektive Kapazität" bei etwa 90 v.H. des vorhandenen Gärbottich-Raumes, welcher unter Einhaltung einer gewissen Gärdauer täglich befüllt werden kann. Abkürzung der Gärzeit und Maischung höherer Rohmaterialmengen ermöglichen eine Steigerung der technischen Betriebskapazität. Die Konzentration der Maische und die Gärdauer stehen jedoch in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander, so daß

- a) die Anlagekapazität bei gegebenem Bottichraum eine Ausdehnung der Erzeugung praktisch nur in Grenzen zuläßt. Im allgemeinen liegen die Kapazitäten der Betriebe über dem Brennrecht, "bei vielen Kornbrennereien übersteigt die Kapazität das Brennrecht um 100 % und mehr"¹⁾. Erzeugungsmengen, die das Jahresbrennrecht übersteigen, sind kein Anhaltspunkt für eine Kapazitätsreserve etwa in Höhe dieser Abweichung, weil außerhalb des Jahresbrennrechts hergestellter Spirit nach § 74 BrMG einem Überbrandabzug unterliegt, welcher eine überschüssige Erzeugung drosseln soll. Dieser Abzug ist im Betriebsjahr 1954/55 von DM 48.- hl/W auf DM 84.- hl/W heraufgesetzt worden²⁾. Im Betriebsjahr 1956/57 wurde der Überbrandabzug wegen der zwischenzeitlich eingetretenen Spirit-Verknappung wiederum ermäßigt. Er beträgt zwischen DM 20.- und DM 40.- hl/W je nach der Art des hergestellten Branntweins bzw. des Umfangs der Jahreserzeugung. Der prohibitive Überbrandabzug der Betriebsjahre 1954/55 und 1955/56 der Bundesmonopolverwaltung deutet darauf hin, daß die Branntwein-Erzeuger

1) Strothmann, "Technologie des Gärungsgewerbes", Band I, S. 17

2) Für Obstbrennereien gilt eine abweichende Regelung.

nicht nur über technische, sondern auch über wirtschaftliche Kapazitätsreserven verfügen, welche eine Produktionsausweitung über das festgesetzte Jahresbrennrecht hinaus, offenbar mit sinkenden Stückkosten, zuließ, es sei denn, die Berechnung des Branntweingrundpreises nach § 65 BrMG in Verbindung mit §§ 72/73 BrMG sei verfehlt.

Über das erhöhte Jahresbrennrecht von 150 v.H. im Betriebsjahr 1949/50 ist für die gewerblichen Brennereien Hessens die tatsächliche Ausnutzung der Brennrechte mit 218 % nachgewiesen; für Niedersachsen beträgt diese 193 % und für Bayern 178,1 %¹⁾. Die Kapazität der Monopolbrennereien sei praktisch unbegrenzt²⁾. Für den geplanten wirtschaftlichen Ausbau der Äthylen-Chemie werden von der Industrie im einzelnen Kapazitäten von 250.000 hl/W angestrebt³⁾.

b) Rohstoffabhängigkeit.

Die in Tabelle VI aufgezeigten Schwankungen in der Gestaltung der Jahresbrennrechte sind nicht die Folge einer absatzorientierten Erzeugungspolitik der Monopolverwaltung, um etwa einem erhöhten Bedarf an Melassebranntwein zu folgen. So wurden "mit Rücksicht auf einen im Betriebsjahr 1949/50 festgestellten Melasseüberhang, der die Tanks der Zuckerfabriken blockierte und im Falle einer Nichtabnahme bis zum Schluß des Betriebsjahres den Anlauf der Zuckerkampagne in den Zuckerfabriken gehindert hätte"⁴⁾, von der Monopolverwaltung zusätzlich eine Menge von 10.000 to Melasse zur Verarbeitung freigegeben.

1) Herlemann, a.a.O. S.82, Tab.21;

2) Herlemann, a.a.O. S.88;

3) Beckmann, "Chemische Industrie", Heft 5/52, Staatsmonopol gegen freie Marktwirtschaft;

4) Bundestagsdrucksache Nr. 3381

Im Betriebsjahr 1950/51 wurde "im Interesse der Landwirtschaft, die bei der reichen Kartoffelernte des Jahres 1950 mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatte"¹⁾, das festgesetzte Jahresbrennrecht bis zu 50 Hundertteilen erhöht, wenn das regelmäßige Brennrecht in bestimmter Form zur Verarbeitung von Kartoffeln ausgenutzt wurde.

Um eine angemessene Obstverwertung sicherzustellen, wurde seit dem Betriebsjahr 1951/52 die gewährte brennrechtmäßige Vergünstigung ersetzt durch eine elastische Staffelung und Handhabe der Überbrandabzüge²⁾.

Wurde zunächst festgestellt, daß eine untere Grenze für die Auslastung der Brennereien in der ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen besteht, so bewirkt auf der anderen Seite der Überhang einzelner Rohstoffe einen Druck auf die Produktionslenkung. Dieser Druck wirkt infolge des starren gesetzlichen Regulativs des Monopols nicht gleichmäßig auf den übrigen Produktionszweig weiter, sondern führt mittelbar zu Störungen der Erzeugungsbedingungen innerhalb der verschiedenen Brennereiklassen aus folgendem Grund:

I. Im BrMG sind Rohstoffbindungen festgelegt:

Nach § 21 BrMG sind den Monopolbrennereien sämtliche Rohstoffe vorbehalten, aus denen Branntwein vor dem 1.10.1914 nicht hergestellt worden ist. § 25 BrMG enthält die Bestimmung, daß landwirtschaftliche Brennereien nur Kartoffeln oder Getreide verarbeiten dürfen. Ein Verstoß gegen die auferlegten Rohstoffbindungen ist nach §§ 38/39 BrMG mit dem Verlust des Brennrechts bedroht; der Fall

1) Bundestagsdrucksache Nr. 3262

2) Bundestagsdrucksache Nr. 4263

tritt u.a. dann ein, wenn Stoffe verwendet werden, deren Verarbeitung den Monopolbrennereien vorbehalten ist, oder bei Betrieben mit Hefe-Erzeugung, wenn eine in der gesetzlichen Vorschrift des BrMG näher bezeichnete Änderung in der Herstellungsweise erfolgt. Schließlich ist auch der Übergang von einer zur anderen Brennereiklasse mit dem Entzug des Brennrechts verbunden.

Ist beispielsweise der laufende Melasseanfall größer als der Rohstoffbedarf bei gegebenem Brennrecht, so haben diejenigen Betriebe, welche bereits vor dem 1.10.1914 Melasse verarbeitet haben, die Möglichkeit, ihre Produktion auszuweiten. Dieser Prozeß vollzieht sich möglicherweise - wie es im Betriebsjahr 1951/52 geschehen ist - in der Weise, daß die Melassebrennereien ein Jahresbrennrecht von 300 v.H. des regelmäßigen Brennrechts zugeteilt erhalten. Gleichbleibende Nachfrage nach Sprit bzw. Melassesprit vorausgesetzt, verursacht das für die landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien in der Folge eine Kürzung der regelmäßigen Brennrechte. In Tabelle VI ist gezeigt, daß eine solche Herabsetzung der Brennrechte für die Betriebsjahre ab 1952/53 tatsächlich stattgefunden hat.

Aus Tabelle II geht hervor, daß wenigen Melassebrennereien, die zwar betriebswirtschaftlichen Nutzen von der Produktionsausweitung davontragen, eine Vielzahl landwirtschaftlicher und anderer gewerblicher Brennereibetriebe gegenüberstehen, die von entsprechenden Brennrechtskürzungen betroffen sind.

Bei den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien, welche von einer Kürzung der Jahresbrennrechte um 20 v.H. betroffen wurden, beträgt die Produktionsminderung 119.523 hl/W¹⁾.

Während die Melasse- und Hefelüftungsbrennereien im Durchschnitt über Brennrechte zwischen 6.000 hl/W und 7.000 hl/W verfügen und als Großbetriebe angesprochen werden können, tragen die landwirtschaftlichen Brennereien mit einem Durchschnittsbrennrecht von 314 hl/W²⁾ und die gewerblichen Kornbrennereien mit einem solchen von 618 hl/W³⁾ ausgesprochen mittelständischen Charakter. Schematischen Einschränkungen der Produktion durch Abschläge in den Jahresbrennrechten vermögen die betroffenen Mittelbetriebe nur mit Schwierigkeiten und unter ungünstigen Kostenverhältnissen zu folgen.

Hingegen ist es möglich gewesen, daß eine Melassebrennerei ohne Brennrecht - nach einer amtlich bestätigten Meldung⁴⁾ - Melassebranntwein zu DM 47,20 hl/W an die Bundesmonopolverwaltung abgeliefert hat. Der Übernahme- preis für Melassebranntwein hat im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1952/53 DM 125,77 hl/W⁵⁾, für Hefelüftungsbranntwein DM 113,43 hl/W⁶⁾ betragen.

Für sämtlichen abgelieferten Branntwein aller Preisgruppen sind im Durchschnitt DM 139,91 hl/W⁷⁾ als Übernahme- preis aufgebracht worden. Wird unterstellt, daß die echten durchschnittlichen Produktionskosten für Melassebrannt-

1) errechnet aus Stat.Ber. Arb.Nr. VII/66/4, S.8;
2)+3) " " " " " " " " " " " "

4) VOLKSWIRT 8.Jg. Nr.44, S.16 "Branntweinpolitik und Mittelstand";

5), 6), 7) Bundestagsdrucksache Nr.464,
Geschäftsbericht S.10.

wein innerhalb der unteren Preisgrenze von DM 47,20 hl/W und dem errechneten Übernahme-
preis von durchschnittlich DM 125,77 hl/W
liegen können, so deutet das immerhin, ge-
messen an dem Durchschnittspreis von
DM 139,91 hl/W, auf eine volkswirtschaftlich
günstige Erzeugungsbasis für Sprit hin, zu-
mal:

- II. die nutzbringende Verwertung eines meist
ausreichend vorhandenen Abfallproduktes er-
folgen kann.

Die Ablaugen der Zellstoffindustrie oder die
Holzabfälle aus Sägewerken und anderen Holz-
verarbeitungsbetrieben sind für die Erzeugung
von Alkohol ebenfalls brauchbar, weil die in
diesen Stoffen enthaltene Zellulose in ver-
gärbaren Zucker aufgespalten werden kann.
Ebenso werden die Rückstände aus anderen
Gärungsgewerben in die Alkoholproduktion
einbezogen, und auch die Verwertung verderb-
licher oder für den menschlichen Genuß un-
brauchbar gewordener Agrarprodukte, z.B. Obst
und Kartoffeln, erlangt hier eine praktische
Bedeutung.

Der Rückgriff auf solche Rohstoffquellen be-
wirkt nicht nur eine Kostenminderung bzw.
Preisstützung der Primärproduktion, sondern
die aus inländischer Produktion nicht aus-
reichend verfügbaren agrarischen Rohstoffe,
für die sonst ein Importbedürfnis bestünde,
können ersetzt werden.

An dieser Stelle liegt der Einwand nahe:
die Alkoholerzeugung aus agrarischen Rohstof-
fen solle erst dort und in dem Umfang ein-
setzen, als ein erwiesenes Bedürfnis nach
Agrarsprit besteht, oder: soweit der nicht
aus Agrarstoffen hergestellte Sprit den
allgemeinen Bedarf nicht zu decken vermag.

Damit ist eine Frage angedeutet, die zugleich den Angelpunkt bisheriger und zukünftiger wirtschaftspolitischer Überlegungen bildet.

Es gilt zu prüfen, ob bei dem veränderten Gewicht der landwirtschaftlichen Brennereien in der Branntweinwirtschaft eine vorwiegend agrarpolitische Ausrichtung des Monopolgesetzes volkswirtschaftlich vertretbar ist - oder nicht.

Eine betriebswirtschaftlich nützliche und volkswirtschaftlich sinnvolle Voraussetzung hierzu besteht in der Schlempefütterung, d.h. der zusätzlichen Bereitstellung betriebseigenen Kraftfutters zum Zwecke erweiterter Viehhaltung.

Abgesehen von dem Jahrzehnte währenden Meinungsstreit über die Bedeutung der Schlempe als Kraftfuttermittel sind die tatsächlichen Verhältnisse bis heute praktisch insoweit unverändert geblieben, als die landwirtschaftlichen Korn- und Kartoffelbrennereien die begehrte Schlempe in Kuppelproduktion zum Alkohol erzeugen.

- III. Die inländische Versorgung mit Korn, anderem Getreide und mehligem Stoffen zur Gewinnung von Agrarsprit und Getreideschlempe ist unzureichend.

Tabelle VII

Menge der zur Branntweinerzeugung verwendeten
Rohstoffe: Getreide, mehligte Stoffe, und Ver-
 zuckerungsstoffe in dz. 1)

=====

	<u>Rohstoffe:</u> Getreide, mehligte Stoffe, Verzuckerungsstoffe	<u>davon:</u> überwiegend aus- länd. Herkunft	v.H.
1951/52	1.119.649	712.385	63,6
1952/53	981.081	487.866	49,7
1953/54	783.684	403.592	51,5
1954/55 +)	-	-	-

+) keine Angaben

Tabelle VIII

Der Anteil des aus Korn, Getreide und
 mehligten Stoffen hergestellten Brannt-
 weins an der Gesamtproduktion +) 2)

=====

E r z e u g u n g i n h l / W						
	insgesamt	100	<u>davon:</u> aus Korn usw.	v.H.	<u>davon:</u> überwiegend ausl. Herkunft	v.H.
1951/52	1.273.286	100	375.285	29,4	238.681	18,7
1952/53	1.178.147	100	326.591	27,7	165.103	14,0
1953/54	1.196.158	100	261.332	21,8	134.586	11,3
1954/55	1.216.140	100	286.930	23,6	-	-

+) einschl. Verzuckerungsstoffe

1) u. 2) Quelle: Errechnet aus Stat. Berichte
 Arb.Nr. VII/66/4-6, Tabelle S.10/11/12

Aus den vorstehenden Zahlenübersichten ist zu ersehen, daß ein Einfuhrbedarf an Brenngetreide besteht, und zwar etwa zur Hälfte des benötigten Maischmaterials.

Tabelle VIII stellt heraus, daß der Anteil des unter Devisenaufwand erzeugten Alkohols an der Gesamterzeugung nicht so gewichtig ist, wie es zunächst scheint.

Der Einfuhrbedarf an Getreide zu Brennzwecken je Kopf der Bevölkerung schwankt innerhalb der Betriebsjahre 1951/52 und 1953/54 zwischen 1,5 kg und 0,8 kg¹⁾. Diese Menge ist, gemessen an dem durchschnittlichen Brotgetreideverbrauch vor dem Kriege, der etwa 160 bis 170 kg²⁾ je Kopf der Bevölkerung betragen hat, geringfügig.

Die am 15.7.1954 außer Kraft gesetzte "VO über die Verwertung von Getreide zur Herstellung von Branntwein" wird den nachgewiesenen Anteil der Verwendung von Auslandsgetreide voraussichtlich weiter verringern, weil die Brennereien nun eigene Erntemengen weiterverarbeiten können.

Damit ist zwar weiter nicht mehr als eine statistisch-optische Verbesserung erreicht, nachdem für die ausreichende Versorgung der Bundesrepublik mit Brot- und Futtergetreide ein Einfuhrbedarf besteht.

Bei einer für das Jahr 1950 nachgewiesenen Ernte an Brotgetreide von 5.795.000 to³⁾ hätte je Kopf der Bevölkerung der inländische Versorgungsanteil 118 kg betragen. Die Differenz zwischen Bedarf und Inlands-erzeugung hat im Jahre 1948/49 zu Einfuhren Anlaß gegeben. Für Brotgetreide mußten 44 %

1) errechnet nach dem Stand der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik zum 31.3.1953;

2) Quelle: Weber-Meinhold "Agrarpolitik", S.350;

3) dto. S. 76.

und für Futtergetreide 36 %¹⁾ des Gesamtbedarfes auf dem Weltmarkt gedeckt werden.

Einen anderen Hinweis des tatsächlichen Bedarfes dem Kornbrennereien vermittelt eine im Jahre 1951 erschienene Veröffentlichung²⁾, wonach 1,4 % des in der Bundesrepublik erforderlichen Futtermittelbedarfes genügten, um eine ausreichende Rohstoffversorgung bei voller Auslastung der Brennrechte zu gewährleisten.

§ 3 Die regionale Gliederung der Produktion.

Die Erzeugung der verschiedenen Branntwein-Sorten, etwa des Korn-, Obst- oder Kartoffelbranntweins, verteilt sich nicht gleichmäßig über das Bundesgebiet. Der Schwerpunkt der Herstellung ist im allgemeinen dorthin verlagert, wo Rohstoffe in ausreichendem Maße vorhanden sind und diese aus Absatz- bzw. Transportgründen eine betriebswirtschaftlich rentable Verwertung im Brennereiprozeß versprechen. Andere Voraussetzungen gelten für die Monopolbrennereien; hier ist der Standort der Betriebe verbundwirtschaftlichen Gesichtspunkten angepaßt..

Soweit es sich um die Herstellung von Alkohol aus Agrarstoffen handelt, ist einzelnen Ländern der Bundesrepublik eine bestimmte Branntweinerzeugung eigentümlich: Bayern gilt als Land der Kartoffelbrennereien, in Nordrhein-Westfalen liegt das Schwergewicht der Erzeugung von Kornbranntwein, und die Brennereien Baden-Württembergs erzeugen den größten Anteil des Obstbranntweines.

1) Weber-Meinhold "Agrarpolitik", S. 427;

2) DIE ALKOHOLINDUSTRIE 1951, Nr. 11, S.285.

1) Verteilung der Brennrechte im Bundesgebiet.

Das "Brennrecht" (§§ 30/42 BrMG) ist aus dem "Kontingent" des Branntweinsteuergesetzes vom 24.6.1884 und dem "Durchschnittsbrand" des Gesetzes vom 15. Juli 1909 hervorgegangen. Während dem "Kontingent" der Konsum der Bevölkerung an Trinkbranntwein zugrundeliegt, ist mit dem "Durchschnittsbrand" der Versuch unternommen, die Produktion zu regulieren nach der durchschnittlichen Erzeugung einer Reihe von Jahren, weil sich zeigte, daß der Trinkbranntweinverbrauch ständig zurückging. Das Brennrecht begrenzt die Erzeugung der Eigenbrennereien¹⁾ und rechtfertigt den Anspruch auf ein ungekürztes Übernahmegehalt §§ 65 u. 74 BrMG.

Mit der Einführung der Brennrechte bzw. durch die Festsetzung der Jahresbrennrechte wird beabsichtigt, die Erzeugung auf den Bedarf abzustimmen. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Monopolbrennereien §§ 30, 21/22 BrMG.

Nordrhein-Westfalen verfügt über den größten Anteil der im Bundesgebiet vorhandenen Brennrechte, darunter über 3/4 aller gewerblichen und 2/3 aller landwirtschaftlichen Kornbrennrechte: knapp 3/4 (73,3 %) aller am 30.9.1955 geltenden Kornbrennrechte sind in den Grenzen Nordrhein-Westfalens beheimatet.

Auf Bayern trifft der größte Anteil der landwirtschaftlichen Brennrechte; hier liegt auch der Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Kartoffelbrennrechte mit 2/3. Hinsichtlich des Anteils am Gesamtbrennrecht rangiert Bayern nach Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle.

Mit einem knappen Drittel des Anteils an den landwirtschaftlichen Kornbrennrechten folgt Niedersachsen auch hinsichtlich aller landwirtschaft-

1) Kleinbrennereien oder Abfindungsbrennereien, das sind solche Betriebe, die im Betriebsjahr nicht mehr als 10 hl/W herstellen, erhalten kein Brennrecht (§§ 34/38 BrMG, § 8 BO).

lichen Brennrechte nach Bayern. Neben Nordrhein-Westfalen ist für die Brennereien Niedersachsens die Herstellung von Kornbranntwein typisch. Die Obstbrennrechte sind vorwiegend in Baden-Württemberg verteilt (vgl. Tabellen IX und X).

Die durchschnittlichen Brennrechte der landwirtschaftlichen Brennereien verhalten sich etwa ebenso wie die Länder-Anteile an den landwirtschaftlichen Brennrechten. In Bayern sind die landwirtschaftlichen Brennrechte doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Bundes; Nordrhein-Westfalen liegt ca. 40 % über dem Bundesdurchschnitt.

Die verhältnismäßig höheren Durchschnitte für Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen erklären sich durch die Verteilung der Brennrechte auf eine geringe Betriebszahl.

Bei den Obstbrennereien liegt der höchste Durchschnittsanteil der Brennrechte nicht, wie man mutmaßen könnte, in Baden-Württemberg, sondern in Hamburg (vgl. Tabelle XI). Die Ursache hierfür liegt in der Verarbeitung ausländischen Traubengewines, welcher gerade in Hamburg frachtgünstig verfügbar ist.

Eine Gegenüberstellung der Brennrechtsanteile der Länder und der Länder-Anteile an der Gesamtbevölkerung (Tabellen X und XII) ergibt Schwankungen zwischen + 5,5 und - 5,6. Die wesentlichen Abweichungen liegen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen mit + 5,9 , + 4,5 und - 5,6.

Für die landwirtschaftlichen Brennrechte ist weniger der Bevölkerungsanteil maßgebend, sondern das Verhältnis von Anbaufläche und Brennrecht, wie dieses in Tabelle XIII an dem Beispiel der Kartoffelbrennereien herausgestellt ist.

Tabelle IX

Die Brennrechte im Bundesgebiet nach Ländern per 30.9.1955 (Mengenangaben in hl/W)+)

=====

Land	Landwirtschaftl. Brennereien		Obst-brennereien	Gewerbliche Brennereien		Brennerei insgesamt
	für Korn	B r e n n r e i c h t e für Kart. u. and. Getreide als Korn		für Korn	für and. Stoffe e. Hefe-erzeug.	
Schleswig-Holstein	3.586	2.432	29a	10.801	32.376	49.485
Hamburg	-	-	543	-	29.366	29.909
Bremen	300	-	240	2.757	79	3.376
Niedersachsen	42.372	4.587	300	22.142	37.381	106.782
Nordrhein-Westfalen	85.608	9.837	4.106	133.264	65.453	298.268
Hessen	3.908	16.771	1.772	15	7.254	29.720
Baden-Württbg.	4.448	47.286	5.222	237	42.636	99.829
Bayern	91	167.307	2.335	-	21.562	191.295
Rheinl.-Pfalz	4.567	23.814	4.239	708	42	33.370
Bund	144.880	272.034	19.047	169.924	236.149	842.034
=====						
Tatsächl. Erzeugung 1954/55	177.833	223.386	128.497	222.911	215.527	968.154
i.v.H.d. Brennrechts	122,7	82,1	674,6	131,2	91,3	114,9
i.v.H.d. Jahres-Brennrechts	83,9	91,2	399,0	86,9	101,5	95,4

+) Quelle: errechnet aus Stat.-Ber. Arb.Nr. VII/66/6

Tabelle X

Der Anteil der Brennereiklassen am Gesamt-
brennrecht innerhalb der einzelnen Länder
des Bundesgebietes per 30.9.1955 +)

=====

Land	Landwirtschaftl. Brennereien		Obst- brennereien	Gewerbliche Brennereien		Brennereien insgesamt:
	aus Korn	aus Kart. u. and. Getr. als Korn		aus Korn	aus and. Stoffen e. Hefe- erzeug.	
Schleswig- Holstein	2,5	1,0	1,5	6,4	13,7	5,9
Bayern	-	-	2,8	-	12,4	3,6
Preußen	0,2	-	1,3	1,7	-	0,4
Branden- burg	29,2	1,7	1,6	13,0	15,8	12,7
Rhein- land-Pfalz	59,1	3,6	21,6	78,4	27,7	35,4
Sachsen	2,7	6,2	9,3	-	3,1	3,5
Württemberg	3,0	17,4	27,4	0,1	18,1	11,9
Thüringen	-	61,4	12,2	-	9,2	22,7
inl.- Fremdl.	3,2	8,7	22,3	0,4	-	3,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

+) errechnet aus Tabelle IX
und Stat. Ber. Arb. Nr. VII/66/6 S. 6/7.

Tabelle XI

Die durchschnittliche Höhe der vorhandenen
Brennrechte je Brennerei in den Ländern des
Bundesgebietes per 30.9.1955 (Zahlen in hl/W) ¹⁾
=====

L a n d	Landwirtsch. Brennereien	Obst- brennereien	Gewerbliche Brennereien	Durchsch. Höhe von Brennre...
Schlesw.-Holst.	1.003,0	72,5	5.397,1	2.74
Hamburg	-	135,7	29.366,0	5.98
Bremen	300,0	60,0	945,3	42
Niedersachsen	494,3	75,0	156,6	77
Nordrh.-Westf.	428,0	61,3	849,2	56
Hessen	140,7	63,3	1.817,2	16
Baden-Württbg.	206,9	70,6	329,8	29
Bayern	666,9	66,7	4.312,4	65
Rheinl.-Pfalz	65,1	53,6	250,0	8
Bund	295,9	63,7	1.314,1	41

Tabelle XII

Die Bevölkerung des Bundesgebietes und der
Länder am 31.12.1955 (Zahlen in 1.000 Einw.) ²⁾
=====

L a n d	Einwohner	in v.H.der Gesamtbevölkerun
Schlesw.-Holst.	2277,3	4,5
Hamburg	1781,5	3,5
Bremen	639,6	1,2
Niedersachsen	6548,1	13,1
Nordrhein-Westf.	14856,1	29,5
Hessen	4577,2	9,1
Baden-Württemberg	7156,7	14,2
Bayern	9176,6	18,2
Rheinland-Pfalz	3304,9	6,6
B u n d	50318,0	100

1) Quelle: errechnet aus Stat.-Ber. Arb.Nr. VII/66/6

2) Quelle: Stat.Jahrbuch für die Bundesrepublik
Deutschland 1956, S.30.

Tabelle XIII

Die Kartoffelanbauflächen und die dazugehörigen
Brennrechte in den Ländern des Bundesgebietes 1955

n d	Anbaufläche ¹⁾ ha	Brennrecht p.30.9.1955	Brennrecht auf je 100 ha
lesw.-Holst.	53.948	2.432	4,5
burg	1.711	-	-
men	1.028	-	-
dersachsen	276.059	4.587	1,7
drh.-Westf.	159.189	9.837	6,2
sen	97.448	16.771	17,1
.-Württembg.	127.318	47.286	37,1
ern	313.092	167.307	53,4
inl.-Pfalz	98.526	23.814	24,2
d	1.128.319	272.034	24,1

Ein Vergleich zwischen der Kartoffel-Anbaufläche und der dazugehörigen Brennrechte ist deshalb sinnvoll, weil bei der Verarbeitung zu Kartoffelbranntwein überwiegend Rohstoffe verwendet werden, die im eigenen Betrieb erzeugt sind²⁾.

Dieser Umstand erlangt deshalb Bedeutung, weil damit eine Bedingung für den Arbeitszyklus landwirtschaftlicher Brennereien erfüllt ist, der eine gewisse Vorzugsstellung dieser Betriebe rechtfertigt, die im BrMG zum Ausdruck kommt.

Offensichtlich benachteiligt scheint nach den Ergebnissen der Untersuchung Schleswig-Holstein zu sein. Für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ist ein Ausgleich vorhanden durch das Überwiegen der landwirtschaftlichen Kornbrennrechte (vgl. Tabellen IX und X).

1) Quelle: Stat.Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1956, S.144;

2) Siehe auch A. Frey, DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr.2/53 "Die landwirtschaftlichen Brennereien und die Reform des Branntweinmonopolgesetzes".

Die in Tabelle XIII errechneten Meßziffern sagen zweierlei aus:

Einmal weisen die erheblichen Schwankungen innerhalb der Zahlenreihe darauf hin, daß die Verteilung der landwirtschaftlichen Brennrechte quantitativ uneinheitlich ist; sie zeigen außerdem, daß auch qualitativ die Aufteilung der Brennrechte nicht dem Agrar-Charakter der Länder entspricht, wenn der Umfang des Kartoffelanbaues für die Landwirtschaft aller Bundesländer als Merkmal landwirtschaftlicher Betätigung gelten kann. Die Meßziffern sagen jedoch trotz ihrer erheblichen Unterschiede noch nichts über eine Benachteiligung einzelner Länder im Sinne unzureichender Ausstattung mit landwirtschaftlichen Brennrechten aus. Es ist für die Problematik der Zuweisung landwirtschaftlicher Brennrechte nicht ausschließlich entscheidend, wie sich die Anbauflächen zu den Brennrechten verhalten, sondern es kommt darauf an, in welchem Umfang leichte Böden, Böden mit ungünstigen Wiesenverhältnissen und Böden in ungünstigen Verkehrslagen bewirtschaftet werden.

2) Tatsächliche Erzeugung.

Die Branntwein-Erzeugung wird mittels der Brennrechte eingeschränkt, vollzieht sich aber nicht nur in deren Grenzen. Hinzu kommt der Anteil der Monopolbrennereien §§ 21/22 und die Produktion der Kleinbrennereien und Stoffbesitzer §§ 34/35 BrMG. In Tabelle V ist die Aufteilung der Produktion für die einzelnen Brennereiklassen bereits dargestellt, und zwar in der Form, daß der Strukturwandel bis in die Gegenwart hinein sichtbar wird. Die nachfolgenden Zahlenübersichten (Tabellen XIV a, b u. c) veranschaulichen die Produktionsverhältnisse in regionaler Hinsicht.

Tabelle XIV

Die gesamte Branntwein-Erzeugung der Brennereien mit und ohne Brennrecht im Betriebsjahr 1954/55:

- a) Erzeugung (Zahlenangaben in hl/W)¹⁾
 b) in v.H. der Erzeugung der Länder
 c) in v.H. der Erzeugung der Brennereiklassen

=====

Land	Brennereien					Insgesamt
	Landw.-	Obst-	Gewerbl.-	Monopol-	Abfind.-	
Schleswig-Holstein	5.441	715	38.387	21.459	-	66.002
Hamburg	-	2.228	26.429	-	-	28.657
Niederrhein	-	2.990	2.347	-	-	5.337
Niedersachsen	37.157	5.161	52.492	40.124	-	134.934
Rheinl.-Westf.	77.013	28.739	163.532	81.622	9	350.915
Preussen	13.281	11.759	7.085	20.095	56	52.276
Bayern	146.425	7.532	20.112	94.247	4.841	273.157
Bad.Württ.	35.161	27.939	38.130	84.683	20.248	206.161
Rheinl.-Pfalz	18.489	42.574	848	111	5.377	67.399
Gesamt	332.967	129.637	349.362	342.341	30.531	1.184.838
Schleswig-Holstein	8,2	1,1	58,2	32,5	2)	100,0
Hamburg	-	7,8	92,2	-	"	100,0
Niederrhein	-	56,0	44,0	-	"	100,0
Niedersachsen	27,6	3,8	38,9	29,7	"	100,0
Rheinl.-Westf.	21,9	8,2	46,6	23,3	"	100,0
Preussen	25,4	22,6	13,6	38,4	"	100,0
Bayern	53,6	4,5	7,4	34,5	"	100,0
Bad.Württ.	17,1	23,4	18,5	41,0	"	100,0
Rheinl.-Pfalz	27,4	71,1	1,3	0,2	"	100,0
Gesamt	28,1	13,4	29,5	29,0	"	100,0
Schleswig-Holstein	1,6	0,5	11,0	6,3	"	5,6
Hamburg	-	1,4	7,6	-	"	2,4
Niederrhein	-	1,9	0,6	-	"	0,4
Niedersachsen	11,2	3,2	15,0	11,7	"	11,4
Rheinl.-Westf.	23,1	17,9	46,8	23,8	"	29,6
Preussen	4,0	7,4	2,0	5,9	"	4,4
Bayern	44,0	7,7	5,7	27,5	"	23,1
Bad.Württ.	10,6	30,1	11,1	24,7	"	17,4
Rheinl.-Pfalz	5,5	29,9	0,2	-	"	5,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	"	100,0

1) Quelle: errechnet aus Stat.Ber. Arb.Nr.VII/66/6

2) Abfind.-Brennereien siehe unter Obst-Brennereien.

Bemerkenswert scheint, daß die Anteile des Bundes an der Gesamtproduktion keineswegs typisch sind für die Ausgestaltung der Produktion in den einzelnen Ländern. Die Dreiteilung der Erzeugung zwischen den landwirtschaftlichen Eigenbrennereien, den gewerblichen Eigenbrennereien und den Monopolbrennereien - zu etwa gleichen Anteilen - ist in den Ländern durchbrochen. Hierbei zeigt sich, daß die Anteile der Monopolbrennereien an der Produktion weniger differieren, als diejenigen der landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien.

Der Beitrag der Monopolbrennereien verschiebt die Rangfolge der Brennrechtsverteilung bei den Bundesländern kaum, Abweichungen zwischen den Brennrechts- und Erzeugungsanteilen bestehen in den Grenzen von + 11,2 bzw. - 5,8 für Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (vgl. Tabellen X und XIVc).

In Baden-Württemberg fällt der Anteil der Monopolbrennereien gegenüber den Eigenbrennereien mit 41,0 v.H. mehr ins Gewicht. Damit steht die Branntwein-Erzeugung Baden-Württembergs innerhalb der Bundesländer an dritter Stelle, während diesem Land, gemessen an der Zuteilung der Brennrechte, die vierte Rangfolge zukommt.

Für Nordrhein-Westfalen erklärt sich das Zurückbleiben des Produktionsanteiles hinter dem Brennrechtsanteil einmal durch die Festsetzung des Jahresbrennrechts auf 90 v.H. der regelmäßigen Brennrechte (vgl. Tabelle X). Außerdem sind die Korn-Brennrechte nicht genügend ausgelastet, die in Nordrhein-Westfalen zu beinahe drei Vierteln beheimatet sind (vgl. S. 30).

Die Erzeugung von Branntwein in landwirtschaftlichen Brennereien konzentriert sich auf Bayern zu 44 v.H. und auf Nordrhein-Westfalen zu 23,1 v.H. (vgl. Tabelle XIVc).

Auf die Obstbrennereien in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz treffen 60 v.H. aller Erzeugung von Branntwein aus Obststoffen, während der Anteil beider Länder an der Gesamterzeugung mit 23,2 v.H. weit geringer ist.

Die Produktionsanteile der gewerblichen Brennereien in Nordrhein-Westfalen mit 46,6 v.H. und der landwirtschaftlichen Brennereien in Bayern mit 53,6 v.H. entsprechen der Brennrechtsstruktur. Dazu liegt in Nordrhein-Westfalen der Schwerpunkt der gewerblichen Produktion mit 46,8 v.H.

Die Jahresbrennrechte waren in den Betriebsjahren unterschiedlich festgelegt (vgl. Tabelle VI). Demzufolge sind ganz allgemein die Obstbrennereien über dem Durchschnitt der übrigen Herstellungszweige ausgelastet. Die gute Beschäftigung ist nicht etwa die Folge einer drängenden Obstverwertung.

Der hohe Produktionsanteil in Rheinland-Pfalz mit 71 v.H. im Betriebsjahr 1954/55 gründet sich beinahe gänzlich auf die Verarbeitung ausländischen Traubenweines. In Baden-Württemberg hingegen ist die wirtschaftliche Verwertung eigener Ernten im Brennereiprozeß stark in der Produktionsstruktur ausgeprägt.

Die gewerblichen Brennrechte sind im Durchschnitt besser ausgelastet als die landwirtschaftlichen Brennrechte; innerhalb beider Gruppen sind die Kornbrennereien schlechter beschäftigt als jene Betriebe, die Kartoffeln oder Melasse verarbeiten.

Die Gelegenheit, im Überbrand zu arbeiten, war für die Obstbrennereien in den Grenzen bis zur vielfachen Höhe des regelmäßigen Brennrechts gegeben, und zwar bei variabel gestalteten Überbrandabzügen.⁺⁾

⁺⁾ Diese waren innerhalb der Betriebsjahre 1952/53 und 1954/55 gestaffelt zwischen der 5fachen und 30fachen Höhe der regelmäßigen Brennrechte.

Dem durchschnittlichen Produktionsanteil der Obstbrennereien im Betriebsjahr 1954/55 von 13,4 v.H., das sind 129.637 hl/W, entspricht eine Ablieferungsmenge an die Monopolverwaltung von 14.779 hl/W¹⁾; das sind kaum mehr als 1,2 v.H. der gesamten Branntweinerzeugung oder 1,6 v.H. des insgesamt abgelieferten Branntweines.

§ 4 Verarbeitung und Verbrauch.

Für die Verwertung der Alkohol-Produktion gelten heute grundsätzlich andere Bedingungen als zu einer Zeit, in der sich die Nachfrage beinahe ausschließlich auf Trinkbranntwein beschränkte oder auf die gelegentliche Verwendung zu Heilzwecken.

Der industriellen Verarbeitung von Alkohol größten Umfanges stehen nach dem modernen Stand der Forschung keine Hemmnisse technischer Art mehr entgegen. Es ist ausschließlich eine wirtschaftliche, eine Preis- bzw. Kostenfrage, die darüber entscheidet, ob Alkohol als Rohstoff über den bisher üblichen Umfang hinaus zum Einsatz gelangen kann oder nicht. Voraussetzung ist eine wesentliche Senkung der Gestehungskosten technischen Alkohols; dazu sind Produktionskapazitäten von 250.000 hl/W²⁾ erforderlich. Die Inangriffnahme der Produktion in "großtechnischem Maßstab"³⁾ scheiterte jedoch bislang an den einschränkenden Bestimmungen des Monopolgesetzes (§ 22 BrMG). Der Plan eines bedeutenden Herstellerwerks synthetischen Alkohols, die BUNA-Produktion mit einer Jahres-Kapazität von 50.000 to auf Alkohol-Basis anlaufen zu lassen, mußte aufgegeben werden; es wurde befürchtet, daß infolge des hohen Preises technischen Alkohols die internationale Wettbewerbsfähigkeit in Frage gestellt sei⁴⁾.

1) Quelle: Stat.Berichte Arb.Nr. VII/66/6;

2) u. 3) : Beckmann, a.a.O. S.6

4) DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr. 8/54

1) Quantitative Verwertung der Produktion.

Quantitativ erfolgt die Verwertung der Sprit-Produktion heute etwa so, daß nicht ganz die Hälfte der Erzeugung dem Trinkbranntwein-Sektor zufließt. Der Anteil des Trinksprits an dem Gesamt-Absatz liegt nach dem 2. Weltkrieg über den Vorkriegsverhältnissen (vgl. Tabelle XV). Der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an Sprit zu Trinkzwecken hielt sich vor und nach dem Kriege annähernd die Waage (vgl. Tabelle XVI). Der Verbrauch an technischem Alkohol war jedoch vor dem Kriege wesentlich höher als in den Nachkriegsjahren; infolge des sog. Beimischungszwanges wurden bis zu 57 v.H. des Absatzes in den Treibstoff-Sektor geschleust¹⁾. Gegenwärtig erlangt der Motoren-Spiritus im Rahmen der gegebenen Größenordnung keine Bedeutung mehr.

Nach dem 2. Weltkrieg gewinnt der Sprit zu technischen Zwecken am Gesamtabatz steigende Bedeutung. Der Absatzanteil konnte von 26,3 v.H. im Betriebsjahr 1949/50 auf 43,1 v.H. im Betriebsjahr 1954/55 gesteigert werden. Bis zum Betriebsjahr 1954/55 wurde der Absatz technischen Alkohols schließlich auf 553.719 hl/W vorangetrieben. Der Export-Anteil ist nach der erheblichen Preissenkung im Jahre 1953 wesentlich angestiegen.

Eine Übersicht über den Trinkbranntwein-Verbrauch läßt erkennen, daß die pro-Kopf-Quote ständig absinkt.

- a) Diese Entwicklung ist offenbar nicht ausschließlich durch den hohen Verbrauchssteuer-Anteil bedingt, der auf den Erzeugnissen lastet. Ein Lohn-Preis-Vergleich zeigt, daß ein Hilfsarbeiter heute weniger Lohnstunden aufwenden muß, um eine Flasche Trinkbranntwein zu erhalten, als vor dem Kriege. Es scheint geradezu paradox,

1) einschl. ablieferungsfreien Branntweins, siehe auch Herlemann, a.a.O. S. 196.

daß bei dem zwischenzeitlich um 363 v.H. erhöhten Steuersatz und bei rund dreifach gestiegenen Verkaufspreisen des Monopols für Trinksprit der reale Arbeitsaufwand mit 4,9 : 4,1 Hilfsarbeiterstunden heute geringer ist; dabei ist zu beachten, daß die Löhne etwa auf die doppelte Höhe gelangt sind (vgl. Tabelle XVII).

- b) Für die Verbraucher bestehen Substitutionsmöglichkeiten durch ein reichlich vorhandenes Angebot an alkoholreichen, un versteuerten Auslandsweinen. Bei einem Spritpreis von DM 13,- mußten für den in Südweinen enthaltenen Alkohol durchschnittlich nur zwischen DM 5,- und DM 6,- angelegt werden¹⁾. Bei einer seit 1949 rund viereinhalbfach erhöhten Einfuhr von Auslandsweinen²⁾ erlangt die aufgezeigte Preisschere praktisch erhebliche Bedeutung.
- c) Das Spirituosengewerbe ist übersetzt³⁾. Im Jahre 1954/55 haben sich 5.835 Monopolspritbezieher, 550 Kornbrenner, 200 Weinbrenner und rund 35.000 Klein- und Abfindungsbrennereien in die Herstellung bzw. Verarbeitung von Trinkbranntwein geteilt. Von den genannten Betrieben (Tabelle XIX verarbeiteten mehr als die Hälfte im Jahresdurchschnitt insgesamt nicht mehr als 10.000 hl Monopolsprit, das sind 2,9 v.H. des Branntweinabsatzes der Monopolverwaltung zu Trinkzwecken. Umgekehrt haben 172 Spirituosenhersteller, das sind 2,9 v.H. aller Betriebe, je Betrieb knapp 1.000 hl/W bezogen. Das Schwergewicht der Verarbeitung liegt bei einem Fünftel aller Betriebe in der Größenordnung zwischen 50 und 1.000 hl/W. Es handelt sich um 1.200 Betriebe, die rund 200.000 hl/W benötigt haben, das sind etwa zwei Drittel allen Monopolsprits zu Trinkzwecken.

1), 2) u. 3): siehe DIE ALKOHOL-INDUSTRIE
Nr.12/54, S.304 ff.

Tabelle XV

Der Branntweinabsatz nach dem Ver-
erzeugter Mengen ablieferungsfrei

Verwendungszweck	B e t r					
	1936/37		1949/50		1950/51	
	hl/W	v.H.	hl/W	v.H.	hl/W	v.H.
Trinkbranntwein 2)	770.811	18,6	522.662	44,9	515.543	47,2
Essigbranntwein	134.165	3,2	74.078	6,4	72.918	6,7
Medikamente	)		17.499	1,5	20.908	1,9
Heilmittel zum	)		1.964	0,1	3.099	0,3
äußerl. Gebrauch	) 83.523	2,0	11.665	1,0	12.673	1,2
Körperpflegemittel	)		306.648	26,3	417.120	38,2
Vergällter Spiritus	1.328.478	32,1	198.346	17,0	29.971	2,7
Treibstoff-Spiritus	1.823.150	44,0	670	0,1	15.436	1,4
Ausfuhr	1.889	0,1	31.709	2,7	4.833	0,4
Lieferungen nach Westberlin						
Insgesamt:	4.142.016	100,0	1.164.971	100,0	1.092.501	100,0

1) Quelle: bis 1951/52 Brennerei-Kalender 1954

1952/53 errechnet aus Stat.-Berichte, Arb.Nr

2) einschl. erzeugter Mengen an ablieferungsfreiem Branntw

3) ohne Austausch-Lieferungen 320.227 hl/W

4) " " " 30.000 hl/W

ndungszweck einschl.
 Branntweins (Mengen in hl/W) 1)

e b s j a h r							
1951/52		1952/53		1953/54		1954/55	
hl/W	v.H.	hl/W	v.H.	hl/W	v.H.	hl/W	v.H.
505.491	41,1	510.987	44,5	555.745	46,4	589.663	45,9
73.061	5,9	71.859	6,3	74.906	6,2	77.816	6,0
20.734	1,7	27.922	2,4	26.053	2,2	25.463	2,0
1.348	0,1	1.173	0,1	1.122	0,1	1.095	0,1
14.778	1,2	15.524	1,5	17.976	1,5	19.331	1,5
428.326	34,8	477.150	41,8	513.380	42,8	553.719	43,1
2.938	0,2	1.292	0,1	297	0	72	0
145.532	11,8	1.829 ³⁾	0,2	1.948 ⁴⁾	0,2	2.081	0,2
38.609	3,2	34.854	3,1	7.231	0,6	15.345	1,2
230.817	100,0	1.142.590	100,0	1.198.658	100,0	1.284.585	100,0

Tabelle XVII

Lohn-Preis-Vergleich

=====

Sp.1		Sp.2	Spalte 1 : 2
Einzelhandelspreis f. 38 %-Trinkbrannt- wein 7/10 Fl. e. Glas RM bzw. DM		Hilfsarbeiters Stundenlohn 2) RM bzw. DM	
1938	3,38	0,694	4,9
1948	10,14	0,971 3)	10,4
1950	7,01	1,175	5,9
1951	6,49	1,348	4,8
1952	6,55	1,455	4,5
1953	6,46	1,520	4,3
1954	6,41	1,562	4,1

	Regelmäßiger Verkaufspreis		Branntweinsteuer f. Trinkbranntwein	
		1938 = 100		1938 = 100
1938	400,- 4)	100	275,- 4)	100
1948	1.380,- 5)	345	1.000,- 5)	363
1950	1.240,- "	310	1.000,- "	363
1951	1.270,- "	317	1.000,- "	363
1952	1.345,- "	336	1.000,- "	363
1953	1.300,- "	308	1.000,- "	363
1954	1.300,- "	308	1.000,- "	363

1) u. 2): Stat.Jahrbuch für die Bundesrepublik 1955,
S. 464/67

3) ohne Rhld.-Pfalz, Südbaden und Südwürttembg.-Hohenz.

4) Herlemann, a.a.O. S. 174/175

5) Gesch.Berichte der Bundesmonopolverwaltung.

Tabelle XVIII

Der Branntwein-Absatz an Trinkbranntwein-¹⁾
Hersteller nach bezogenen Mengen 1952/53
=====

Verarbeitung in hl/W	Zahl der Betriebe		Monopolsprit hl/W	
		in v.H.		in v.H.
bis 10	3.205	51,4	10.575	3,2
11 bis 30	1.298	20,8	23.088	7,1
31 bis 50	498	8,0	18.924	5,8
50 bis 1000	1.195	19,2	193.276	59,1
1001 bis 2000	20	0,4	26.205	8,0
2001 bis 4000	7	0,1	17.524	5,3
4001 und mehr	6 ²⁾	0,1	37.596	11,5
Insgesamt:	6.229	100,0	327.188	100,0

1) Quelle: errechnet aus Brennerei-Kalender 1955, S.201

2) darunter 4 Betriebe, die 5000 hl/W und mehr bezogen haben, mit insgesamt 28.336 hl/W.

Tabelle XIX a

Der Branntweinabsatz an Trinkbranntwein-
Hersteller nach bezogenen Mengen im
Betriebsjahr 1954/55 ¹⁾

=====

Menge l/W	Zahl d.Betriebe	v.H.	Monopolsprit	v.H.
bis 1000	3.145	54,9	9.545	2,9
1001 - 3000	1.133	19,4	20.538	6,3
3001 - 10000	959	16,4	55.925	17,3
10001 - 30000	426	7,3	70.820	21,9
über 30000	172	2,9	167.342	51,6
insgesamt	5.835	100,0	324.170	100,0

1) Quelle: errechnet aus Stat.Berichte Arb.Nr. VII/66/6
Tab. S. 18

Tabelle XIX b

Der Branntweinabsatz im Betriebsjahr 1954/55
an Trinkbranntwein-Hersteller nach bezogenen
Mengen in vom Hundert des Betriebsjahres 1952/53

=====

Menge l/W	Zahl der Betriebe in v.H. 1952/53	Monopolsprit in v.H. 1952/53
bis 1000	98,1	90,3
1001 - 3000	87,2	89,0
3001 - 10000	90,8	96,8
10001 - 30000	87,2	91,0
über 30000	94,5	106,0
insgesamt	93,6	99,0

Quelle: errechnet aus Tabelle XVIII und Tabelle XIX a.

2) Qualitative Verwertung der Produktion.

Qualitativ erfolgt die Verwertung der übernommenen Produktion seitens des Monopols durch Preis- bzw. Sortendifferenzierung. Diese Politik ist nicht nur auf die Verkaufs-Seite beschränkt. Das Branntwein-Monopol bedient sich auch bei der Übernahme des erzeugten Branntweins einer weiten Skala unterschiedlicher Preise gemäß den gesetzlichen Bestimmungen nach §§ 65, 72/76 u. 131 BrMG.

Der Berechnung der Übernahmepreise liegt der Gedanke zugrunde, eine Selbstkosten-Garantie zu bieten. In den Übernahmepreisen soll ein echtes Austausch-Verhältnis gewährleistet sein für den im Gesetz bedungenen Ablieferungszwang (§ 58 BrMG) und den Verzicht auf freie Betätigung am Markte. Eine praktische Notwendigkeit für die abweichende Festlegung der Übernahme-Preise ist außerdem durch die unterschiedliche Rohstoff-Verwendung begründet.

In Tabelle XX sind die gewogenen durchschnittlichen Übernahme-Preise errechnet, die im Betriebsjahr 1954/55 auf einige Preisgruppen bzw. Brenne-reiklassen trafen:

Tabelle XX

Die durchschnittlichen Übernahmepreise
einschl. Anlieferungskosten haben im +)
Betriebsjahr 1954/55 betragen:
=====

	Übernommene Mengen hl/W	Durchschn.Über- nahmepreise einschl. Anlieferungskosten
A) <u>Eigenbrennereien:</u>		
Preisgruppen A I bis A VI Kartoffel-, Mais-, Mais- Korn-, Milo-Korn-, Obst- Branntwein, sowie Vor- u. Nachlauf	389.068	182,18
A IX Anderer Branntwein, nicht unter die Preisgruppen A I - A VIII fallend	4.460	144,12
A I bis A IX	393.528	181,75
A VII und A VIII Melasse- und Hefe- lütungsbranntwein	195.176	110,--
<u>Eigenbrennereien</u>	588.704	157,96
B) <u>Monopolbrennereien</u>	339.414	80,93
zuzüglich: im Vorjahr oder früher erzeugter Branntwein, jedoch erst im Berichtsjahr abgefertigt:	203	50,53
Branntwein insgesamt:	928.321	129,77
=====		

*) Quelle: errechnet aus dem Geschäftsbericht der
Bundesmonopolverwaltung, Bundestagsdruck-
sache Nr. 2259, 2.Wahlperiode, S.7/11.

Die Verkaufspreise¹⁾ der Monopolverwaltung haben demgegenüber betragen:

- | | |
|--|-----------|
| 1) Regelmäßiger Verkaufspreis zur Herstellung von Trinkbranntwein, Aromen, Essenzen und für andere nichtbeginstigte Zwecke | DM 270,- |
| 2) Ermäßigter Verkaufspreis für unvergällten Branntwein zu medizinisch-pharmazeutischen Zwecken | DM 210,- |
| 3) Besonderer ermäßigter Verkaufspreis für genußunbrauchbar gemachten Branntwein zur Herstellung von Heilmitteln, vorw. z.äüßerl. Gebrauch, Körperpflgemitteln u.a. | DM 210,- |
| 4) Ermäßigter Verkaufspreis zur Herstellung von Speiseessig | |
| a) gereinigter Branntwein | DM 150,- |
| b) ungereinigter Branntwein | DM 145,- |
| 5) Allgemein ermäßigter Verkaufspreis für vergällten Branntwein zu gewerblichen Zwecken | DM 80,- |
| 6) Ermäßigter Verkaufspreis für Alcohol absolutus als Beimischung zu Treibstoffen | DM 65,- |
| 7) Branntwein-Ausfuhrpreis für Primasprit (einschl. Alcohol abs. DAB 6).. | DM 50,- |
| technischer Sprit (einschl. Alcohol abs.) | DM 40,- . |

Aus der Gegenüberstellung der durchschnittlichen Übernahmepreise in Tabelle XX und dem vorstehenden Preislisten-Auszug²⁾ geht hervor, daß der Absatz zu Verkaufspreisen erfolgt, die sowohl nach unten wie nach oben wesentlich von den errechneten durchschnittlichen Übernahmepreisen abweichen.

Es kann vorausgesetzt werden, daß - mit Rücksicht auf bestehende Qualitätsmerkmale - der Produktionsanteil der Eigenbrennereien, mit Ausnahme des Anteils der Melasse-Brennereien, in erster Linie für den Absatz auf dem Trinkbranntwein-Sektor bestimmt ist. Aus diesem Geschäft zieht die Monopolverwaltung trotz der relativ hohen Übernahmepreise, die

- 1) reine Warenpreise ausschl. Branntweinsteuer, gültig ab 1.11.1954;
2) Quelle: Gesch. Berichte der Monopolverwaltung, Preise verstehen sich für je 100 l/W bei Abnahmen von 280 l/W ab.

für diese Spirit-Qualitäten aufzuwenden sind, einen ganz erheblichen Gewinn. Rechnet man diesem Absatz die Lieferungen zum ermäßigten und zum besonderen-ermäßigten Verkaufspreis hinzu, so ergibt sich bei normaler Festsetzung des Jahresbrennrechts ein ausgeglichenes Bild zwischen Branntwein-Übernahme und Branntwein-Verkauf. Dabei ist wesentlich, daß sich die Produktions- und Absatzverhältnisse des Betriebsjahres 1954/55 durchaus in den Trend der Nachkriegsentwicklung einfügen. Das zeigt ein Vergleich zwischen Tabelle III und Tabelle XVI, wobei freilich die Tatsache unterschiedlicher Festsetzung der Jahresbrennrechte in Betracht gezogen werden muß.

Der Übernahme des Monopols von 393.528 hl/W bei durchschnittlichen Aufwendungen von DM 181,75 μ l/W entspricht eine Absatzmenge von 386.818 hl/W, für die im Durchschnitt DM 262,80 hl/W Erlöst wurden¹⁾. Sinngemäß ist diesen Erlösen der sog. Branntwein-Aufschlag gemäß §§ 78 ff. BrMG hinzuzurechnen, welcher für die von der Ablieferungspflicht ausgenommene Ware an das Branntwein-Monopol abzuführen ist²⁾.

In der nächst niedrigen Preisgruppe würde nach diesem Schema der verbleibende Spitzenanteil aus dem bisherigen Übernahme-Überschuß und ein knappes Drittel der Produktion der melasseverarbeitenden Betriebe Absatz finden können. Bei einem Brutto-Aufschlag zwischen 24 und 26 v.H.³⁾ gestaltet sich hier die Verwertung des Branntweins sehr viel weniger ertragreich als beim Verkauf zum Regelpreis, der mit doppeltem Aufschlag erfolgen konnte. Es ist auch zu beachten, daß in dieser Verkaufssparte nach § 85 BrMG die bezüglichen Betriebs- und Verwaltungskosten gedeckt werden sollen.

1) errechnet aus Tabelle XVI und Preisangaben S.5

2) es handelt sich um 248.734 hl/W, für die der Branntwein-Aufschlag entrichtet wurde;

3) errechnet aus Tabelle XX und Preisangaben S.50.

Rund 43 v.H. des übernommenen Branntweins¹⁾ mußten im Betriebsjahr 1954/55 zu Preisen abgegeben werden, die unter den durchschnittlichen Übernahme-Kosten liegen.

In der vorstehenden Branntwein-Bilanz nicht berücksichtigt sind die vorhandenen Bestände der Monopolverwaltung und die Wirkungen, welche diese üben, wenn ein Agrarsprit-Überhang besteht, der zu "Verlust"-Preisen in den technischen Sektor eingeschleust werden muß.

Bei der Beurteilung auftretender "Verlust"-Preise ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Monopolist sein Angebot primär abstellt auf die Preiswilligkeit der Abnehmer, wobei die Produktionskosten untergeordnete, die insgesamt erwarteten Erlöse übergeordnete Bedeutung erlangen.

§ 5 Der organisierte Branntwein-Markt.

1) Konstruktion und Aufgabe des Branntwein-Monopols.

Es ist Aufgabe des Branntwein-Monopols, den im Monopolgebiet hergestellten Branntwein zu übernehmen (§§ 58 ff. BrMG) und die Verwertung des Branntweins und den Branntwein-Handel zu betreiben (§§ 83 ff. BrMG). Dadurch ist das Absatz-Risiko von den Herstellern auf die Monopolverwaltung verlagert. Eine weitere Aufgabe des Monopols besteht demzufolge darin, die Branntwein-Erzeugung den gegebenen Verwertungsmöglichkeiten anzupassen.

Das Branntwein-Monopol umschließt funktionell: ein Bezugs-Monopol, ein Herstellungs-Monopol für Branntwein aus bestimmten Stoffen, ein Einfuhr-Monopol, ein Reinigungs-Monopol und ein Handels-Monopol.

1) vgl. Tabelle XV.

Das Branntwein-Monopol hat von dem zu bestimmten Verkaufspreisen (§ 90 BrMG) abgesetzten Branntwein eine Reineinnahme - die Branntwein-Steuer - an die Bundeskasse abzuführen. Durch Gesetz des Wirtschaftsrates vom 21.10.1948 ist diese auf DM 1.000,- hl/W festgesetzt worden (vgl. Tabelle XVII). Ein über diese Steuer hinausgehender Spitzenbetrag (§ 73 GB) dient zur Deckung der Betriebs- und Verwaltungskosten des Monopols. Soweit nach Abzug dieser Kosten und der Bildung notwendiger Rücklagen Überschüsse verbleiben, sind diese ebenfalls an die Bundeskasse abzuführen (§ 86 BrMG).

Das Branntwein-Monopol ist

finanzpolitisch u n d wirtschaftspolitisch zweckbestimmt.

Nach der überwiegenden eigen-wirtschaftlichen Wirksamkeit beurteilt, kann das Branntwein-Monopol als Zwischenhandels-Monopol gelten: Als Herstellungsmonopol gemäß § 21 I BrMG tritt das Monopol nicht unmittelbar in Erscheinung, ebenso ist die Produktion einfacher Trinkbranntweine, die dem Massenverbrauch dienen (§ 95 BrMG), seit 30 Jahren gegenstandslos.

Die f i n a n z - wirtschaftliche Wirksamkeit des Monopols erfüllt zwar gewisse Bedingungen, die einem Finanz-Monopol eigentümlich sind, aber einer Eingliederung in diesen Bereich ist ebenso widersprochen¹⁾. Zweifellos handelt es sich um eine Erhebungsform der Verbrauchssteuer, bei welcher der Steuersatz fiskalisch diktiert ist. Tatsächlich ist seit der Ausschaltung des Beirates durch VO vom 13.9.1934 die Monopolpolitik weitgehend fiskalisch ausgerichtet. Gegen eine systematische Einordnung des Branntwein-Monopols unter den Begriff "Finanz-Monopol" bestehen Einwendungen.

1) Siehe DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr. 11/51, S.299
Lieven: "Ist das Branntwein-Monopol ein Finanzmonopol".

Diese knüpfen an den Mangel umfassender Bewirtschaftung des Wirtschaftszweiges an mit der Begründung, daß für die Erzeugung von Korn- und Obstbranntwein sowie für die Produktion der Abfindungsbrennereien Ablieferungsfreiheit bestehe. Der nachhaltige Einfluß, den die Branntweinwirtschaft auf andere Teile der Wirtschaft übt, erklärt sich nicht allein mit den Wirkungen, welche Monopole - ganz allgemein - marktmäßig hervorrufen können; die Ausprägung des Staatsmonopols ist hierfür wesentlich. Die hoheitliche Ausübung der monopolistischen Wirtschaftsweise bestimmt deren nachhaltigen Effekt, einschließlich der "wirtschaftspolitischen Nebenzwecke"¹⁾, die durch das Monopol mit fiskalischen Mitteln angestrebt werden.

Schon lange Zeit bevor es zur Herausbildung des Branntwein-Monopols gekommen ist, hat die Gesetzgebung - so durch das Branntweinsteuer-Gesetz vom 24. Juni 1887 - die Brennereien als landwirtschaftliches Nebengewerbe gefördert. Das geschah in der Weise, daß, ausgerichtet nach dem pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung, Kontingente festgelegt wurden, die hinsichtlich der zu zahlenden Verbrauchsabgabe begünstigt waren. Diese vielfach als "Liebesgabe" bezeichnete Vergünstigung sollte sowohl eine Überproduktion wie die Konzentration der Produktion auf einzelne Betriebe verhindern. Auf die spezielle Förderung landwirtschaftlicher Belange war diese Gesetzgebung insofern zugeschnitten, als gewerblicher Konkurrenz vorgebeugt werden sollte. Darüber hinaus konnte eine Neuzuteilung von Kontingenten nur an landwirtschaftliche Betriebe erfolgen, während bei der Neuverteilung, die ab 1895 alle fünf Jahre zu erfolgen hatte, die gewerblichen Großbrennereien einen Abstrich von 5 v.H. der Kontingente auf sich nehmen mußten²⁾.

1) Lotz: Finanzwissenschaft, 2. umgearb. Aufl.
Tüb. 1931, S. 733;

2) siehe auch Herlemann, a.a.O. S. 8/9.

2) Volkswirtschaftliche Begründung des Monopols.

Eine gewisse volkswirtschaftliche Rechtfertigung erlangte diese Art der Produktionslenkung durch die in der damaligen Zeit wesentlich anders gelagerten Produktionsbedingungen der Landwirtschaft als auch der Spiritusfabrikation. Ob in der heutigen Zeit eine Produktionslenkung mittels des Schlempekreislaufes unter Zuhilfenahme der Institution des Branntwein-Monopols volkswirtschaftlich vertretbar ist, um agrar- und ernährungswirtschaftliche Zwecke zu verfolgen, ist mit ein Hauptgegenstand dieser Untersuchung.

Eine Verbrauchslenkung aus sozialpolitischen bzw. sozialhygienischen Gründen mag heute an Aktualität verloren haben. Trunksucht und Säuferwahn, die Folgen minderer Qualität der Konsum-Erzeugnisse bzw. überreichlichen Genusses derselben, sind zurückgedrängt, weil vielfältige andere konkurrierende Genüsse verfügbar geworden sind.

Trotzdem bleibt es zu prüfen, ob das Monopol nicht auch heute noch - neben fiskalischen Aufgaben - eine geeignete Form für solche Verbrauchslenkung darbietet.

Wünschenswert schien den Schöpfern der Branntwein-Gesetzgebung der Zustand: alle bestehenden Brennereien zur Deckung des Bedarfes heranzuziehen; hierunter zählen auch jene Erzeugungssparten oder Betriebe, die unter ungünstigen Bedingungen wirtschaften, sei es hinsichtlich kostspieligeren Rohstoffeinsatzes, sei es hinsichtlich unzureichender betriebstechnischer Voraussetzungen.

Dazu ist an anderer Stelle ausgeführt:

"Die Frage ist somit, ob ein Monopol im gleichen Grade wie ein Privatmann sich bemühen wird, neue Verwendungsmöglichkeiten von Spiritus zu finden, sich in Bezug auf technischen Fortschritt in der Höhe zu halten und diesen zu fördern und auch auf kaufmännischem Gebiet das Beste zu leisten. In seiner Eigenschaft als Staatsmonopol muß sich dieses politischen Rücksichten unterordnen, die es daran hindern, die ökonomischen Gesetze zu befolgen."¹⁾

Hier treten doch ernsthafte Bedenken gegen die Monopolform zutage, die sich praktisch auswirken können, wenn das konkurrenzwirtschaftliche Gebot mißachtet wird, mit den geringsten Kosten möglichst viel und billig zu erzeugen.

Aber - kommt es volkswirtschaftlich ausschließlich auf Güterfülle an?

Das übergeordnete gesamtwirtschaftliche Interesse, die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität, bedingt neben der "Güterfülle" ein sozialwirtschaftliches Gleichgewicht. Inwieweit dieses Ziel innerhalb der Branntweinwirtschaft konkurrenzwirtschaftlich oder durch kooperative Ergänzungen erreicht werden kann, werden die nachfolgenden Ausführungen zeigen.

3) Fiskalische Zielsetzungen.

Das Steuer-Aufkommen aus der Branntwein-Wirtschaft ist ein Datum im Gefüge des Steuersystems.

Die Nachfrage nach alkoholischen Getränken bestimmt sich nach den "Verbrauchsgewohnheiten und Einkommensverhältnissen"²⁾ der Konsumenten. Wird das marktgängige Einkommen beschnitten durch die Höhe der einzelnen Steuertarife bzw. durch eine Vielzahl zusammenwirkender Steuern, so besteht die Gefahr, daß der Ertrag aus der Branntwein-Besteuerung zurückbleibt.

1) Sven Rögind, "Die Monopolbetriebe auf dem Gebiet der Spiritusindustrie" 1932, S.37;

2) Schmölders: "Die Ertragsfähigkeit der Getränkesteuern", S.20.

In der aktuellen Diskussion zur Neugestaltung der deutschen Branntweinwirtschaft findet sich zur Frage des Steueraufkommens folgender Beitrag:

"Die Branntweinbesteuerung ist ein Deutschland weniger ertragreich als in anderen Ländern, und zwar sowohl bezogen auf den Kopf der Bevölkerung als auch je Liter Branntwein. Auch im Vergleich zu anderen Verbrauchssteuern, z.B. der Tabaksteuer ist das Ergebnis unbefriedigend." 1)

Tabelle XXI

Die kassenmäßigen Einnahmen aus dem Spiritusmonopol und der Tabaksteuer haben betragen: 2)

=====

Rechnungs- jahr	Branntweinsteuer einschl. Rein- gewinn nach § 86 BrMG	Tabaksteuer	Verhältnis
- in 1.000 DM -			
1946	182.8	1.465.5	1 : 8.01
1947	229.9	1.680.6	1 : 7.31
1948/I	82.2	512.2	1 : 6.23
1948/II	126.3	1.090.5	1 : 8.63
1949	502.0	2.190.6	1 : 4.36
1950	487.8	2.100.6	1 : 4.36
1951	541.7	2.362.9	1 : 4.36
1952	526.9	2.360.0	1 : 4.47
1953	551.2	2.281.2	1 : 4.14
1954 ³⁾	554.2	2.303.2	1 : 4.15
1955 ⁴⁾	570.0	2.350.0	1 : 4.12

- 1) Schmölders: "Die Reform der Branntwein-Besteuerung", Köln 1950, Zusammenfassung, Ziff. e);
- 2) Quelle: Statistisches Jahrbuch 1955, Seite 406 (errechnet)
- 3) Angaben beziehen sich auf das Kalenderjahr;
- 4) Einnahme-Schätzung, nach Oeftering: Haushalt-debatte v. 9.11.54.

Aus Tabelle XXI ist zu entnehmen, daß sich das Verhältnis der Verbrauchssteuer-Aufkommen durch Ermäßigung des Steuersatzes von RM 10.000,- hl/W auf DM 1.000,- hl/W verschoben und auch späterhin zugunsten des Monopolaufkommens fortlaufend verbessert hat. Während die Einnahmen aus der Branntweinsteuer seit 1946 die dreifache Höhe erreichten, hielt der Zuwachs des Tabaksteueraufkommens hierzu nur zur Hälfte Schritt. Die mittlerweile eingespielte Proportion zwischen Branntwein- und Tabaksteuer von rund 1 : 4 hat auch in anderen Ländern Bestand (z.B. Großbritannien, Belgien, Niederlande u.a.)¹⁾.

Der Finanzierungs-Anteil der Branntweinsteuer an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte ist in der nachfolgenden Tabelle XXII dargestellt. - Während die finanzwirtschaftlichen Ausgaben nicht nur der absoluten Höhe nach, sondern auch hinsichtlich des Anteils am Volkseinkommen ständig anwachsen, zeigt das Verhältnis von Branntweinsteuer und Volkseinkommen - bei gleichfalls vermehrtem absolutem Steueraufkommen - eine fallende Tendenz. Daraus ist zu schließen, daß die Branntwein-Wirtschaft - speziell auf dem Sektor des Trinkbranntweins - an der Expansion der Gesamtwirtschaft nicht in dem selben Ausmaß anteilnimmt wie die übrigen Wirtschaftszweige.

1) Schmölders: "Die Reform der Branntweinbesteuerung", Tabellen-Anhang.

Tabelle XXI

Volkseinkommen - Branntweinsteuer und die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik (in Millionen DM) ¹⁾

	1950	1951	1952	1953	1954
<u>Volkseinkommen</u>	71.521	89.856	98.075	103.745	112.510
<u>Staatsausgaben</u> ²⁾	27.323	36.656	40.412	45.819	49.678
Staatsausgaben in v.H. des Volkseinkommens	38,2	40,8	41,2	44,1	44,2
<u>Essenm.Einnahmen aus dem Spiritus- monopol</u> ²⁾	488	542	567	551	554,2 ³⁾
o. in v.H. des Volkseinkommens	0.68	0.60	0.57	0.53	0.49

Es ist nicht die Aufgabe der vorliegenden Arbeit, zu untersuchen, ob durch eine Umgestaltung des Branntwein-Monopols eine etwa bestehende Steuer-Reserve ausgeschöpft werden kann.

Für den Aufbau der Arbeit sind die staatlichen Einnahmen aus der Branntwein-Besteuerung derzeitigen Umfangs gegebene Voraussetzung, so daß weder Mittel und Wege zu prüfen sind, die zu solchen Mehr-Einnahmen führen, noch welche Wirkungen Mehr- oder Minder-Einnahmen auf die Gesamtwirtschaft üben.

Unter dieser Sicht können auch die allgemeinen Steuer-Überwälzungsvorgänge vernachlässigt werden, die zwischen Hersteller, Händler und Verbraucher stattfinden können und möglicherweise die Ertragsfähigkeit der Getränkesteuer beeinflussen⁴⁾.

1) Quelle: errechnet aus Stat.Jahrbuch 1956, S. 398, 406, 506;

2) Rechnungsjahre

3) Kalenderjahre

4) Schmolders: "Die Ertragsfähigkeit d.Getränkesteuer" S.9

Eine mögliche Art der Überwälzung soll jedoch nicht unerwähnt bleiben. Es ist die Wirkung, die ein erhöhter Steuersatz auf die Spartätigkeit üben kann. Ist bei gegebenem Einkommen und steigender Verbrauchsabgabe der Genußwille der Konsumenten stärker als deren Spartrieb, so kann ein quantitativ unveränderter Alkoholverbrauch innerhalb bestimmter Einkommensstufen nicht auf eine Beeinträchtigung der Lebensführung hinwirken, sondern mittelbar eine Verringerung der Kapitalbildung auslösen infolge Ausfalles an freiwilliger Sparleistung¹⁾.

Ein erhöhter Steuersatz, welcher eine Minderung der Nachfrage und in deren Folge eine Produktionseinschränkung bewirkt, kann eine relative Verteuerung der Stück-Kosten auslösen, weil die Erzeugung durch verhältnismäßig hohe fixe Kosten belastet ist. Nachdem bei einem allgemeinen Nachfrage-Rückgang eine Überwälzung auf den Verbraucher nicht stattfinden wird, entsteht infolge verminderter Betriebsgewinne eine Differenz, welche die Unternehmergewinne einschränkt und dadurch auf die Kapitalbildung fortwirken kann. Das geschieht entweder durch Ausfall unternehmerischer Sparleistung, bei unterbliebener Selbstfinanzierung bzw. Ersatz-Investitionen, oder durch überproportionales Zurückbleiben der zwangsweisen Sparleistung infolge verminderten Aufkommens an Überschuß-Steuern (Einkommen-, Körperschafts- oder Gewerbesteuer z.B.).

1) Schmolders: "Die Ertragsfähigkeit der Getränkesteuern", S.14.

Z W E I T E R A B S C H N I T T

Der gebundene Wettbewerb in der Spirituswirtschaft
=====

der Bundesrepublik.
=====

§ 6 Die geschichtlichen Wurzeln des Branntwein-Monopols.

Die Ausbildung einer Wettbewerbsbildung in der deutschen Spirituswirtschaft ist begünstigt worden durch eine Reihe von Umständen, die wechselseitig aufeinander wirkten:

1) Finanznot.

Das junge Deutsche-Reich litt unter Finanznöten, weil sein Etat aus Zöllen und dem Aufkommen indirekter Steuern bestritten werden mußte und dieses mit dem wachsenden Finanzbedarf bzw. den erhöhten Ausgaben für die Landesverteidigung nicht Schritt hielt. Solchem Zustand bei gegebenen finanzausgleichspolitischen Bedingungen abzuhelpen, ist das finanzwirtschaftliche Anliegen des Gesetzes von 1887¹⁾.

In der Industrie bildete sich eine Tendenz zur Konzentration heraus, die innerhalb des landwirtschaftlichen Nebengewerbes verhindert werden sollte. Daher Dezentralisierung des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes und Begünstigung kleinerer Brennereien durch steuerpolitische Mittel (Maischraumsteuer und Kontingent)²⁾.

Die deutsche Spirituswirtschaft stand unter dem Druck außenwirtschaftlicher - durch Prämienengewähr geförderter - Konkurrenz (z.B. Rußland)³⁾. Gleichzeitig wurde durch die Zollpolitik einiger Einfuhrländer (z.B. Spanien) der Außenmarkt für die deutsche Spirituswirtschaft eingeengt⁴⁾.

1) Terhalle: "Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden", 1948, S.302;

2) siehe auch Herlemann, a.a.O., S. 7 ff.

3) Weber-Meinhold: "Agrarpolitik" 1951, S.309

4) Briefs: "Das Spirituskartell", 1912, S.6.

1) Beseitigung drohender Überproduktion.

Einer drohenden Überproduktion sollte vorgebeugt werden. Daher Kontingentierung der Produktion in Verbindung mit der sog. "Liebesgabe".

Entgegengesetzt wirkte das Prinzip der Steuereinhaltung bei der Maischraumsteuer. Die durch Betriebsverbesserung gestiegenen Ausbeuten übten geradezu einen Anreiz auf die Produktion aus. Darüber hinaus wurden bei Export oder technischer Verwertung des Spiritus die Maischraumsteuer zurückvergütet. Der Erstattungsbetrag war zufolge gestiegener Ausbeuten jedoch höher als die tatsächlich gezahlte Steuer¹⁾.

Die bestehende "Inlandsmarktüberspannung"²⁾ gefährdete gleichzeitig "rentable Preise"³⁾ - es sei denn, die Ausfuhr und der Absatz technischen Sprits hätten wirksam erweitert werden können. Dieses Ziel wurde ab 1895 verfolgt durch Schaffung einer "Brennsteuer" und durch die nunmehr offene Export-Subventionierung.

Ein anderes Mittel, gegebene Absatzmöglichkeiten zu nutzen, bestand darin, daß das Gewerbe von sich aus versuchte, die Ausfuhr und eine technische Verwendung des Alkohol zu heben: durch künstliche Verbilligung dieses Absatzes zu Lasten des Trinkbranntwein-Verbrauchs.

Solche Preispolitik verspricht jedoch nur dann nachhaltigen Erfolg, wenn eine genügend große Angebotsmenge dem Prinzip sog. Differenz-Kalkulation unterworfen ist, damit auch praktisch die Teilung des Marktes verwirklicht werden kann.

Die Gestaltung der Absatzmenge über den preispolitischen Hebel übte auf die beteiligten Unternehmen einen Anreiz zur Zusammenarbeit oder zu Zusammen-

1) Baade: "Neugestaltung der deutschen Branntweinwirtschaft", 1927, S.20;

2) u. 3) Briefs: a.a.O., S. 12.

schlüssen aus. Zudem hatten die Spritfabriken erkannt, daß bei gegenseitigem Unterbieten nur der Abnehmer gewinnen könne¹⁾.

Die Brenner wollten gleichfalls auf die Preisbildung ihrer Erzeugung Einfluß gewinnen, nachdem deren Interessen bislang durch die Spekulationen des Zwischenhandels beeinträchtigt wurden; dies um so mehr, als eine finanzielle Abhängigkeit der Brennereien durch Kredithingabe seitens des Zwischenhandels entstanden war²⁾.

Diese Bestrebungen formten wirtschaftliche Vereinigungen (vgl. Seite 9), die als Wegbereiter des Monopols gelten können.

Staatsintervention und volkswirtschaftliche Aufgaben.

Die staatliche Intervention kann staatspolitische und wirtschaftspolitische Zwecke verfolgen:

1) Umfang der Intervention.

Staatspolitisch ist die Intervention einnahmeorientiert.

Wirtschaftspolitisch bestehen

sozialpolitische Bestrebungen im Sinne einer Verbrauchslenkung,

agrarpolitische Zielsetzungen.

Für die praktische Fortwirkung auf den gesamtwirtschaftlichen Bereich ist die Rangfolge dieser Zwecke irrelevant, es sei denn, das Branntwein-Monopol würde die Gestalt eines Finanz-Monopols annehmen.

Einzelne Interventions-Zwecke haben sich im Laufe eines Menschenalters verändert.

Der staatspolitische Zweck ist geblieben. Die am das Branntwein-Monopol geknüpften Reformbestrebungen

1) Briefs: a.a.O., S.22;

2) " " S.26.

betreffen vorwiegend den Fiskalzweck: "Der Branntwein soll von einer Quelle der "Liebesgaben" zu einer Quelle der Steuereinnahmen werden"¹⁾.

Der sozialpolitische Zweck, z.B. durch prohibitiv wirkende Steuersätze mittelbar die Volksgesundheit zu fördern, ist nicht mehr in früherem Ausmaß aktuell. Dafür hat die fortgeschrittene Motorisierung ein anderes Problem öffentlichen Interesses aufgeworfen: "Alkohol und Straßenverkehr".

Der agrarpolitische Zweck gewinnt heute - bei veränderten territorialen Bedingungen - einstweilen eingeschränkte Bedeutung. Der Kern der Bestrebungen, durch Schlempewirtschaft arme Böden zu kultivieren und mangelndem Nährstoffhaushalt des Bodens entgegenzuwirken, ist bisher nicht widerlegt, obwohl es gelungen ist, auch mittels anderer Betriebsformen Kultivierungserfolge zu erzielen. War dies der Fall, so bestanden jedoch für die bezüglichen Böden andere klimatische Voraussetzungen, als diese im allgemeinen für jene Gebiete Gültigkeit haben, deren Kultivierung der Brennereiwirtschaft zu danken ist²⁾.

Gleichgültig, ob die vorstehend aufgeführten wirtschaftspolitischen Zwecke untereinander Gewicht gewonnen oder eingebüßt haben, beeinflussen sie tatsächlich nachhaltig den Wirtschaftsablauf. Jedoch entstehen auch Nebenwirkungen, allein schon dadurch, daß die Disposition der Produktionselemente nicht mehr nach Knappheitsmerkmalen, sondern außerwirtschaftlichen Belangen ausgerichtet wird. Das kann zur Folge haben, daß Produktivkräfte möglicherweise anderenorts vorteilhafter hätten wirksam werden können. Volkswirtschaftlich bedeutet das unter dem Gesichtswinkel des Ineinandergrei-

1) Schmölders: "Die Reform der Branntweinbesteuerung", Zusammenfassung, Ziff.4;

2) siehe auch: "Neue Mitteilungen für die Landwirtschaft", 7.10.50, Aufsatz: Frey, "Die landwirtschaftlichen Brennereien und das Branntwein-Monopol", S.667.

fens der Einzelwirtschaften, daß Überfluß an Produktionselementen in einem Teilbereich der Wirtschaft einen Mangel in anderen Teilbereichen nach sich ziehen muß, und daß außerdem ein "zu viel" bzw. "zu wenig" an Produktivkräften hier oder dort in unzähligen Varianten auf die Wirtschaft fortwirken.

Ein weiteres Beispiel "ungewollter Nebenwirkungen" dieser Intervention ist der Umstand, daß der fiskalische Schwerpunkt die Marktform der Branntweinwirtschaft bestimmt. Es wurde in anderem Zusammenhang bereits zitiert (vgl. Seite 8), daß das Monopol eine Erhebungsform für Verbrauchssteuern sei, welche "die größte Belastung bei größter Schonung des Verbrauchers" gewährleistete.

Demgegenüber ist aber auch ausgeführt, daß Alkohol in seiner heutigen Bedeutung nicht nur Genußmittel ist. Die Strukturdaten des Wirtschaftszweiges lassen erkennen, daß der Produktionsanteil technischen Sprits erheblich ansteigt (vgl. Tabelle V), der Absatz von Trinkbranntwein nach dem Kriege zwar absolut verhältnismäßig ausgeglichen ist (vgl. Tabelle XV), aber daß relativ der pro-Kopf-Verbrauch technischen Sprits nicht nur überwiegt, sondern auch eine ansteigende Tendenz zeigt (vgl. Tabelle XVI).

Hieraus läßt sich ableiten, daß die Monopolform die Erzeugung und Verwertung technischen Sprits qualitativ nicht verhindert hat, trotz deren agrarwirtschaftlicher und mittelständischer Ausrichtung. Es bestehen jedoch gesetzlich verankerte Rohstoff- und Mengenbeschränkungen (§§ 21/22 BrMG), die quantitativ den Durchbruch dieser bestehenden Tendenz zum technischen Spirit als industriellem Rohstoff gehemmt haben.

Es wird zweifelhaft, ob bei der nachweislich ge-

stiegenen Bedeutung technischer bzw. synthetischer Alkoholgewinnung bzw. -verwertung und der infolge wesentlicher Senkung der Gestehungskosten künftig notwendigen Produktion in "großtechnischem Maßstab"¹⁾ die bisherige Einordnung in ein "Verbrauchssteuer-Monopol" noch sinnvoll ist.

Eine Branntweinwirtschaft, die die gewerblichen Betriebe zwingt, ihre Produktion auf einen Bruchteil der Rohstoff- und Absatzkapazität zu beschränken, stabilisiert geradezu den Zustand einer technisch und wirtschaftlich längst überwundenen Entwicklung und führt dadurch zu einem Verlust an Produktivkräften.

2) Grenzen der Intervention.

Das Ziel einer volkswirtschaftlich richtig verstandenen Intervention kann nur sein, das wirtschaftliche Gedeihen aller Gruppen zu fördern.

Während idealtypisch alle Anbieter um den Absatz und umgekehrt alle Nachfragenden um das Angebot konkurrieren, sind im Branntwein-Monopol die freimarktlischen Ausgleichskräfte ersetzt, d.h. an Stelle von Wettbewerb und Preis treten Gesetz und Verordnung.

In § 65 BrMG kommt der Konkurrenzgedanke zwar zum Ausdruck, wenn es heißt: Der Übernahmepreis habe sich nach den "durchschnittlichen Herstellungskosten einer g u t ²⁾ geleiteten Brennerei mittleren Umfangs" zu richten. Aber es ist damit kaum mehr gesagt, als solle das hierdurch verfolgte Ziel der Selbstkostengarantie nicht gerade an dem "letzten"³⁾ Grenzproduzenten ausgerichtet sein. Daraus würde nämlich für alle übrigen Produzenten eine sozusagen permanente Quasi-Rente entstehen, die praktisch

1) Beckmann: "Staatsmonopol gegen freie Marktwirtschaft", Zeitschr. "Chemische Industrie", Heft 5/1952;

2) vom Verf. gesperrt;

3) "letzter" Grenzproduzent deshalb, weil die Vergünstigung des Brennrechts eine Absatzgarantie einschließt - gleichgültig, zu welchen Kosten erzeugt wird.

aber nichts anderes ist als ein Bestandteil der Monopol-Rente, die in Form einer verdeckten Subvention den Erzeugern in unterschiedlicher Höhe zugute kommt.

Der Wettbewerb zwischen den Herstellern ist darauf beschränkt, die mengenmäßig vorbestimmte Erzeugung zu rationalisieren. Damit wird ein Kostenvorsprung bewirkt, der bei gegebenem Übernahmepreis vorübergehend die Erscheinung der Quasi-Rente auslöst. Einen nachhaltigen Einfluß auf die Produktion zu üben, ist den Herstellern nicht möglich. Sie können sich nicht dadurch einen höheren Produktionsanteil sichern, daß sie billiger erzeugen, noch können sie durch Zurückhaltung ihrer Erzeugnisse bessere Preise und dadurch höhere Erlöse erzielen.

Der Wettbewerb ist nicht preisgesteuert, sondern bürokratisiert, d.h. die Auslesefunktion des Marktpreises ist durch Kontingentierung der Produktion ersetzt. Der Preis ist eine Addition zufälliger, innerhalb einzelner Betriebswirtschaften unterschiedlich gelagerter Kosten. Daher sind die Übernahmepreise nicht der Ausdruck eines bestehenden Knappheitsverhältnisses, bezogen auf eine bestimmte Nachfrage.

Im Leistungswettbewerb würde das minderleistungsfähige Angebot aus der Konkurrenz verdrängt, und es bestünde die Gefahr, daß die mittleren und kleinen Betriebsgrößen in überwiegender Anzahl erliegen. Solcher Ausschaltung beugt die in § 65 BrMG ausgedrückte Selbstkostengarantie - in Verbindung mit einer Reihe weiterer Bestimmungen - vor. Man ist bestrebt, auch den Betrieben geringeren Produktionsumfanges einen tragbaren Grundpreis zu sichern. Als Mittel solcher Nivellierung dienen Zuschläge und Abzüge. Je nach Umfang einer - innerhalb des

Brennrechts hergestellt geltender - Jahreserzeugung bis zu 300 hl/W wird ein gestaffelter Betriebszuschlag zwischen 5 und 15 Hundertteilen gewährt (§ 68 BrMG). Analog hierzu sind bei einer Kürzung der Brennrechte diese ebenfalls nur zu Bruchteilen erfaßt (§ 40 BrMG).

Anstelle des Betriebszuschlages nach § 68 BrMG wird den Kleinbrennereien bis zu 4 hl/W Jahres-Erzeugung ein Zuschlag von 100 %, den übrigen ein solcher von 30 v.H. des Brantweingrundpreises gewährt (§ 69 BrMG).

Die Höhe der Abzüge ergibt sich aus den Vorschriften der §§ 66 und 72 BrMG. Dadurch soll ein Ausgleich der unterschiedlichen Betriebskosten innerhalb der weiten Betriebsgrößen-Streuung über 600 hl/W Jahres-Erzeugung gewährleistet sein.

Einen zweifachen Abzug erfahren dabei die Betriebe mit Brennrechten über 1.000 hl/W (§ 72 II).

Diese Abzüge sollen speziell einen Einnahme-Ausgleich für die an die Betriebe bis zu 400 hl/W Jahres-Erzeugung zu zahlenden Zuschläge bewirken, ohne daß hierdurch die Monopolverwaltung unmittelbar belastet würde.

Die Angleichung betriebswirtschaftlicher Kostenunterschiede im System der Übernahmepreis-Berechnung ist unter volkswirtschaftlicher Sicht ein Stück "Mittelstands-Politik", aus der sowohl landwirtschaftliche wie gewerbliche Betriebe Nutzen ziehen.

Überwiegend wird solche Einkommenskorrektur jedoch den landwirtschaftlichen Brennereien gegenüber wirksam, weil Brennrechte und Produktion hier wesentlich niedriger liegen, als dies bei den gewerblichen Betrieben der Fall ist (vgl. Tabelle IV und Tabelle IX). Es soll damit erreicht werden, agrarwirtschaftliche Nachteile zu neutralisieren.

Daß allgemein solche agrarwirtschaftlichen Nachteile bestehen, die sich ernährungswirtschaftlich auswirken können (z.B. ungünstige Boden-, Klima- oder Verkehrsbedingungen, außenwirtschaftlicher Preisdruck u.dgl.), ist eine gegebene Voraussetzung, die in diesem Zusammenhang keines Nachweises bedarf.

Volkswirtschaftlich entscheidend ist jedoch:

- a) Wieviele Betriebe bzw. Flächeneinheiten können, im Verhältnis zur gesamten übrigen Landwirtschaft aus der Schlempewirtschaft einen Nutzen ziehen, d.h. inwieweit wird die Wechselwirkung zwischen natürlichen Bedingungen und Nährstoffkreislauf der Brennereiwirtschaften zur Neutralisierung bestehender agrarwirtschaftlicher Nachteile wirksam;
- b) ist zu untersuchen, ob der Schlempekreislauf durch andere Spezialkulturen ersetzbar ist bzw. ob andere Wirtschaftsformen zum Einsatz gelangen können, die einen gleichen agrarwirtschaftlichen Erfolg herbeiführen. Dabei ist "Erfolg" nicht nur in betriebswirtschaftlichem, sondern auch in volkswirtschaftlichem Sinne verstanden. Dieser doppelte Begriffsinhalt ist nicht notwendig identisch und daher auch nicht in gleicher Weise meßbar.

Ein Beispiel hierfür bietet die Hinwendung zur Ölkuchenfütterung bei allgemeinem Verzicht auf die bisherige Schlempe-Wirtschaft.

Abgesehen von dem gleichzeitigen Verlust mittelbarer Absatz-Garantie durch betriebseigene Ernte-Verwertung, wäre der Übergang zur Ölkuchen-Verfütterung dann betriebswirtschaftlich erfolgsneutral, wenn allen betroffenen Betrieben eine mengen- bzw. futterwertmäßig gleichbleibende Ölkuchen-Subvention gesichert bliebe, unabhängig

davon, ob sich die Preise bzw. Kosten hierfür verändern. Dabei ist vorausgesetzt, daß Eiweißgehalt, Futterwert und Stallmist-Bereitung bei beiden Fütterungs-Methoden gleichwertig sind¹⁾.

Volkswirtschaftlich besteht der Nutzen dieses betriebswirtschaftlich-"erfolgsneutralen" Eingriffes darin, zu verhindern, daß "60 bis 80 Millionen in den Irrwegen einer sinnlos gewordenen Branntweinwirtschaft verpufft werden, um der Kartoffelbauenden Landwirtschaft ein Eiweißgeschenk von 7,2 bis 9,6 Millionen zu machen"²⁾. Nicht berücksichtigt sind bei diesem Rechen-Exempel die Folgen, die sich volkswirtschaftlich aus der völligen Abkehr von einer bewährten Wirtschaftsweise ergeben.

Selbst wenn eine Schließung der landwirtschaftlichen Brennereien und die Kosten einer etwaigen Entschädigungsleistung keine rechtlich begründeten Einwendungen auslösen sollte, so bliebe doch fraglich, ob zu allen Zeiten diese Ölkuchen-Subvention aufrechterhalten bleiben könnte, zumal hier ein erheblicher Einfuhrbedarf besteht³⁾. Versagt nämlich das Einfuhr-System, so entsteht außerdem eine schwerwiegende ernährungswirtschaftliche Problematik⁴⁾.

Die Wirkung eines solchen staatlichen Eingriffes, der zunächst nicht mehr zu sein scheint als die Wahl zwischen offener oder verdeckter Subvention, kann sehr nachhaltig sein. Das zeigt sich unter anderem auch aus der Fortwirkung auf die Warenmärkte, z.B. der Zulieferer-Industrien oder auch hinsichtlich der preisstabilisierenden Wirkung, die gerade die landwirtschaftlichen Brennereien auf dem Markt der Speisekartoffel üben.

1) siehe auch: Baade, "Neugestaltung der deutschen Branntweinwirtschaft", Berlin, 1927, S.34;

2) Baade: a.a.O., S. 36;

3) im Jahre 1954 betrug der Einfuhr-Überschuß 132 345 to Ölkuchen - Quelle: Stat.Jahrb.1955, S.281

4) durch Schlempe-Wirtschaft Steigerung der Milch- und Fettproduktion um 25.v.H. möglich (Unters. Landw.Hochschule Hohenheim für U.S.A.)

Die zu verarbeitenden Kartoffeln berühren hier erst garnicht den Markt und beeinflussen deshalb das Angebots-Nachfrage-Verhältnis nicht in preisstiegernder Weise.

Daß die vermehrte Viehhaltung durch Schlempe-Wirtschaft nur eine unter mehreren möglichen Formen landwirtschaftlicher Betriebsweise darstellt, ist praktisch erwiesen. Grün-Düngung, Zwischenfruchtbau und intensive Mineral-Düngung haben - wie schon an anderer Stelle (vgl. Seite 64) ausgeführt - unter geeigneten klimatischen Verhältnissen ebenso zu Kultivierungserfolgen geführt.

Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß sich die Schlempe-Wirtschaft generell durch andere Wirtschaftsformen ersetzen ließe.

Eine Untersuchung der Standort- und Bodenverhältnisse von insgesamt 152 repräsentativ herangezogenen Brennereigütern¹⁾ ergab, daß nur zwölf Betriebe "brennerei-bedürftig" im strengen Sinne²⁾ sind; zehn dieser zwölf Betriebe, mit einem Brennrechts-Anteil von 88,7 v.H., liegen in Bayern³⁾.

Verbindet man dieses Ergebnis mit der Feststellung: "99,8 v.H. aller landwirtschaftlichen Betriebe über 5 ha seien auch ohne Brennerei wenig lebensfähig"⁴⁾, so zeigt sich, daß gerade dieser Maßstab geeignet ist, zu beweisen, inwieweit Brennereien als landwirtschaftliche Nebenbetriebe nicht nur betriebswirtschaftlich zweckmäßig, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Das erweist sich besonders dann, wenn die speziell für Bayern repräsentativ aufgezeigten Bodenverhältnisse auf die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe über 5 ha bezogen werden, wie das

1) Betriebe mit über 400 hl/W Brennrecht;

2) vgl. auch Gruppen IV und V, Übergänge mit absinkendem Boden und Wiesenverhältnis, Güter mit geringem Boden und schlechtem Wiesenverhältnis;

3) errechnet aus Herlemann: "Branntweinpolitik u. Landwirtschaft", Tab. 34, S. 110;

4) Herlemann: a.a.O., S. 107.

hier geschehen ist. Aus einer solchen Gegenüberstellung ergibt sich nämlich, daß trotz einerseits nachgewiesener "Brennereibedürftigkeit" gerade in Bayern der Anteil landwirtschaftlicher Betriebe über 5 ha, die ohne Brennerei "lebensfähig" sind, höher ist als im Durchschnitt des Bundesgebietes (99,92 v.H. und 99,8 v.H.¹⁾).

Man mag daraus erkennen, daß ein Zahlenspiel allein nicht genügt zur Beantwortung der Frage: ob die Schlempe-Wirtschaft notwendig oder aber generell ersetzbar ist.

Die Wahl der Betriebsgrößenstaffel von 5 ha-Betrieben an aufwärts begegnet darüber hinaus dem Einwand, daß Kleinbetriebe aus dem Verbund-System: Landwirtschaft : Brennerei im allgemeinen deshalb keinen Nutzen ziehen können, weil die hohen Kapitalkosten für die technische Ausstattung einer leistungsfähigen Brennerei von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben ohnehin nicht aufgebracht werden können.

Anders gestaltet sich dagegen die Betriebsgrößenfrage bei den Obstbrennereien. Hier tritt die Bedeutung der Schlempefütterung völlig zurück hinter der volkswirtschaftlichen Zielsetzung: schwankendem Ernte-Anfall und leichter Verderblichkeit des Obstes über den Brenn-Prozeß zu steuern. Gesetzliche Maßnahmen, die einer Förderung der Obstbrennereien dienen, wurden bereits in anderem Zusammenhang herausgestellt (vgl. Seite 19/20 und 39).

Der überwiegende Anteil dieser Erzeugungswerten an der Gesamtzahl der Betriebe und deren Anhaufung innerhalb einzelner Landesteile drückt jedoch weniger eine ernährungswirtschaftliche, als eine sozialpolitische Problematik aus (vgl. Tabelle V).

1) errechnet aus: Stat.Berichte, Arb.Nr.VII/66/5 und Quelle siehe Anmerkung 3) auf Seite 71

"Der Schutz des Branntwein-Monopolgesetzes für die landwirtschaftlichen Brennereien ist nur dadurch begründet und gerechtfertigt, daß diese im Rahmen ihrer Erzeugung die besonderen landwirtschaftlichen Bedürfnisse hinsichtlich erhöhten Hackfruchtanbaus im eigenen Betrieb, stärkerer Stallmist-Verwendung und stärkerer Milch- und Fett-Erzeugung befriedigen".¹⁾

Damit ist gesagt, daß es wesentlich darauf ankommt, die im Brennerei-Prozeß verarbeiteten agrarischen Rohstoffe selbst zu erzeugen. Das volkswirtschaftliche Anliegen nach einer insgesamt gesunden Brennerei-Wirtschaft besteht nicht darin, die Lebensfähigkeit aller vorhandenen Brennereien unterschiedslos zu garantieren. Sinn und Zweck staatlicher Einflußnahme im Bereich der Branntweinwirtschaft sind darauf gerichtet, den mit einer Brennerei verbundenen landwirtschaftlichen Betrieben zu einer Intensitätsstufe zu verhelfen, die es ermöglicht: "armen" und verkehrsungünstig gelegenen Boden durch den Kapital-Einsatz einer Brennerei-Anlage zusammen mit menschlicher Arbeit optimal zu vereinigen. Dabei ist freilich die Erhaltung bzw. Fortführung bestehender Betriebe oder aber die Errichtung völlig neuer landwirtschaftlicher Brennereien volkswirtschaftlich unterschiedlich zu beurteilen.

"Wird der Volkswirt jedenfalls einer weiteren Ausdehnung der Brennereibetriebe, solange die Kapitaldisposition so knapp ist, wie zur Zeit, ganz gewiß nicht das Wort reden dürfen"²⁾ - - - so gilt auch für die bereits bestehenden Betriebe für das Maß staatlicher Intervention eine Grenze:

-
- 1) Frey: "Die landwirtschaftlichen Brennereien und die Reform des Branntwein-Monopol-Gesetzes", Aufsatz in: DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr.2/1953;
2) Weber-Meinhold: Agrarpolitik, S.311, Duncker & Humblot, Berlin.

der übertriebene Schutz der Grenzproduzenten im Branntwein-Monopol. Dieser kommt darin zum Ausdruck, daß der Rationalisierungsdrang, als immerwährender Bestandteil des Leistungswettbewerbs, im Verbande des Kollektiv-Monopols nicht in gleichem Ausmaß wirksam wird.

Im Branntwein-Monopol ist zwar eine Kostenstreuung von Betrieb zu Betrieb gegeben; das ist zu erkennen aus Tabelle IV, in welcher die Durchschnitts-Produktion je Brennerei innerhalb der verschiedenen Brennerei-Klassen dargestellt ist. Ebenso zeigt Tabelle XI, daß die durchschnittliche Höhe der vorhandenen Brennrechte zwischen den einzelnen Brennereiklassen, d.h. den landwirtschaftlichen, den gewerblichen oder den Obstbrennereien beträchtlich voneinander abweichen.

Nachdem die moderne Alkohol-Produktion mit erheblichen konstanten Kosten belastet ist¹⁾, führt die unterschiedliche Ausbringung nicht nur zwischen den verschiedenen Brennereiklassen, sondern auch innerhalb gleicher Betriebssparten zu einer weiten Kostenstreuung. Diese wird aufgefangen in dem System der Übernahmepreis-Berechnung (vgl. Seite 68). Aus den Zuschlägen der §§ 68 und 72 BrMG ergibt sich, daß bei einer 100 hl/W-Brennerei die Verarbeitungskosten um etwa 25 v.H. höher veranschlagt werden als bei den der Übernahmepreis-Berechnung zugrunde gelegten Betrieben mit ca. 500 hl/W Brennrecht.

Im Gegensatz zur Konkurrenzwirtschaft, aus deren Gefüge einzelne Grenzünternehmer ausgeschaltet werden können, um neu eindringenden oder bereits

1) Die Kosten für Abschreibungen auf Gebäude und Einrichtung sowie die Zinsen betragen lt. Preiskalkulation der Monopolverwaltung für die Kornbrennereien im Betriebsjahr 1954/55 DM 18,96 hl/W. - Quelle: Brennerei-Kalender 1955.

vorhandenen Unternehmen zu weichen, ist im Branntwein-Monopol allen Brennereien eine Gewinn-Chance gegeben, weil nach § 58 BrMG Ablieferungspflicht für allen hergestellten Branntwein besteht¹⁾. Die Ablieferungspflicht der Hersteller kommt einer Abnahme-Verpflichtung seitens der Monopolverwaltung gleich. Eine Einschränkung gilt hier allerdings für ausschließlich außerhalb des Jahresbrennrechts hergestellte Erzeugungsmengen. Diese unterliegen einem prohibitiv wirkenden Überbrandabzug nach § 74 BrMG²⁾. Hier zeigt sich ein Unterschied des Branntwein-Monopols zur Konkurrenzwirtschaft: von außen her können praktisch keine neuen Konkurrenten eindringen³⁾.

Da die Jahresbrennrechte nach Betriebsjahren "unter Berücksichtigung der angesammelten Bestände und des voraussichtlichen Verbrauchs"⁴⁾ unterschiedlich festgesetzt werden (vgl. Tabelle VI), führt die weite Betriebsgrößenstreuung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien schon deshalb zu einer relativen Verteuerung, weil mit sinkender Kapazitätsausnutzung die Erzeugungskosten je Einheit ansteigen.

Eine Kürzung der Brennrechte nach § 40 BrMG wirkt sich in folgender Weise aus:

Vorausgesetzt, bei voller Auslastung des regelmäßigen Brennrechts hätten Grenzunternehmen bestanden, deren Kosten gleich dem Übernahmepreis waren, wird nunmehr ein Teil derjenigen Brennereien zu Grenzunternehmen, deren Unternehmergewinne durch einen solchen Kosten-Anstieg aufgezehrt werden. Je nach der einzelwirtschaftlich unterschied-

1) Ausnahmen für die Ablieferungspflicht bestehen: § 76 BrMG;

2) im Betriebsjahr 1954/55 betrug dieser DM 84.- hl/W (d.s. 50 v.H. des Grundpreises zuzüglich Teuerungszuschlag);

3) soweit nach §§ 32/33 BrMG nicht Ausnahmen bestehen;

4) § 40 BrMG

lichen Kostenprogression werden deshalb dieormaligen Grenzünternehmen, aber auch solche Brennereien untergrenzproduktiv wirtschaften, die vorher eine Differential-Rente erhielten. Der letztgenannte Fall tritt dann ein, wenn der Kostenanstieg größer ist als die Differential-Rente. Ein solcher Zustand bedeutet, daß die Erlöse aus den Branntweinlieferungen an das Monopol die Kosten der Produktions-Elemente nicht mehr voll decken. Die auf die konstanten Aufwendungen entfallenden Erlösanteile, d.s. Abschreibungen und Zinsen - oder anders ausgedrückt, die laufenden Kosten für die Indienststellung des Produktions-Elementes "Kapital" werden nicht mehr in entsprechender Höhe aufgebracht bzw. werden durch andere Kostenarten aufgesogen. Dauert dieser Zustand an, so zeigen sich volkswirtschaftlich unerwünschte Auswirkungen, die nach außen hin durch Verfall der Betriebsgebäude oder Überalterung des Maschinenparks sichtbar werden. Die unterbliebenen Ersatz-Investitionen bzw. anstelle dieser unterbliebene Sparkapitalbildung ziehen außerdem eine Verschwendung der übrigen Produktivkräfte nach sich: durch Rohstoff- bzw. Energie-Verluste, fortwährende Reparaturarbeiten, Leerzeiten u.ä..

Ein volkswirtschaftlich übertriebener Schutz der Granzproduzenten ist dann gegeben, wenn die Organisationsform des Monopols auf lange Sicht eine untergrenzproduktive Beschäftigung solcher schlecht wirtschaftenden Brennereien begünstigt, d.h. die staatliche Intervention mittels des Branntwein-Monopols nicht eine Korrektur, sondern die völlige Aufhebung marktwirtschaftlicher Tendenzen bewirkt. Das ist auch dann der Fall, wenn bei quantitativ verschlechterter Absatzlage versucht wird,

die Beschäftigung aller Betriebe über eine schematische Kürzung der Produktion hinweg zu sichern - ohne Bezug auf verbundwirtschaftliche Zusammenhänge oder auf Kosten und Preis.

"Eine Branntweinwirtschaft, die ihre landwirtschaftlichen Betriebe zwingt, ihre Jahresproduktion auf zwei Drittel der normalen herabzusetzen, vernichtet den organischen Zusammenhang, der in einer Brennerwirtschaft zwischen der Brennererei, der Viehhaltung, der Dünger-Erzeugung und der Ackerwirtschaft besteht."¹⁾

Der konkurrenzwirtschaftliche Bestandteil nach § 65 BrMG²⁾ mag wohl für einen Großteil der Brennereien in dem Bestreben, eine Differential-Rente zu erlangen, Anlaß zur Rationalisierung sein. Der Rationalisierungsanreiz ist jedoch schon dadurch eingeengt, daß die Produktionsmenge starr ist. Die sog. "Selbstkosten-Garantie" des Monoporgesetzes wirkt insofern volkswirtschaftlich nachteilig, als sie denjenigen Betrieben, die im Rahmen ihrer Erzeugungssparte eine volkswirtschaftlich sinnvolle Kombination der Produktionselemente aufweisen, die Ausdehnung der Erzeugung verwehrt, und umgekehrt solchen Brennerereien, die Produktiv-Kräfte vergeuden, eine gleichbleibende Beschäftigung künstlich erhält.

1) Baade: a.a.O., S.26;

2) "Der Branntweingrundpreis wird so festgesetzt, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten eines Hektoliters Weingeist in gut geleiteten landwirtschaftlichen Kartoffelbrennerereien mittleren Umfangs deckt ..."

§ 8 Der Ausgleich der Interessen.

Während bei vollkommener Konkurrenz ein Nachfrage-Rückgang eine Preissenkung und die Anpassung des Gesamtangebotes an die rückläufige Nachfrage bewirken würde, erfolgt der Ausgleich der Interessen in der organisierten Branntweinwirtschaft unter anderen Voraussetzungen, weil die Produzenten keinen freien Zugang zum Markt haben, sie keinen Einfluß auf die Preise üben und den Umfang der Produktion von sich aus nicht bestimmen können.

Der Gefahr, daß bei Nachfrage-Rückgang das Betriebsminimum frühzeitig erreicht wird, beugt die Preis- bzw. Abnahme-Garantie des Brennrechts vor. Es wird verhindert, daß einzelne Betriebe nach konkurrenzwirtschaftlichen Grundsätzen gezwungen sein können, ihre Produktion einzustellen und als Anbieter auszuscheiden. Die Folge davon ist, daß die Interessen der Einzel- und Gruppenwirtschaften untereinander zu den volkswirtschaftlichen Zielsetzungen künstlich in einem beweglichen Gleichgewicht erhalten werden müssen.

1) Einzelwirtschaftliche Ziele.

Die einzelwirtschaftlichen Bestrebungen gelten einem möglichst großen und nachhaltigen Betriebserfolg. "Erfolg" ist dabei der Unterschiedsbetrag zwischen Aufwand und Ertrag, der hinreichen soll, die Rentabilität der im Betriebe eingesetzten Produktiv-Kräfte zu erbringen.

Betriebswirtschaftlicher Erfolg und Alkoholerzeugung stehen jedoch nur dann in unmittelbarem Zusammenhang, wenn der Produktionsprozeß primär auf die Gewinnung von Alkohol gerichtet ist. Soweit die Alkoholerzeugung als landwirtschaftliches Nebengewerbe betrieben wird, oder im Anschluß an

eine bereits bestehende Primär-Produktion erfolgt (etwa zur Abfall-Verwertung: Sulfit-Ablauge als Rohstoff oder bei gleichzeitiger Hefe-Erzeugung), übt sie auf den betrieblichen Erfolg nur mittelbaren Einfluß.

Die Interessen einer verbundwirtschaftlich betriebenen Alkoholgewinnung unterscheiden sich deshalb von denen der Primärproduktion grundsätzlich in der Mengen-Orientierung. Bei landwirtschaftlichen Brennereien besteht z.B. ein festes Verhältnis zwischen Anbaufläche und Brennrecht¹⁾, das bestimmt ist durch betriebseigene Ernte-Verwertung und angemessene Viehhaltung. In diesem Ausmaß wird die nebegewerbliche Spritproduktion angestrebt und betrieben. Brennereien, die Melasse bzw. Sulfit-Ablaugen im Rückstand verarbeiten oder Hefe im Lüftungsverfahren herstellen, werden versuchen, den Umfang der Alkoholgewinnung an der Primär-Produktion auszurichten, soweit hier die Produktionsbindungen des Monopols keine Grenzen ziehen. Dabei werden die beteiligten Betriebe, gleichgültig, ob sie eine Produktion kleinbetrieblichen oder großtechnischen Umfanges betreiben, danach trachten, möglichst so viel zu erzeugen, daß ihre Grenzkosten den Übernahmepreisen angeglichen sind. Das setzt voraus, daß der Umfang der Betriebseinrichtung abgestimmt ist auf die vorhandenen Brennrechte bzw. die verfügbare Rohstoff-Basis.

Die straffe Produktionsbindung des Branntwein-Monopols schafft nicht nur die Grundlage dafür, daß Groß- und Kleinbetriebe nebeneinander bestehen können, sondern ermöglicht es ebenso, daß die ver-

1) Frey: "Die landwirtschaftlichen Brennereien und die Reform des Branntwein-Monopolgesetzes", Aufsatz, DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr. 2/53 :
"..... Bei einer Neuregelung der Veranlagung sollte von einer einheitlichen Meßzahl von nicht mehr als 1,5 bis 2 hl Brennrecht je ha Ackerfläche ausgegangen werden. Diese Meßzahl sichert die Eigenherzeugung mit Rohstoffen auch bei schwachen Kartoffel-Ernten....." usw.

schiedensten Verfahren zur Alkoholerzeugung angewendet werden können. - In der Übersicht über die Struktur des Wirtschaftszweiges wurden die verschiedenen Brennereiklassen einander gegenübergestellt; dabei ist nicht nur abgehoben auf unterschiedliche Betriebsgrößen bzw. Erzeugungskosten, sondern es wurde auch die Entwicklungstendenz vom Agrarsprit zum Industriesprit aufgezeigt.

Nun ist bedeutsam, daß die Wettbewerbsfähigkeit von Agrarsprit und Industriesprit praktisch kaum verwirklicht werden kann, u.a. auch wegen der günstigen Rohstofflage der Industrie. Industrielle Rohstoffe stehen derzeit nicht nur in ausreichendem Maße zur Verfügung, sondern sind außerdem den agrarischen Rohstoffen gegenüber mit einem Preisvorsprung ausgezeichnet.

Ohne Berücksichtigung der Kosten-Entlastung durch Schlempeverwertung hat der Anteil der Rohstoffkosten bei der Herstellung von Kornsprit im Betriebsjahr 1954/55 über 60 v.H. des Übernahme-preises betragen¹⁾.

Demgegenüber sind vergleichsweise für 100 kg enthaltener Kohlehydrate bezahlt worden in:

Getreide	DM 70,--
Kartoffeln	DM 55,--
Melasse	DM 25,--
Zellstoff-Ablaugen	DM 5,-- ²⁾

Die Verarbeitungskosten sind von der Verfahrensweise abhängig. Sie sind gering, wenn kein gesonderter Arbeitsvorgang für die Verzuckerung notwendig ist, z.B. bei Obst, Rüben, Melasse oder Sulfit-Ablaugen. Umgekehrt sind sie dort hoch, wo die Riesen-Moleküle der Stärke mittels besonderer Ver-

1) Quelle: errechnet aus "Brennerei-Kalender" 1955, Seite 182;

2) Zahlen entnommen aus Dietrich: "Rohstoffbasis und Preisentwicklung der Branntweinwirtschaft", Aufsatz, CHEMIKER-ZEITUNG, 78 Jg., Heft 19/20, S.561 ff.

fahren in gärfähigen Zucker aufgespalten werden müssen, z.B. bei Holz oder Holzabfällen.

Ein Vergleich zwischen den Rohstoff-Kosten und den Übernahmepreisen läßt auf eine gegenläufige Entwicklung zwischen Rohstoff- und Verarbeitungskosten schließen.

Setzt man die Herstellkosten für Melasse-Branntwein = 100, so ergibt sich für andere Spirit-Sorten nachstehender Zusammenhang:

Synth. Äthyl-Alkohol, oder Äthyl-Alkohol aus Zellstoff	40
Alkohol aus Holz	135
Alkohol aus Kartoffeln	150
Alkohol aus Rüben	170
Alkohol aus Getreide	186. ¹⁾

In den vorstehenden Zahlenverhältnissen kommen die unterschiedlichen Produktionsbedingungen zum Ausdruck. Die Reihenfolge der Werte ist jedoch kein Maßstab für die Preiswürdigkeit der verschiedenen Alkohole. Die genannten Spirit-Sorten weisen unterschiedliche Qualitäten auf, die eine wechselseitige Verwendung in den verschiedenen Absatzbereichen einengen. Aus Getreide, Kartoffeln oder aus Mais gewonnener Branntwein eignet sich vorzüglich zur Verarbeitung als Trinkbranntwein und ebenso auch zu allen übrigen Verwendungszwecken.

Dem Branntwein aus den Hefe-Lüftungsbrennereien haftet hingegen ein fauliger Geruch und Geschmack an, der auch durch Reinigung nicht völlig zu beseitigen ist. Ebenso weist der Laugenbranntwein eine geringere Qualität auf, infolge seines hohen Gehaltes an Methyl-Alkohol.

Die Verwendbarkeit dieser Sorten beschränkt sich daher auf den technischen Bereich.

1) siehe auch Dietrich: "Möglichkeiten für die Rationalisierung landwirtschaftlicher Brennereien", Aufsatz, DIE ALKOHOL-INDUSTRIE, Nr. 18/1954.

Synthetischer Sprit könnte im Gegensatz hierzu in sämtlichen Sparten des Prima-Sprit-Sektors (= Trinksprit, pharmazeutisch-medizinischer Sprit und Essig-Sprit) Eingang finden, soweit ein "neutraler" Sprit erwünscht ist, d.h. Sprit - ohne irgendeine Andeutung von Geruch oder Geschmack.

2) Das volkswirtschaftliche Ziel.

Das volkswirtschaftliche Ziel ist nicht mit monopolistischen Zielen identisch. Das Branntwein-Monopol ist jedoch vom Gesetzgeber als Mittel dazu ausersehen worden, volkswirtschaftlichen Zwecken zu dienen. - Als Erhebungsform für die Verbrauchssteuer erfüllt das Branntwein-Monopol beispielsweise u.a. einen volkswirtschaftlichen Zweck. Hierzu wurde bereits gesagt, daß gerade das Branntwein-Monopol die geeignete Besteuerungsform biete, welche die höchste Belastung bei größtmöglicher Schonung der Verbraucher gewährleiste. Der hier löblich erfüllte Fiskalzweck hat jedoch nur einen beschränkten Aussagewert für den gesamtwirtschaftlichen Nutzen. Eine Verhinderung möglicher Überproduktion und die Erhaltung bestehender Betriebe, d.h. insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe, kann volkswirtschaftlich eine ebenso sinnvolle Maßnahme sein, wie die Ausschöpfung einer Steuerquelle, die nicht unmittelbar lebensnotwendige Verbrauchsausgaben erfaßt. Es kommt jedoch gerade für die volkswirtschaftliche Wertung des Monopols nicht auf Einzelzwecke an, mögen diese auch zu einer Vielzahl und auf vielfältige Weise erreicht werden.

Die Einhaltung rein monopolistischer Grundsätze würde bewirken, daß die Erzeugung auf einen Einzelbetrieb oder wenige Betriebe konzentriert wird.

Auf welche Erzeugungsstätten nach Art und Zahl in diesem Falle die Produktion beschränkt bliebe, ist bestimmt durch die günstigste Absatzlage des Monopols und dadurch, wann die an der Produktion noch beteiligten Betriebe mit den vorteilhaftesten Kostenbedingungen jeweils das Optimum erreichen.

Das einheitliche Herstellungsprogramm, d.h. die relative Unterschiedslosigkeit der verschiedenen Sprit-Sorten und die einseitig günstigen Erzeugungsbedingungen synthetischen Sprits haben die produktionsbeschränkende Bestimmung des § 22 BrMG bewirkt. Diese Bestimmung hat dazu beigetragen, den Produktionsanteil der Eigenbrennereien im allgemeinen zu erhalten und der Ausweitung bzw. Konzentration synthetischer Alkoholgewinnung zu Lasten der übrigen Gruppen entgegenzuwirken. Sie hat aber außerdem eine Entwicklungshemmung der Alkoholerzeugung verursacht, weil das Ineinandergreifen aller aufeinander angewiesenen und miteinander verbundenen Einzelwirtschaften nicht frei von hemmendem Zwang erfolgt.

Insoweit steht die Produktionsbindung des § 22 BrMG dem allgemein volkswirtschaftlichen Ziel nach Produktionssteigerung, Produktionsverbesserung und -verbilligung entgegen, wenn nicht mittels eines solchen Eingriffes spezielle volkswirtschaftliche Anliegen verwirklicht werden könnten:

- a) Schutz der Landwirtschaft,
- b) Schutz der Mittel- und Kleinbetriebe,
- c) Verhinderung eines Privat-Monopols.

a) Schutz der Landwirtschaft:

Die westdeutsche Landwirtschaft trifft nach 1945 die Aufgabe, für die seit 1939 bis zum Jahre 1954 um 26 v.H.¹⁾ vermehrte Bevölkerung

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch 1955, errechnet aus Tab. I, 1, S.30.

eine ausreichende Ernährungsbasis zu schaffen. Hierzu bestanden keine nennenswerten Flächenreserven, die einem erhöhten landwirtschaftlichen Anbau hätten dienstbar gemacht werden können, um die knappe Nahrungsmitteldecke zu entspannen¹⁾. Schließlich ist es gelungen, die Nahrungsmittelproduktion in beinahe gleichem Verhältnis der Bevölkerungszunahme voranzutreiben, und zwar von 93 in 1949/50 auf 121 in 1954/55, gemessen an dem Vier-Jahres-Durchschnitt der Jahre 1935/36 bis 1938/39 = 100²⁾.

Die dem Boden zusätzlich abgerungenen Erträge zeigen zwar nicht den gleichen Preisanstieg, wie dies vergleichsweise für die industriellen Grundstoffe zutrifft³⁾. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Erzeuger- und Großhandelspreise der übrigen Wirtschaft partiell durch die Produktionskosten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse - über deren Fortwirkung auf die Lebenshaltungskosten - mitbestimmt werden. Außerdem ist ein allgemein gestiegenes Lohn-Niveau für die westdeutsche Wirtschaft mit der Gefahr möglicher Schrumpfung des Export-Volumens verbunden. Daraus ergibt sich, daß die westdeutsche Landwirtschaft auch heute noch eines binnen- und außenwirtschaftlichen Wettbewerbsschutzes bedürftig ist⁴⁾. Dabei wird ein volkswirtschaftlich richtig verstandener Protektionismus nicht darauf beschränkt bleiben dürfen, den Status einer gerade noch lebensfähigen Landwirtschaft in konservierender Weise zu erhalten. Der Effekt kann nur darauf abzielen: die gebotene staat-

1) Quelle: Stat.Jahrbuch f.d.Bundesrepublik 1955, S.128, Tab. X b; bei Betrieben mit 0,5 ha und darüber umfaßte das Ackerland auf die Fläche des Bundesgebietes bezogen 1939 : 1949 1.887.289 : 1.878.214 in 1.000 ha;

2) Quelle: ebenda, S.136, Tab.VIII;

3) " " S.432, Tab.XX;

4) siehe auch Bundestagsdrucksache, Nr.2100, 2.Wahlperiode 1953, v.10.2.1956 "Bericht über die Lage der Landwirtschaft".

liche Hilfe zu einer nachhaltigen Festigung der Agrar-Struktur einzusetzen, damit auf lange Sicht eine echte Produktivitäts-Steigerung wirksam werden kann. Der derzeitige Zuschnitt des Branntwein-Monopol-Gesetzes dient u.a. diesem Ziel. Nutznießer des staatlich geförderten "Produktionsumweges" - mittels Schlempe-wirtschaft die betriebseigene Futter-Eiweiß-Produktion zu steigern - ist jedoch nicht die westdeutsche "Landwirtschaft" schlechthin. Privatwirtschaftliche Vorteile der Schlempe-wirtschaft erlangen nur solche Betriebe, die vorzugsweise mit einer Brennerei verbunden sind, über ein landwirtschaftliches Brennrecht verfügen oder eine Gemeinschaftsbrennerei betreiben (§ 25 BrMG). Soweit die solchen Brennereien zugehörigen Landwirtschaften Böden geringer Bonität zu bewirtschaften haben, zeichnet sich die vorerwähnte Beschränkung des Brennerei-Nutzens auf wenige Betriebe gegenüber den der Landwirtschaft generell gewährten Subventionen, etwa der Düngemittel-Verbilligung¹⁾, dadurch aus, daß es sich um einen gezielten Eingriff handelt, der speziell schutzbedürftigen Teilen der Landwirtschaft gegenüber wirksam wird. Es fragt sich dabei nur, ob der durch die Schlempe-Wirtschaft zweifellos gestiftete Nutzen zweckmäßig und volkswirtschaftlich vertretbar dadurch erkaufte werden darf, daß - abgesehen von der Subventionsleistung des Trinkbranntwein-Verbrauches - der Einsatz technischen Alkohols in einer unter leistungswettbewerbswirtschaftlichen Voraussetzungen etwa möglichen Entwicklung gehemmt wird.

1) Bundestagsdrucksache Nr.2100, S.9, 2a). Der Handelsdüngeraufwand wird zu 20.v.H. mit einem Betrage von jährlich 226 Millionen DM subventioniert - gleichgültig, ob es sich um Zuckerrübenbaubetriebe oder um Futterbaubetriebe handelt.

b) Schutz der Mittelbetriebe:

Die außergewöhnlich unterschiedlichen Herstellkosten (vgl. Seite 80) zeigen in Verbindung mit der bereits erwähnten gegenläufigen Entwicklung zwischen den Rohstoff- und Verarbeitungskosten an, daß für die Mittelbetriebe die Aussicht, durch Rationalisierung eine nennenswerte Kostenersparnis zu erreichen, nicht gerade optimistisch beurteilt werden kann. Diese Betriebe sind durch die verarbeiteten agrarischen Ausgangsstoffe kostenmäßig erheblich, d.h. zwischen 50 und 60 vom Hundert, vorbelastet; ebenso liegen die durchschnittlichen Verarbeitungskosten relativ hoch¹⁾.

Bei einer Änderung der Verfahrensweise, die "erhebliche Investitionen"²⁾ voraussetzt, ließen sich jedoch auch für die Mittelbetriebe die Herstellkosten theoretisch ermäßigen: durch eine Vereinfachung des Erzeugungsvorganges bei Anwendung des sog. kontinuierlichen Verfahrens. Der Vorteil besteht darin, daß für das Aufschließen und Verzuckern der Stärke eine wesentliche Zeitersparnis erreicht wird, wodurch gleichfalls die Brachzeiten der Apparate und die Wartezeiten des Bedienungspersonals verkürzt werden. Schließlich sollen die Anschaffungskosten einer solchen kontinuierlichen Anlage nur etwa die Hälfte betragen, die für bisherige Ausstattung nötig waren³⁾.

Der volkswirtschaftliche Nutzen einer solchen betriebstechnisch durchaus erstrebenswerten Produktionsweise ist jedoch zunächst wenig aussichtsreich. Bei einem gegebenen Produktionsumfang wirken sich nämlich die verkürzten Brachzeiten

¹⁾ Quelle: DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr. 18/54, S. 455, Aufsatz Dietrich: "Möglichkeiten für die Rationalisierung landwirtschaftlicher Brennstoffen", danach haben die Verarbeitungskosten (Melasse = 100) betragen: für Kartoffeln 216, für Getreide 275.

²⁾ und ³⁾ siehe ebenda, Seite 456.

der Anlagen und die verringerten Wartezeiten des Bedienungspersonals nur bedingt kostensparend aus. Die Herstellkosten würden, infolge der erhöhten Belastung der anteiligen, heute besonders hohen Kapitalkosten, zunächst eher eine steigende - denn eine sinkende Tendenz aufzeigen.

Außerdem würde die in anderem Zusammenhang bereits vertretene Auffassung auch in diesem abgewandelten Falle Gültigkeit erlangen, die sich solchen Neuanlagen gegenüber bedenklich zeigt, solange das risikobereite Kapital so knapp ist wie zur Zeit und der Zinsfuß entsprechend hoch.

Von 28.264 im Betriebsjahr 1954/55 beschäftigten Brennereien haben 58 Monopol- oder Rübenstoffe verarbeitende Betriebe durchschnittlich je zwischen 6.000 hl/W und knapp 14.000 hl/W hergestellt und dadurch - trotz zahlenmäßiger Minderheit - einen Produktionsanteil von 47 v.H. auf sich vereinigt¹⁾.

Dagegen beteiligten sich im gleichen Zeitraum 26.692 Betriebe aus der Sparte der Obst- und Abfindungsbrennereien bei einer betrieblichen Durchschnittsproduktion von 6.0 hl/W mit einer - im Verhältnis zur Betriebszahl - gegenläufigen Quote von nur 13,2 v.H. an der Gesamtproduktion²⁾.

In dieses Spannungsgefälle ausgeprägt gegensätzlicher Betriebsformen zwischen Groß- und Kleinbetrieb, mit dem reziproken Verhältnis von Betriebszahl und Produktionsanteil, sind die mittelständischen Brennereien eingefügt. Die Frage der Schutzbedürftigkeit der mittelständischen Brennereien - im Rahmen der Branntweinwirtschaft bzw. der Gesamtwirtschaft - betrifft 1.500 agrarische Ausgangsstoffe verarbeitende Betriebe,

1), 2) und 3) vgl. auch Tabellen II u. IV u. V.

die als landwirtschaftliche oder gewerbliche Brennereien - entsprechend ihrer Einordnung in die eine oder andere dieser Klassen - zwischen 260 hl/W und 420 hl/W erzeugen und derzeit zu etwa einem guten Drittel an der Gesamt-erzeugung teilhaben¹⁾.

Der den Mittelbetrieben im Rahmen der monopol-gesetzlichen Regelung gewährte Schutz bestand bisher in einer Produktions-, Absatz- und Preis-garantie - oder anders ausgedrückt: in den Vor-schriften über die Brennrechte und Übernahme-preise.

Nun zeigen aber die in Tabelle XXIII'a/c errechneten Verhältniszahlen an, daß die Ablieferungs-quoten der Klein- und Mittelbetriebe im Verhält-nis zu deren Produktionsanteilen relativ nie-driger liegen als diejenigen der Melasse- und Monopolbrennereien. Man könnte aus diesem Tat-bestand schließen, daß die als Merkmal zur För-derung mittelständischer Interessen herausge-stellte Ablieferungspflicht der Hersteller einer-seits bzw. die Übernahmeverpflichtung der Mono-polverwaltung andererseits überwiegend den Mo-nopol- und Rübenstoffe verarbeitenden Betrieben zum Vorteil gereiche, deren Ablieferungsanteil etwa 60 v.H. der Gesamtablieferung beträgt.

Die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes durch das Branntwein-Monopol geschleusten Alkohol-Mengen der einzelnen Erzeugungssparten sind je-doch kein Maßstab für den Nutzen, welchen ein-zelne Brennereiklassen aus den Branntweineliefe-rungen an das Monopol gezogen haben könnten. Der Nutzeffekt des Monopols ist nicht ausschließ-lich von der Durchsatzmenge her bestimmt, son-dern die Gewic-htung ist durch die Anzahl der-

1) - siehe Fußnote 3) Seite 87.

jenigen Brennereien gegeben, die ihre Erzeugung ganz oder teilweise an das Monopol abzusetzen gezwungen sind: einmal wegen des bestehenden Ablieferungszwanges gemäß § 58 BrMG, zum anderen, wenn die in § 76 BrMG bewilligten Ausnahmen zur Eigenverarbeitung von "Edelbranntwein" mangels bestehender Absatzmöglichkeiten durch die Hersteller nicht entsprechend genutzt werden können.

Wie sich aus den Tabellen XXIII a) und c) ergibt, verbleibt gerade bei den landwirtschaftlichen Brennereien ein erheblicher Ablieferungsanteil. Ein Vergleich zwischen den Tabellen Vb) und XXIIIb) stellt außerdem heraus, daß zufolge der erhöhten Eigenverarbeitung der mittelständischen gewerblichen und Obst-Brennereien die relativen Anteile von Ablieferung und Produktion umgeschichtet sind. Verhältnismäßig ausgeprägt ist die Abnahme des bezüglichen Anteils bei den Obstbrennereien; die anteilige Zunahme ist bei den Monopol- und Melasse-Brennereien deutlich sichtbar. Lenkt man die Aufmerksamkeit auf die Tabellen XXIII b) und c), so zeichnet sich zusammen mit der bisherigen Ausdeutung ab, daß die Eigenverarbeitung von Spirit zu Trinkbranntwein bei den mittelständischen gewerblichen und Obst-Brennereien ungleich größer ist als bei den landwirtschaftlichen Brennereien. Der Umkehrschluß besagt - auf die letztgenannte Sparte bezogen - , daß es in der monopolrechtlichen Begriffserklärung unter den "Landwirtschaftlichen Brennereien" auch solche Betriebe gibt, die hinsichtlich der Produktionsverwertung nicht nur ablieferungsorientiert sind und daher mehr oder weniger gewerblichen Charakter tragen¹⁾.

1) Hierbei geht es um die Frage der Primär-Produktion: Spiritus - Schlempe oder Spiritus - Trinkbranntwein.

Tabelle XXIII

Der Anteil ablieferungspflichtigen Alkohols
betrug innerhalb der einzelnen Brennerei-
Klassen

a) in v.H. der Gesamtablieferung an die
Monopolverwaltung,

b) in v.H. der Gesamt-Erzeugung, ¹⁾

c) in v.H. der jeweiligen Erzeugung. ¹⁾
=====

Landwirtschaftl. Brennereien		Gewerbliche Melasse-	Brennereien übrige	Obst- ⁺⁾ brenne- reien	Monopol- Brennereien	
a) <u>in v.H. der Gesamtablieferung an die Monopolverwaltung:</u>						
1951/52	27,4	29,6	9,8	1,1	32,1	
1952/53	17,4	22,9	9,8	1,7	38,2	
1953/54	30,1	24,7	9,3	1,9	33,9	
1954/55	31,1	21,2	9,3	1,9	36,5	
b) <u>in v.H. der Gesamt-Erzeugung:</u>						insg.
1951/52	24,2	26,2	8,6	1,0	28,3	88,3
1952/53	23,5	19,6	8,4	1,4	32,7	85,6
1953/54	24,5	20,0	7,5	1,6	27,5	81,0
1954/55	24,5	16,7	7,4	1,6	28,8	79,0
c) <u>in v.H. der jeweiligen Erzeugung:</u>						
1951/52	90,0	92,4	72,3	14,7	100,0	
1952/53	89,0	99,7	67,7	16,4	100,0	
1953/54	87,2	95,5	60,3	13,2	100,0	
1954/55	87,3	99,6	57,7	11,6	100,0	

⁺⁾ einschl. Abfindungsbrennereien

1) Quelle: errechnet aus STATISTISCHE BERICHTE

Arb. Nr. VII/66/4-6

Tab.: "Die Branntweinerzeugung nach
Art des erzeugten Branntweins", S.14/17.

Es ergibt sich aber außerdem, daß die Ablieferungen an die Monopolverwaltung in den vergangenen Jahren eine rückläufige Tendenz aufzeigen (s. auch Tabelle XXIIIb, letzte Spalte!); daraus kann auf eine Umschichtung der Nachfrage zugunsten des Edelbranntweines geschlossen werden.

Bei den Obstbrennereien betrug die Zunahme der Eigenverarbeitung von 1951/52 bis 1954/55 68.806 hl/W - das entspricht einer Steigerung um 94 % - ; bei dem aus Korn oder anderen mehligten Stoffen hergestellten Erzeugnis ist eine ähnliche Entwicklung - wenn auch nicht gleichen Ausmaßes - festzustellen. Bei einer absoluten Zunahme von 29.368 hl/W erreichte auch hier die Eigenverarbeitung eine Ausweitung von 38,9 v.H.¹⁾ Die vermehrte Eigenverarbeitung bei den Obstbrennereien betrifft nun nicht diesen Sektor ganz allgemein. Die Zusatzmenge befaßt beinahe ausschließlich diejenigen Brennereien, welche ausländischen Traubenwein gebrannt haben²⁾. Im Falle der Kornbrennereien wirkt sich der Wegfall der Verbots-Klausel für die Brotgetreide-Verarbeitung hier zugunsten des Gewerbes aus und findet einen Niederschlag in der ansteigenden Verkaufstendenz des Korndestillates. In Verbindung mit dem Begriff "Kornbranntwein" sind die §§ 82 und 82a des Monopolgesetzes zu erwähnen. Es handelt sich dabei um Bestimmungen, die speziell auf die Belange des Kornbrennereigewerbes zugeschnitten sind und gleichfalls mittelständischen Zwecken dienen. Es wird bezweckt:

-
- 1) errechnet aus STATISTISCHE BERICHTE, Arb.Nr. VII/66/4/6;
2) siehe ebenda: Seite 14, Abschnitt A, Spalte 3a und 3b.

Das Angebot an Kornbranntwein fortlaufend auf den voraussichtlichen Bedarf abzustimmen (Jahres-Kornbrennrecht).

In dem Bestreben, gute und gleichbleibende Qualitäten zu bieten, soll mit dazu beigetragen werden, die Nachfrage nach Kornbranntwein zu beleben, um auf diese Weise den Kornbrennern eine feste Absatzlage zu sichern. Der Vorteil besteht außerdem darin, daß den - zumeist der ernährungswirtschaftlichen Seite ihrer Betriebe mehr zugeneigten - Kornbrennern das mit dem Kleinhandel üblicherweise verbundene Preis-Risiko erspart wird.

Der praktischen Durchführung dieser Bestimmungen dient eine Vereinigung von Brennereien, die funktionell eine Art Monopol-Stellung innerhalb des Branntwein-Monopols ausübt¹⁾. Diese besteht darin, daß in § 81 des Gesetzes zwingend vorgeschrieben ist: der von der Ablieferungspflicht ausgenommene Kornbranntwein müsse - soweit dieser nicht selbst verwertet wird - an die im Gesetz bezeichnete Institution abgeliefert werden.

Nun ist aber mit dieser mehr oder weniger statischen Erörterung um das Problem mittelständischen Schutzes die eigentliche Themenstellung dieses Unterabschnittes nicht erschöpft. Vernachlässigt geblieben ist einstweilen noch der Bewegungsvorgang, der sich in dem erwähnten volkswirtschaftlichen Ziel ausdrückt: zu einer Steigerung, Verbesserung und Verbilligung der Erzeugung zu gelangen.

Eine hier einmal rein gedanklich unterstellte Ausweitung der Produktion - etwa der Monopol- oder Luftheife-Brennereien - könnte sich nämlich, bei gegebenen Nachfrage-Bedingungen, zu Lasten der übrigen Erzeugergruppen auswirken.

1) Durch Bekanntmachung der RMonV vom 21.10.1930 wurde mit Wirkung vom 1.11.1930 die DEUTSCHE KORNBRAUNTWEIN-VERWERTUNGSSTELLE G.m.b.H. in Münster errichtet.

Freilich scheint eine solche, ausschließlich quantitativen Vorstellungen entspringende und damit die tatsächlichen Verhältnisse simplifizierende Feststellung wirklichkeitsfremd. Es sollte dabei berücksichtigt sein, daß eine differenzierte Nachfrage auch praktische Wirkungen auf das Angebot übt; dadurch wäre die Produktionsausweitung einer bestimmten Gruppe zu Lasten der übrigen - systemgebunden - begrenzt.

Aber im Hinblick auf die relative Unterschiedslosigkeit des zu unterschiedlichsten Bedingungen erzeugten Alkohols kann einstweilen vermerkt bleiben, daß bei unterschiedlichem Kostengefüge das Bestreben, zu einer Verbilligung und Verbesserung der Produktion durch eine Ausweitung des Produktionsanteiles zu gelangen, praktisch nur in der Form zu verwirklichen ist, daß sich die Ausdehnung der kostenmäßig bevorzugten Erzeugungsarten zu Lasten der übrigen vollzieht, solange nicht eine Änderung in den gegebenen Nachfragebedingungen eintritt.

Eine ausschließlich von dem Gesichtspunkt technischer Rationalität her diktierte Produktionsweise würde Betriebskonzentrationen begünstigen, die der Ausbildung privater wirtschaftlicher Machtstellungen im Bereiche der Spirituswirtschaft förderlich wären.

Eine solche Entwicklung würde sich auch nicht nur auf den Bereich des technischen Alkohols beschränken, obschon hier die strukturellen Voraussetzungen besonders günstig scheinen, und zwar deshalb, weil für eine Produktion - weit über die bisherigen Kapazitäten hinaus - die benötigten Ausgangsstoffe ausreichend und preisgünstig verfügbar wären und außerdem die mit einer Kuppel-Produktion verbundenen Vorteile

genutzt werden könnten; diese bestehen beispielsweise in der rationellen Verwertung von Abfallstoffen und von Abgasen, sowie in den Varianten einer bezüglichen Kostengestaltung.

Wie das Beispiel Großbritanniens zeigt, ist jedoch ebenfalls auch auf dem Sektor des Trinkbrandtweins eine weitestgehende Konzentration möglich:

"Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Brennerei sowohl in den süddeutschen Obst- und Kleinbrennerei-Gegenden wie in den agrarischen Gebieten Ostdeutschlands ein oft in kleinstem Umfange saisonmäßig betriebenes landwirtschaftliches Nebengewerbe geblieben ist, hat sich damit in England schon im Laufe des vorigen Jahrhunderts die völlige Loslösung der Brennerei vom Landwirtschaftsbetriebe vollzogen. - Den grundsätzlichen Unterschied der betriebswirtschaftlichen Gestaltung des Brennereiwesens in England und Deutschland veranschaulichen zwei Zahlen: in Deutschland arbeiteten an der Herstellung des von der Monopolverwaltung erfaßten Brandtweins im Jahre 1928 rund 38.000 Brennereien, in England und Wales waren im gleichen Jahre neun Brennereien tätig, zu denen noch 90 Brennereien, in erster Linie genossenschaftliche Whisky-Brennereien, in Schottland und eine weitere in Nordirland kamen. - In England und Wales beträgt nach diesen Zahlen die Durchschnittsproduktion je Betrieb ca. 40.000 hl, eine Zahl, die in Wirklichkeit von den Riesenbetrieben in und um London noch beträchtlich übertroffen wird." 1)

§ 9 Wege und Mittel der Intervention zum Ausgleich der Interessen.

Dem Ausgleich ... "fiskalischer mit agrarischen, industriellen, merkantilen, Schwankwirtschafts- und Konsumenten-Interessen und dieser letzteren Interessen wieder untereinander ... in dem Konflikt auch gut begründeter konsumpolitischer und sanitärer Interessen der Produzenten, Wirte, Konsumenten und Konsum-

1) Schmölders: "Die Ertragsfähigkeit der Getränkesteuern", S.71.

sitten¹⁾" ... dient bis in die Gegenwart hinein das durch Gesetz vom 8.4.1922 konstituierte Branntwein-Monopol, mit seinen staats- und sozialpolitischen Zweckbestimmungen (vgl. auch Seite 53 bzw. 60 ff.).

Die Wesensmerkmale des Monopols, welche in den bisherigen Ausführungen über die Struktur des Wirtschaftszweiges und der hierin vollzogenen Wettbewerbsbindung herausgeschält wurden, sollen nun mittels einer Analyse über die Marktform noch verdichtet und erweitert werden. Wenden wir uns daher zunächst der Angebotsseite des Monopols zu:

1) Angebotsseite.

Es wurde gezeigt, daß die sinngemäße Auslegung des § 65 BrMG hinsichtlich der Errechnung des Branntweingrundpreises dem Zusammenwirken der Erzeuger im Branntwein-Monopol eine wettbewerbswirtschaftliche Deutung geben kann.

Entscheidend für die Beurteilung des Komplexes, ob sich nun im Gefüge des Monopols ein "als-ob"-Wettbewerb vollzieht, ist jedoch der Umstand, daß die als Bestandteil des Konkurrenz-Automatismus wirksame Mengen-Anpassung hier ganz oder teilweise unterbleibt.

Es steht zwar fest, daß die Herstellung einer beliebigen Menge Alkohols - auch ohne Brennrecht bzw. ohne eine vertragliche Bindung der Monopolbrennereien mit der -verwaltung - nicht gegen den Inhalt des Gesetzes verstößt, aber es ist eindeutig, daß bei den geltenden Preisbestimmungen (§ 74 BrMG) eine solche Produktion außerhalb des Brennrechts nachdrücklich erschwert wird, um dem Sinngehalt der Monopolfunktion zu genügen.

Es ist auch nicht der Übernahmepreis, der die Aufgabe erfüllt, die Ausbringung relativ konstant zu

1) Wagner: "Finanzwissenschaft", Bd. IV, S.700.

halten bzw. das Angebot auf den Bedarf abzustimmen, sondern das Mengen-Regulativ besteht in der unterschiedlichen Festsetzung der Jahres-Brennrechte und in den Vereinbarungen der Monopol-Brennereien mit der -verwaltung.

Man wird sich daher fragen müssen, ob das Nebeneinander und Miteinander der mehr als 30.000 Betriebe zählenden Alkoholerzeuger unter Berücksichtigung der praktischen Auswirkung der Bestimmung des § 65 BrMG eine Art Quasi-Wettbewerb innerhalb des Monopols darstellt - oder: ob nicht unter einer anderen Sicht, nämlich der des Gruppen-Interesses der Eigen- und Monopolbrennereien und vornehmlich der ersteren untereinander, der Wettlauf nach dem maximalen Marktanteil wirksamer sein könnte als die quasi-wettbewerbswirtschaftliche Ordnung. Hierbei ist insbesondere abzuheben auf diejenige Minderheit der Hersteller-Betriebe, die hinsichtlich der Durchschnitts-Produktion (Tabelle IV) und des Produktions-Anteiles eine ihrer zahlenmäßigen Bedeutung entgegengesetzte Wichtung erlangen.

Da nun jedwede wirtschaftliche Produktion nicht um ihrer selbst Willen geschieht, sondern auf Grund eines vorliegenden Bedarfes bewirkt wird und so dann auch abgesetzt werden soll, besteht eine Wechselwirkung zwischen Absatz und Produktion:

"Nur ein großer Produktionsumfang bei optimaler Betriebsstruktur ermöglicht eine Kostengestaltung, die die Verwendung von Branntwein als Rohstoff der Chemischen-Großindustrie rentabel erscheinen läßt, während andererseits gerade diese Verwertungsmöglichkeit die Voraussetzung für eine entsprechende Ausdehnung der Branntweinerzeugung bildet." 1)

Diese gegenseitige Abhängigkeit von Produktion, -kosten und Absatz und der hieraus resultierende

1) Herlemann, a.a.O. S.49.

fortschreitende Prozeß bildet ein dynamisches Element, welches die monopolistisch bedingte Beschränkung der Produktion als Fessel empfindet. Eine Lockerung oder gar die begehrte Beseitigung der Produktionsbindungen würde daher zu einem Wettlauf führen und Folgen bewirken, die an anderer Stelle noch der Erörterung bedürfen.

Soll nun das Bestehen eines "Quasi-Wettbewerbs" im Verbands des Monopols bejaht oder verneint werden, so ist es nötig, nochmals auf den Branntwein-Grundpreis nach § 65 BrMG einzugehen. Wesensmerkmal dieser Bestimmung sind die durchschnittlichen Herstellungskosten, die in einer "gut geleiteten" landwirtschaftlichen Kartoffelbrennerei mittleren Umfanges aufgewendet werden müssen. Eine Auswahl derjenigen Betriebe, welche zur Ermittlung des Branntweingrundpreises nach § 216 BO heranzuziehen sind, übt entsprechend diesem qualifizierten Merkmal zweifellos einen der Konkurrenzwirtschaft nachgebildeten Rationalisierungsdruck auf die beteiligten Hersteller aus, weil die Auslesefunktion ersetzt werden soll. Der Begriff "gut geleitet" ist jedoch hierbei in der Weise auszulegen, daß nicht etwa die betriebstechnisch orientierte Produktionsform den Vorzug vor der betriebswirtschaftlich überlegten erhält.

Eine Annäherung an die marktwirtschaftlichen Gegebenheiten müßte aber auch darin bestehen, daß tendenziell eine angenäherte Gleichheit von Grenzkosten und -erlösen zwischen den Einzelwirtschaften erreicht würde, zumal durch die Beseitigung des Wettbewerbs-Risikos ein die Kosten übersteigender Gewinn volkswirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen ist. Ob das System der Übernahmepreis-Berechnung diese Preisfunktion generell erfüllen kann, mag dahin gestellt sein. Ein früher bereits einmal angeführtes Beispiel spricht gegen diese

Vermutung: Es handelt sich dabei um die Branntwein-Herstellung bzw. -ablieferung einer Melasse-Brennerei ohne Brennrecht, welche im Betriebsjahr 1953/54 Branntwein zu DM 47,20 hl/W abgeliefert hat und damit die allgemeine Notierung für Melasse-Branntwein um 63,5 v.H.¹⁾ unterbieten konnte.

Eine Abweichung solchen Ausmaßes deutet auf einen Systemfehler hin, obschon hier eingeräumt werden muß, daß eine Kalkulationskontrolle bzw. die Ermittlung von Durchschnittskosten ganz allgemein auf recht erhebliche Schwierigkeiten stößt, gleichgültig, ob es sich um die Auswirkung unterschiedlicher Beschäftigungsgrade oder um die Fälle verbundener Produktion handelt.

Nun besteht trotz der "Selbstkosten-Garantie" umgekehrt die Möglichkeit, daß die bedingten Kostenarten, etwa die Eigenkapital-Zinsen oder die Abschreibungen, ganz oder teilweise aufgezehrt werden.

Dieser Vorgang, der regelmäßig durch veraltete maschinelle Betriebseinrichtungen oder durch ungenügendes Rechnen im Betriebe verursacht wird, ist eine Parallele zu dem marktwirtschaftlichen Verlustpreis-Verkauf. Selbst wenn sich dieser Vorgang auf längere Zeit hin erstrecken würde, kann jedoch darin kein etwa durch das Brenn-"Recht" begünstigtes Streben nach "Rente" erblickt werden.

Das Rentenstreben ist volkswirtschaftlich gesehen ein geradezu entgegengesetzter Prozeß. Die "Rente", welche den Brennereien hier möglicherweise zufällt, ist nichts anderes als ein fortgesetzter Kapital-Verzehr; sie entspringt einer Version unternehmerischen Handelns, welche der Einstellung von Rentnern gleicht. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß eine solche Wirtschaftsweise von der Preis-

1) errechnet auf der Basis von DM 136,- hl/W für Melasse-Branntwein.

Absatz-Garantie begünstigt wird, welche das Monopol den Eigenbrennereien bietet. Die betriebswirtschaftliche Einbuße ist jedoch solange kein volkswirtschaftlicher Verlust, als die laufenden Kosten für die Indienststellung wirtschaftlicher Leistungen - etwa für die Neuanschaffung einer maschinellen Betriebseinrichtung - diejenigen Verluste übersteigen, welche durch eine - im marktwirtschaftlichen Sinne - untergrenzproduktive Wirtschaftsweise entstehen.

Diese Fälle, die man den mittelständischen Brennereien zuzurechnen geneigt ist, haben jedoch gerade für die Mehrheit dieser Sparte keine Geltung, wie die nachstehende Zahlenübersicht zeigt:

Tabelle XXIV

Die Übernahmepreise im Durchschnitt
der Betriebsjahre 1950/51 bis 1955/56¹⁾
=====

Branntwein aus:	DM/hl Ø - Preis	Veränderung des Preisdurchschnitts gegenüber den Übernahmepreisen in v.H.	
		1950/51	1955/56
Kartoffeln	165,56	+ 18,3	- 2,4
Korn	180,43	+ 6,1	- 0,4
Melasse	122,30	+ 23,5	- 2,3
Luft-Hefe-B.	116,19	+ 17,4	+ 5,2

Eine Aufklärung für die unterschiedliche Entwicklung der Übernahmepreise vermittelt die vergleichsweise Gegenüberstellung der Rohstoff- und Verarbeitungskosten:

1) errechnet aus Bundestagsdrucksachen Nr.3263. 4263, 464, 1311, 2259 und "Verordnung über die Festsetzung des Jahresbrennrechts und der Übernahmepreise für Branntwein für das Betriebsjahr 1955/56 sowie des Branntweinaufschlags".

Die Rohstoffkosten bzw. die Kosten für 100 kg enthaltener Kohlehydrate betragen im Vergleich zur Melasse bei der Verarbeitung von Holz etwa den fünften Teil; bei Kartoffeln und Getreide hingegen beträgt der Aufwand das doppelte bis dreifache¹⁾. Nun liegen die Kartoffelpreise - gemessen an dem Durchschnittspreis der Erntejahre 1950-1955 - im letzten Jahr um 12,1 v.H.²⁾ höher, während die Notierungen für eingeführten Roggen eine sinkende Preistendenz mit 4 v.H.³⁾ aufzeigen; schließlich läßt sich auch für Melasse eine Preissenkung von 18 v.H.⁴⁾ in gleicher Weise errechnen.

Die Verarbeitungskosten verhalten sich nach bereits vorliegenden Untersuchungen⁵⁾ auf Basis derer für Melasse = 100 - für Kartoffeln bei 217 und Getreide bei 275; für Holz liegen diese Kosten sehr viel höher.

Das ausgesprochen günstige Verhältnis von Rohstoff und Verarbeitungskosten bei der Herstellung von Branntwein aus Melasse könnte nun eine rückläufige Preisentwicklung vermuten lassen. Tritt jedoch, wie in Tabelle XXIV sichtbar wird, das Gegenteil ein, so deutet das darauf hin, daß entweder die Verarbeitungskosten bei den Melassebrennereien im Beobachtungszeitraum sehr viel stärker angestiegen sind, als das vergleichsweise bei den übrigen Sparten der Fall war - oder: es zeigt sich wiederum, daß die Errechnung "durchschnittlicher Herstellungskosten" sehr viel problematischer ist, als dies zunächst scheinen möchte.

Ein Umstand ist hier noch zu erwähnen, der die Vergleichbarkeit in der Entwicklung der Übernahmepreise beeinträchtigen könnte. Es handelt sich um die unterschiedliche Festsetzung der Jahresbrenn-

1) vgl. auch S.80 bzw. Dietrich, a.a.O., S.561 ff.;

2) Quelle: Stat.Jahrbuch 1955, S.452, errechnet aus Spalte 2, "Erzeuger-u.Großhandelspreise ab Verladestation München";

3) dto. S.456, errechnet aus Tab.10 "Der Außenhandel

u. 4) in der Bundesrepublik Deutschland", Teil 2, "Der Spezialhandel nach Waren", Heft 12 - 51/54

5) vgl. Dietrich, a.a.O., S.561 ff.

rechte (vgl. Tabelle VI).

Eine erhebliche Abweichung innerhalb der einzelnen Sparten besteht jedoch nur im Betriebsjahr 1951/52; hier konnten die Melasse-Brennereien die Brennrechte zu 300 v.H. auslasten.

- a) Die einzelnen Übernahmepreise für Melasse-Branntwein lassen nun - je nach der Festsetzung der Jahresbrennrechte - vermuten, daß bei normaler Auslastung der Brennrechte in den Melasse-Brennereien eine annähernd optimale Beschäftigungslage besteht, nachdem Ausweitung und Kürzung der Produktion gleichermaßen ansteigende Übernahmepreise zur Folge hatten¹⁾.

Der Fixkostendruck wirkt sich hier aus: Die um 20.v.H. verkürzte Produktion des Betriebsjahres 1953/54 führte z.B. zu einem Preisanstieg des Melasse-Branntweins auf DM 140,- hl/W im Vergleich zu dem errechneten Mittelwert von DM 122,30 hl/W (s. Tabelle XXIV).

Die den Melassebrennereien im Betriebsjahr 1951/52 ermöglichte Auslastung ihrer Betriebe bis zur dreifachen Höhe der regelmäßigen Brennrechte erbrachte ebenfalls eine relative Verteuerung. Die Übernahmepreise waren hier abgestuft, so daß für die Erzeugungsmengen innerhalb des regelmäßigen Brennrechts DM 130,- hl/W vergütet wurden, während der Übernahmepreis bis zur Auslastung des erhöhten Jahresbrennrechts DM 108,- hl/W betrug; das ergibt im Mittel²⁾ etwa DM 115,- hl/W.

Damit ist angezeigt, daß die Betriebe infolge der erheblich überschrittenen kapazitiven Auslastung offensichtlich hinsichtlich ihrer variablen Kosten in den Progressionsbereich geraten sind.

1) unter der Voraussetzung, daß die Rohstoffkosten für diese Preissteigerung nicht ursächlich sein konnten, infolge sinkender Preis-Tendenzen;

2) gew. arithm. Mittel.

Kartoffeln dienen der menschlichen Ernährung, und soweit dieser Bedarf gedeckt ist, auch Futterzwecken und der Sprit-Gewinnung. - Bedeutsam ist jedoch, in welchem Verhältnis sich diese Verwertung vollzieht. Dabei ergibt sich zunächst, daß die Ausgangsposition, nämlich der Ernteanfall, nicht allein durch den Anbau bestimmt ist, sondern naturbedingten Schwankungen unterliegt.

"Das Hauptproblem der Kartoffelwirtschaft besteht nun darin, wie die großen und noch steigenden Kartoffelmassen gewinnbringend und ohne allzu große Angebotschwankungen untergebracht werden können..."¹⁾

Der Neutralisierung der Angebotsschwankungen und der gewinnbringenden Verwertung der Kartoffeln dienen u.a. die landwirtschaftlichen Brennereien dadurch, daß die leicht verderblichen Kartoffeln im Brennereiprozeß verarbeitet werden können, sei es zur Steuerung des Angebots an Speisekartoffeln oder zur Intensivierung der Milch- bzw. Fett-Erzeugung.

Nun haben die landwirtschaftlichen Brennereien gerade zwischen den Betriebsjahren 1950/51 und 1951/52 bzw. 1952/53 sehr viel weniger Spiritus aus Kartoffeln erzeugt. Daraus wurde eben "kein eindeutiger Beweis für die Unerläßlichkeit des Schlempekreislaufes"²⁾ gefolgert.

Tabelle XXV

Die Branntwein-Erzeugung in den landwirtschaftlichen Brennereien aus fri-schen Kartoffeln (Mengen in 1.000 hl/W)³⁾

Betriebsjahr	Kartoffelsprit
1950/51	215,8
1951/52	120,1
1952/53	114,7
1953/54	188,7
1954/55	176,9

- 1) Weber-Meinhold: "Agrarpolitik", S.304/305
- 2) Dietrich: Denkschrift
- 3) Quelle: Stat.Berichte, Arb.Nr. VII/66/3-6.

Demgegenüber war bereits früher gezeigt worden (vgl. Tabelle IV), daß beispielsweise im Betriebsjahr 1952/53 die Jahresbrennrechte der landwirtschaftlichen Brennereien zur Herstellung von Branntwein aus Kartoffeln und anderem Getreide als Korn zu 99,8 v.H. ausgelastet waren; für die Betriebsjahre 1950/51, 1951/52 und 1954/55 läßt sich eine Nutzung der Jahresbrennrechte von 91,4 , 102,8 bzw. 91,2 v.H. errechnen¹⁾.

Die Produktion in den landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien wurde - der Schlempe wegen - mit Hilfe einer Verlagerung des Rohstoff-Einsatzes aufrechterhalten, und zwar wurde statt Kartoffeln - mehr als allgemein üblich - anderes Getreide als Korn verarbeitet.

Ursächlich hierfür ist die Preis-Entwicklung, die für den Kartoffel-Sektor zweierlei Preise umfaßt: die Speise-Kartoffel- und die Schweinefleisch-Preise.

In der nachstehenden Gegenüberstellung tritt die unterschiedliche Entwicklung der Preise zwischen Kartoffeln und Schweinefleisch in den Jahren 1948 und 1949 sichtbar hervor.

1) errechnet aus: Stat.Berichte, Arb.Nr. VII/66/3-6.

Tabelle XXVI

Erzeuger- bzw. Großhandelspreise
für Speisekartoffeln und Schweine-¹⁾
fleisch (Mengenangaben in 50 kg)
=====

Jahres-Ø	gelbfl. Speisekart. ab Verl.-Stat. Mü. DM	Schweinefleisch v. Schw. zw. 80 u. 150 kg Lebend- gew., frei Mü.
1948	4,05	96,38
1949	4,56	160,--
1950	4,47	156,--
1951	4,54	167,96
1952	6,84	164,79
1953	5,01	164,83
1954	5,25	170,83
1955	5,84	157,50
1956	6,73	173,25

Während nach dem 2. Weltkrieg bis zum Jahre 1954 der Verbrauch an Speisekartoffeln pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik um ein gutes Viertel²⁾ abnahm, stieg die Nachfrage nach Schweinefleisch im gleichen Zeitraum ganz erheblich an, und zwar von 7,1 kg auf 23,1 kg³⁾. Zieht man dabei in Betracht, daß sich der Schweinefleisch-Konsum in den ersten beiden Jahren des Beobachtungszeitraumes bei einer Zunahme von 7,1 auf 16,0 kg mehr als verdoppelte, so erhält man die schlüssige Erklärung für den Preisauftrieb in 1949.

1) Quelle: Stat.-Jahrbuch 1955/56, S.452 bzw. 455, 460/463;

2) u. 3) ebenda, S.496.

Die Intensivierung der Kartoffelwirtschaft bzw. deren Überschußverwertung erfolgte vorwiegend über den Schweinemagen; der erhebliche Preisanstieg bei den Kartoffeln im Jahre 1952 scheint durch die Verknappung infolge des erhöhten Verfütterungsanteiles verursacht¹⁾.

War das Angebot an Kartoffeln zu Brennzwecken vorübergehend verknappt, so bereitete die Verwertung der Melasse zeitweise eine "ständige und ernste Sorge"²⁾. Einmal reichten die vorhandenen Melasse-Brennrechte nicht aus, um die verfügbaren Rohstoffmengen aufzunehmen, und außerdem ließ sich eine mögliche Ausweitung der Erzeugung von Melasse-Branntwein nur zu Lasten der Produktionsanteile der übrigen Sparten bewirken, solange die derzeit überhöhten Verkaufspreise in den Bereichen des Trinkbranntweins und des technischen Sprits erhalten bleiben sollen. Der rohstoffseitige Einfluß auf die Produktion ist nicht nur davon bestimmt, ob geeignete Rohstoffe ausreichend und preisgünstig verfügbar oder ob diese untereinander substituierbar sind³⁾.

Entscheidend für die Gestaltung der Produktion sind die monopolgesetzlichen Rohstoff- bzw. Produktionsbindungen.

-
- 1) Es ist zu beachten: Die Preise für Schweinefleisch kommen nicht unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen zustande. Durch die Stützungskäufe der Einfuhr- und Vorratsstelle werden die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse verwischt.
 - 2) Aufsatz: "Melasse wirtschaftlicher verarbeiten", DZ v. 22.1.1955
 - 3) In dem vorerwähnten Beispiel wurde gezeigt, daß für die Kartoffel ersatzweise "anderes Getreide als Korn" verarbeitet wurde. Diese Substituierbarkeit gilt auch für die nebenlagerte Verwertungsstufe von Kartoffeln zur Fleischproduktion. Hier lassen sich 5 Ztr. Kartoffeln etwa durch 1 Ztr. Getreide ersetzen. Im Rahmen dieser Mengen-Preis-Relation wird ein Ausgleich zwischen Brennerei-Rohstoffen und Futtermitteln geschaffen.

So mußten z.B. zwischen 1951 und 1955 etwa 119.660 to¹⁾ Melasse ausgeführt werden, weil diese von den Melasse-Brennereien, entsprechend der Höhe der Jahresbrennrechte, nicht aufgenommen werden konnte und eine Verarbeitung in anderen Brennereien, etwa zusammen mit Sulfit-ablaugen, nicht statthaft ist. Zwar hatten sich die Laugenbrennereien erboten, jährlich bis zu 100.000 to Melasse neben den Zellstoff-Ablaugen zu verarbeiten und dabei den Spirit zu einem Preise abzuliefern, der nicht einmal die Hälfte des für den Hefelüftungsbranntwein gezahlten Übernahmepreises betragen sollte²⁾.

Ein solches Vorhaben widerspricht jedoch dem Inhalt des Monopolgesetzes, nachdem die Melasse-Verarbeitung zu Spirit ausschließlich den Eigenbrennereien vorbehalten ist³⁾.

Die Alkohol-Erzeugung richtet sich nun aber auch danach, ob diese primär oder sekundär zusammen mit anderen Gütern erfolgt. - Wo zucker- und stärkehaltige Rohstoffe bewußt in den Dienst der Alkohol-Erzeugung gestellt werden, kann die Primär-Produktion angenommen werden. Aber es gibt auch unter dieser Einordnung Grenzfälle, etwa dann, wenn sich die Branntweinerzeugung einer landwirtschaftlichen Brennerei an der eigenen Ernte ausrichtet und ein bestimmtes Verhältnis zwischen landwirtschaftlicher Nutzfläche und Brennrecht besteht. Unter diesen Umständen liegt die Vermutung nahe, daß die Branntwein-Erzeugung der Schlempe wegen betrieben wird. Das gilt vor allem für die Getreide-Schlempe,

1) Quelle: "Der Spezialhandel nach Waren" 51/54, jeweils H.12;

2) Aufsatz: DZ v.22.1.55 "Melasse wirtschaftlicher verarbeiten";

3) im Umkehrschluß zu § 21 BrMG.

die infolge ihres Hefe- und Vitamingehaltes einen dreimal so hohen Futterwert besitzen soll als gewöhnliches Futtergetreide¹⁾.

Man wird auch bei der Erzeugung von Melasse-Sprit im allgemeinen eine Primärproduktion annehmen können, es sei denn, eine Zuckerfabrik beschäftigte sich gleichzeitig mit der Aufarbeitung des Produktions-Rückstandes Melasse zu Spirit.

Alkohol in Sekundär-Produktion stellen die Lufthefe-Brennereien her; hier steht auch die Qualität hinter der der übrigen Spirit-Sorten zurück. Wesentlich für den Übergang von der Primär- zur Sekundär-Produktion ist, ob bzw. inwieweit sich der Produktionsanfall quantitativ und qualitativ steuern läßt. Hierfür ein Beispiel:

Im Betriebsjahr 1954/55 wurden 67.116 to Hefe im Lüftungsverfahren hergestellt, davon 16.815 to ohne Spirit-Gewinnung. Bei den übrigen 50.300 to schwankte das Verhältnis von Hefe zu Spirit zwischen 0,7 : 1 und 8 : 1. Der Preis für 1 kg Hefe betrug je nach der Art zwischen DM 0,59 und DM 4,23 ab Fabrik²⁾.

Die anfallende Spiritmenge kann in den Lufthefe-Brennereien weitgehend willkürlich bestimmt werden. Das Ausbeute-Verhältnis schwankte in den Betriebsjahren nach dem 2. Weltkrieg gleichmäßig zwischen 0,7 und 12,4 kg Hefe je Liter Weingeist³⁾.

Die Hefepreise - als Bestandteil der Kosten-Entlastung für die Spiritus-Erzeugung - sind ähnlich variabel und bewegen sich zwischen den Betriebsjahren mehr oder weniger stark.

Bei den produktionsverbundenen Gütern ergibt sich daher zwischen der Primär- und Sekundär-

1) Dietrich: Denkschrift

2) Quelle: Stat.Berichte, Arb.Nr. VII/66/6

3) " " " " " " " /4-6.

produktion die Möglichkeit einer mehr oder minder willkürlichen Zurechnung der Gestehungskosten auf die einzelnen Produktionsbereiche. Eine solche Kalkulations-Elastizität ist bei der Spiritus-Erzeugung von besonderer Problematik, weil die Nebenerzeugnisse - die Schlempe ausgenommen - quantitativ und qualitativ Marktschwankungen unterliegen können und daher die Möglichkeit besteht, daß die Branntwein-Übernahmepreise fälschlich die Funktion der Preisstützung übernehmen.

Diese Problematik betrifft nicht nur die im Zuge einer Produktionsstufe anfallenden Nebenprodukte, z.B. Hefe, Maisöl, Fuselöl oder dgl., sondern ebenso auch die vorgelagerten Produktionsstufen. Die Alkoholerzeugung erfolgt hier mittelbar, z.B. von der Zellstoffgewinnung bzw. -verarbeitung her über die Sulfitablauge, oder durch thermische Crackung von Raffinerie- oder Erdgasen über Äthylen bzw. der Derivate, welche zusammen mit Äthylalkohol dargestellt werden können.

- b) Das Branntwein-Monopol umschließt als wirtschaftliche Organisationsform eine Vielzahl von Einzelwirtschaften, die je nach Herkunft aus dem Agrar- oder Industrie-Sektor bzw. deren Zurechnung zu einem dieser Teilbereiche der Gesamtwirtschaft zwei voneinander abweichenden Wirtschaftsordnungen und Preisbildungssystemen unterworfen sind. Gemeinsam ist beiden Bereichen eine verhältnismäßig geringe Elastizität, sei es, um die Erzeugungsmenge auszuweiten, sei es, um zu einer gänzlich anderen Produktion zu gelangen. Eine Destillerie, welche der Herstellung von Alkohol dient, kann keinem anderen Betriebszweck nutzbar gemacht werden; eine Tischlerei kann etwa Fertighäuser

produzieren, aber schließlich auch Klein-Möbel oder Kochlöffel. Eine derartige Ausweichmöglichkeit besteht für die Brennereien nicht. Die Gruppe der landwirtschaftlichen Brennereien ist außerdem noch einer Wechselwirkung zwischen Alkoholproduktion, Ackerwirtschaft und Viehhaltung unterworfen, wenn eine nutz- und gewinnbringende Verwertung der Schlempe erfolgen soll. Eine wesentliche Veränderung der Branntweinerzeugung nach oben oder unten wird sich in diesen Betrieben zumindest nicht kurzfristig durchführen lassen, von den Folgen zunächst einmal abgesehen, die sich bei einer wesentlichen Einschränkung des Brennens hinsichtlich der fixen Kosten ergeben.

Die Verteuerung der Stück-Kosten, welche hier ausgelöst wird, wirkt sich jedoch bei den mittelständischen Betrieben - und in diese Kategorie ist die Mehrzahl der landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien einzuordnen - nicht in demselben Umfang aus, wie bei den Melasse oder Monopolstoffe verarbeitenden Großbetrieben.

Eine durch die sprunghafte Ausdehnung der Erzeugung zunächst eingetretene Verbilligung eines Hektoliters synthetischen Alkohols etwa führt bei verminderter Ausbringung - im Vergleich zu den ursprünglichen Stück-Kosten - regelmäßig zu einer überproportionalen Verteuerung, weil nicht nur der Fixkosten-Anteil je hl/W erhöht ist, sondern auch die variablen Kosten nicht mehr auf den alten Stand eingeschränkt werden können. Diese Bedingungen mögen für die Monopol-Brennereien mit ein Anlaß zu der Überlegung gewesen sein: es bei der bisherigen Betriebs-Kapazität solange zu belassen oder die Erweiterung der technischen Einrichtung - trotz reichlich

vorhandener Ausgangsstoffe für eine vermehrte Alkohol-Erzeugung - aufzuschieben, bis der Absatz einer nun "sprunghaft" gesteigerten Erzeugungsmenge auf lange Sicht hin gesichert erscheint.

Eine solche Vermutung rechtfertigt sich aus der Deutung folgender Entwicklung:

Die Monopolbrennereien haben trotz einer um ca. 80.000 hl/W erhöhten Brennerlaubnis im Betriebsjahr 1955/56 vergleichsweise zum Vorjahr nur um etwa 1.000 hl/W mehr an die Monopolverwaltung abgeliefert¹⁾. Daraus könnte entnommen werden, daß sich die Monopol-Brennereien in ihrem Produktionsgefüge auf die Nachkriegs-Entwicklung eingestellt haben und derzeit mit einem Kontingent, welches 400.000 hl/W nicht überschreitet, ausgelastet sind. Es sollte jedoch bei einer derartigen Schlußfolgerung nicht übersehen werden, daß eine statistische Auswertung einer solch kleinen Beobachtungsmasse, wie sie die 26 in Betrieb gewesenen Monopol-Brennereien darstellt, nicht unbedingt stichhaltig ist²⁾.

Die Aussichten in einer Wettbewerbs-Wirtschaft sind jedoch für die Monopol- oder Melasse-Brennereien vorteilhafter als bei den übrigen Eigenbrennereien.

Einen Beweis bietet das schon mehrfach erwähnte Beispiel für die Preis-Elastizität einer Melasse-Brennerei, die Branntwein weit unter dem durchschnittlichen Übernahmepreis an die Monopolverwaltung abliefern konnte (vgl. Seite 98).

Frei von der monopolistischen Produktionsbindung würden gerade diejenigen Betriebe mit hohen Anlagekosten versuchen, ihren Marktanteil zu erweitern. Dadurch würden die Kapitalkosten ent-

1) vorläufiges Ergebnis.

2) Beispielsweise besteht zwischen den Betriebsjahren 52/53 und 53/54 bei der Herstellung von Sprit aus Acetaldehyd oder Äthylen ein Unterschied von 12.818 hl/W : 119.480 hl/W (!)

sprechend verringert werden können, und zwar bei einer Erzeugung von beispielsweise 15.000 hl/W jährlich um etwa 40 %, wenn eine 500 hl/W-Brennerei als Vergleichsmaßstab dient¹⁾.

Die Erzeuger synthetischen Alkohols werden nicht nur imstande sein, hier den Wettbewerb aufzunehmen, sondern sie werden, wenn die Herstellung in "großtechnischem Maßstab" möglich wird,²⁾ noch weit billiger anbieten können. Danach ließen sich die bisher gezahlten Übernahmepreise für technischen Branntwein im Durchschnitt um 50 bis 60 v.H. reduzieren.

Die Gefahr, welche hier besteht, ist das Hineinwachsen in Überkapazitäten, mit der Folge einer relativ hohen Verteuerung bei Umsatzschrumpfung. Die ungenügende Anpassungsfähigkeit eines solch starren Angebotes bewirkt auch volkswirtschaftliche Verluste: durch die Investition knappen und daher äußerst wertvollen Kapitals, welches dann mehr oder minder brach liegt.

Die mittelständischen Brennereien würden ohne gesetzlichen Schutz einer solchen Konkurrenz nicht standhalten können, weil das Kostengefüge hier durch den hohen Rohstoffanteil verhärtet ist.

Der grundsätzliche Einwand, der bei einer Betrachtung der "Konkurrenz" von Agrar- und Industrie-Sprit angebracht ist, besteht darin, daß es sich hier nicht um ein gleichartiges Gut "Alkohol" handelt, sondern um zwei unterschiedliche Güter, und zwar unterschiedlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Verwertbarkeit und des Verbrauchszwecks (vgl. Seite 82/83).

1) Quelle: Dietrich, a.a.O., S.652;

2) Beckmann, "Staatsmonopol gegen freie Marktwirtschaft", Sonderbeilage der Zeitschrift "Chemische Industrie", Heft 5/52.

2) Die Marktfunktion des Branntwein-Monopols und Monopolpolitik.

Das Branntwein-Monopol umfaßt die gesamte Nachfrage nach Rohspiritus und das ausschließliche Angebot gereinigten Sprits in unverarbeitetem Zustand¹⁾. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Zwischenhandelsfunktion:

Das Branntwein-Monopol übernimmt den Rohsprit, bewirkt dessen Reinigung und anschließend den Absatz zu den verschiedenen Verwendungszwecken.

Welche speziellen Erzeugungsmengen nun nach dem Gesetz zu bestimmten Preisen durch das Monopol verwertet werden und in welchem Verhältnis ein vorhandener Bestand an einzelne Bedarfsträger (§ 87) zu differenzierten Preisen abgegeben wird, richtet sich nach der Wirtschaftsweise des Monopols.

Das Branntwein-Monopol ist kein "Alkohol"-Monopol im strengen Sinne des Wortes, d.h. nicht alle weingeisthaltigen Flüssigkeiten unterliegen der Bewirtschaftung im Monopol²⁾.

Alkoholreiche Südweine beispielsweise, welche dem Verbraucher als Substitutionsgut für Branntwein dienen, unterliegen nicht der Branntweinsteuer; selbst dann nicht, wenn in diesen Erzeugnissen "zugesetzter" Weingeist enthalten ist. Der Versuch, solche Getränke nach § 151 BrMG zum Monopolausgleich heranzuziehen, scheiterte, weil "Wein" als stoffliche Einheit anzusehen ist und nicht zum Zwecke der Besteuerung in einzelne Bestandteile zerlegt werden kann.

Daraus folgt, daß dem Branntwein-Monopol keine absolute Monopolstellung im Rahmen der Bewirtschaftung alkoholischer Getränke zukommt.

-
- 1) Mengen bis zu 0,5 Liter dürfen an Privatpersonen abgegeben werden;
2) Begriffsbestimmung f. Branntwein: Urteil BFH v.22.3.56 Vz 76/54 U.

Gleiches gilt für den technischen Bereich. Bei der Herstellung synth. Kautschuks z.B. steht Alkohol in Wettbewerb zu Butan und Butylen. Das Verfahren zur Herstellung von Acetaldehyd aus Äthylalkohol läßt sich durch eine Direktoxydation von Petroleumkohlenwasserstoffen ersetzen; die Darstellung von Chloräthyl über Äthylalkohol ist heute bereits nicht mehr aktuell¹⁾.

Die erhebliche Verbilligung des allgemein ermäßigten Verkaufspreises für technischen Sprit²⁾ ist offenbar auch aus der Befürchtung heraus erwachsen, die Industrie könne sich in erweitertem Umfang des Isopropylalkohols bedienen, welcher der Bewirtschaftung des Monopols entzogen ist.

Als Zwischenhandels-Monopol erfüllt das Branntwein-Monopol nicht alle Merkmale umfassender Bewirtschaftung. Zulässig ist nach § 100 BrMG auch die Verwertung von Branntwein außerhalb des Monopolbetriebes zur Herstellung von Trinkbranntwein, soweit Verkaufspreis, Branntweinaufschlag oder Monopolausgleich entrichtet worden ist. Auf das in § 95 BrMG enthaltene Recht: einfache Branntweine zum Zwecke des Massenkonsums selbst herzustellen, hat die Monopolverwaltung ebenfalls verzichtet. Das Branntwein-Monopol verdient daher die Kennzeichnung als Teil-Monopol. Diese Charakteristik gilt auch für die Funktion des Produktions-Monopols, weil die gesamte Branntwein-Erzeugung, mit Ausnahme bestimmter, den Monopolbrennereien nach § 21 BrMG vorbehaltenen Stoffe³⁾, von den selbständig betriebenen Eigenbrennereien bewirkt wird.

1) siehe auch Lauenstein: "Mineralöl als Chemierohstoff", Untersuchung des Instituts f. Weltwirtschaft, Kiel, November 1952;

2) ab 15.11.55 beträgt der allgem.erm.Verkaufspreis DM 67,- hl/W;

3) Stoffe, aus denen Branntwein vor dem 1.10.14 im Monopolgebiet gewerblich nicht gewonnen wurde.

Die Zwischenhandelsfunktion des Monopols erstreckt sich neben dem Binnen-Handel auch auf die Ein- und Ausfuhr. Die Bestimmungen des § 105 BrMG in Verbindung mit den Vorschriften in §§ 132/133 BVwO versetzen die Monopolverwaltung in die Lage, die Ausfuhrpreise beweglich zu halten, so daß z.B. einheimische Fertigerzeugnisse auf Alkoholbasis auch im Ausland wettbewerbsfähig werden¹⁾.

Die Wirtschafts-Autonomie des Monopols erstreckt sich nicht nur auf den einzelwirtschaftlichen Komplex: sich selbst als Produktions- oder Bedarfsdeckungswirtschaft zu genügen. Reichen etwa die Bestände zur vollen Deckung des Bedarfs nicht aus, so ist die Monopolverwaltung ermächtigt, den Kreis der Bezugsberechtigten zu bestimmen (§ 96 BrMG). Sie konnte zeitweise (vom 18.5.1935 - 1.10.1938) der Übersetzung des Trinkbranntweingewerbes entgegenwirken, als sie jeden neuen Herstellerbetrieb mit einem Zuschlag in voller Höhe der normalen Hektoliter-Einnahme belastete.

Die nachdrücklichste Wirkung auf andere Teilbereiche der Wirtschaft übt jedoch die finanzwirtschaftliche Struktur des Monopols. Damit ist noch nicht erwiesen, daß das Branntwein-Monopol, seinem wirtschaftlichen Schwerpunkt nach, als ein Finanzmonopol gelten könnte. Das Branntwein-Monopol ist mehr als eine "Erhebungsform von Verbrauchssteuern", bei der durch ausschließliche Bewirtschaftung der Steuerfuß nach erforderlichen fiskalischen Gesichtspunkten festgelegt werden kann, weil der Gesetzgeber auch andere als finanzpolitische Ziele mittels des Monopols zu verwirklichen sucht.

1) Die Festsetzung des Ausfuhrpreises ist gem. § 132 BVwO Sache des Bundesfinanzministers.

Gegen die Einordnung unter den Begriff "Finanz-monopol"¹⁾ spricht die Ablieferungsfreiheit von Korn- und Obstbranntwein, sowie von Branntwein aus Abfindungsbrennereien; hier gilt das, was für die Kennzeichnung des Branntwein-Monopols als "Teil-Monopol" bereits ausgeführt wurde: es fehlt an der umfassenden Bewirtschaftung.

Eine tendenzielle Entwicklung zum "Finanz-Monopol" scheint allerdings durch das Bemühen des Bundesfinanzministers gegeben, der offenbar eine zusätzliche Einnahmequelle dadurch zu erschließen sucht, daß der abzuführende Reingewinn des Monopols (§ 86 BrMG) verhältnismäßig hoch gehalten wird. Die Aufhebung der Vorschriften §§ 11/15 BrMG hinsichtlich des Beirats und der §§ 85, 117, 118 und 118a, die bestimmen, welche Einnahmen das Branntwein-Monopol zu erbringen hatte, zeichnen möglicherweise den Weg ab, der endgültig zu einem Finanzmonopol hin führt.

Die Organisationsform des Branntwein-Monopols als Zwischenhandels-Monopol erspart dem Staat erhebliche Mittel, die andernfalls hätten investiert werden müssen, und erfüllt zugleich denselben Wirtschaftszweck: Branntwein-Erzeugung und -absatz in einem beweglichen Gleichgewicht zu erhalten, und zwar in Verbindung mit

- a) der agrarwirtschaftlichen Zielsetzung: nach Erhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen Brennereien, unter besonderer Berücksichtigung schwankender Erntemengen, und
- b) dem sozialhygienischen Anliegen: die Bevölkerung vor dem Angebot gesundheitsschädlicher Branntweine zu schützen.

1) siehe auch: Schmölders, a.a.O., S. 29 ff. und Aufsatz Lieven: "Ist das Branntwein-Monopol ein Finanz-Monopol", DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr. 11/51 S. 298/99.

Dem zuletzt genannten Zweck dient die im Monopol-Gesetz enthaltene Vorschrift über die Reinigung des Branntweins:

"Trinkbranntwein oder technischer Alkohol, Weingeist für Apotheken, Laboratorien, Operationssäle, Forschungsstätten und all die vielen anderen Verwendungsgebiete, muß einen bestimmten Reinheitsgrad besitzen".¹⁾

Im Reinigungsprozeß werden Schwebestoffe, Geschmacks- und Geruchstoffe, Farbstoffe, Chemikalien und andere Branntweine abgeschieden. Das Recht zur Reinigung nach § 29 BrMG hat die Monopolverwaltung ebenfalls abgetreten, und zwar insbesondere an die in § 82 BrMG genannten Organisationen²⁾.

Das Monopolgesetz ist seiner wirtschaftspolitischen Formgebung nach der Ausdruck einer traditionsgebundenen Entwicklung, mit folgenden Zwecken:³⁾

- I. Schutz der landwirtschaftlichen Brennereien (Beschränkung der Konkurrenz),
- II. Erhaltung der bestehenden Betriebe (Erschwerung von Neugründungen),
- III. Bevorzugung der Kleinbetriebe (Verhinderung der Betriebskonzentration),
- IV. Förderung des Absatzes von steuerbefreitem Branntwein (zwecks Ausgleich des sinkenden Trinkbranntwein-Verbrauchs).

Der stagnierende Trinkbranntwein-Verbrauch ist dabei die Folge der stetig ansteigenden bis prohibitiv wirkenden Steuerbelastung. Dem Zurückbleiben des Trinkbranntwein-Verbrauchs hinter dem Verbrauch zu technischen Zwecken entspringt ein vermehrtes Schutzbedürfnis der landwirtschaftlichen Brennereien (vgl. Tabelle XVII), wohingegen die Förderung des Absatzes von steuerbefreitem Branntwein zu den gegebenen Bedingungen nicht ohne weiteres mit den mittelständischen Bestrebungen in Einklang gebracht werden kann.

1) Atzinger: "Die Reinigung von Branntwein nach dem Monopolrecht", Aufsatz, DIE ALKOHOL-INDUSTRIE, Nr. 18/56, S. 465 ff.

2) Es handelt sich um die DKV in Münster und um die Deutsche Edelbranntweinstelle in Karlsruhe;

3) Herlemann, a.a.O., S. 15.

Bisher scheiterte eine kräftige Nachfrage-Belebung technischen Branntweins stets an den bestehenden Verkaufspreisen, als Folge der den Monopolbrennereien mit Rücksicht auf die Eigenbrennereien auferlegten Produktionsbeschränkungen und den daher überhöhten Gestehungskosten.

Die Absatzsteigerung im Betriebsjahr 1954/55 auf 553.719 hl/W¹⁾ zum allgem. erm. Verkaufspreis, welche im Vergleich zu 1949/50 beinahe das Doppelte beträgt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine weitere Absatzbelebung in erster Linie ein Preisproblem ist, nachdem für die Herstellung synthetischen Alkohols keine Rohstoff-Schwierigkeiten bestehen, wie diese bei agrarischen Ausgangsstoffen zwangsläufig auftreten.

Der ausgesprochene Melasse-Überhang zwischen 1951 und 1955²⁾ hat sich an der Schwelle des Wirtschaftsjahres 1956/57 geradezu ins Gegenteil verkehrt, weil die Rüben-Ernte und damit der Melasse-Anfall nicht den gehegten Erwartungen entsprachen.³⁾

Außerdem zeichnet sich ab, daß bisherige Überschußländer für Melasse, z.B. Cuba, den Weltmarkt künftig nicht mehr in dem bisherigen Umfang beschicken, weil sich hier nun auch die Möglichkeit zur Veredelung bietet. Unter dem Druck des zu erwartenden billigen Alkohols aus der emporstrebenden Erdöl-Chemie ist ein Verfahren entwickelt worden, welches ermöglicht, 21 v.H. des in der Melasse enthaltenen vergärbaren Zuckers in Glyzerin umzusetzen; als wirtschaftlich verwertbare Nebenprodukte werden außerdem Äthanol und Essigsäure gewonnen.⁴⁾

Die Frage nach der Gewinn-Maximierung des Monopols ist nicht mit dem Hinweis beantwortet, die Einnah-

1) Statistische Berichte, Arb.Nr. VII/66/6, Tab.S.13;

2) (vgl. S. 106)

3) siehe auch DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr.22/56, S.579

4) ebenda, Nr. 7/56, S. 198.

men könnten ein Maximum entweder bei niedrigen Verkaufspreisen und hohem Umsatz oder bei höheren Verkaufspreisen und entsprechend geringerem Umsatz erreichen.

Vorab wäre hier jedoch zu untersuchen, ob das Ziel der Monopolpolitik überhaupt auf eine Gewinn-Maximierung im strengen Sinne gerichtet ist.

Von der Warte der Trinkbranntweinhersteller aus: das Branntwein-Monopol könne ebenso gut einen höheren Umsatz bei niedrigen Preisen erzielen, ist hier zu überlegen, ob es die Aufgabe der Monopolverwaltung sein kann, den Trinkbranntweinverbrauch anzuregen oder nicht.

Die Folgen, die sich bei allzu reichlichem Genuß alkoholischer Getränke für den einzelnen und für die Masse der Verbraucher ergeben, schließen eine bewußte, staatlich sanktionierte Förderung des Alkoholkonsums wohl aus. Trunksucht, Gesundheitsverfall und die hieraus resultierenden Wirkungen auf die Arbeitsleistung und die Arbeitsmoral der betroffenen Bevölkerung oder Bevölkerungskreise sind volkswirtschaftlich um so bedenklicher, als hier die Wurzeln des eigentlichen Produktionsfaktors¹⁾ ergriffen würden und damit der "wertvollste Bestandteil des Volksvermögens"²⁾ bedroht werden könnte: die "Willenskraft" würde gelähmt, die "Körperkraft" geschwächt und die "Einsicht" verkümmern können. Der gemeinwirtschaftlich erzielte Nutzen in Form erhöhter Verbrauchssteuer-Einkünfte stünde bei solcher Handhabe in einem krassen Mißverhältnis zu dem volkswirtschaftlich angerichteten Leistungsausfall.

Vom Sinngehalt des Gesetzes her läßt sich für eine Preisermäßigung anführen, daß eine Gewinn-Erzielung des Branntwein-Monopols aus einem Gemisch aus

1) u. 2) Adolf Weber: "Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre", S. 34.

"Besteuerung und Handelsverdienst"¹⁾ nicht bezweckt war. Die durch Verordnung vom 7.12.1944 aufgehobene Vorschrift des § 85 BrMG bestimmte, daß Branntwein durch die Monopolverwaltung so zu verwerten sei, daß neben dem Übernahmepreis und der Hektoliter-Einnahme die sämtlichen Verwaltungs- und Geschäftskosten sowie die für Wohlfahrts- und Wirtschaftszwecke vorgesehenen Aufwendungen gedeckt werden sollten.

Die Auslegung des § 86 BrMG, wonach der Reingewinn, soweit er nicht für Betriebsmittel und sonstige Verwaltungszwecke der Monopolverwaltung benötigt würde, an die Finanzverwaltung abzuführen sei, geht dann zu weit, wenn die Monopolverwaltung Warenpreise festsetzt, die den Verbraucher über den festgesetzten Steuertarif fiskalisch belasten. In einer solchen Praxis wäre auch eine gesetzeswidrige Konkurrenz zum Steuerbewilligungsrecht des Parlaments zu erblicken (§ 105 GG).

Nun bedingen die ungleichen Verwertungsmöglichkeiten der verschiedenen Branntwein-Sorten, daß sich die produktionspolitische Orientierung des Monopols - unter Berücksichtigung der bekannten agrar- und ernährungswirtschaftlichen Zielsetzungen - nicht vorzugsweise auf diejenigen Brennereien stützen kann, welche die niedrigsten Herstellungskosten aufweisen.

Dazu wurde an anderer Stelle bereits ausgeführt, daß der Absatz zu Verkaufspreisen bewirkt wird, die erheblich von den durchschnittlich gezahlten Übernahmepreisen abweichen. Daraus folgt, daß der durchschnittliche Handelsverdienst je abgesetzter Mengeneinheit unterschiedlich ist, und zwar je nach der Art des übernommenen Branntweins und je nach der Möglichkeit seiner Verwertung.

Im Geschäftsbericht der Bundesmonopolverwaltung für das Betriebsjahr 1953/54 ist ausgeführt:

1) Sven Rögind: "Die Monopolbetriebe auf dem Gebiet der Spiritusindustrie", S. 31.

"Der Ertrag des Monopols hängt wesentlich von der Höhe der Branntwein-Übernahmepreise und der Branntwein-Verkaufspreise ab. Die danach berechneten Übernahmegelder und die sonstigen Aufwendungen der Monopolverwaltung einerseits sowie die danach erzielten Verkaufserlöse und die sonstigen Einnahmen der Monopolverwaltung andererseits führen zu dem finanziellen Ergebnis."

Wenn für das finanzielle Ergebnis - wie berichtet - die Höhe der Übernahmepreise und die Branntwein-Verkaufspreise maßgeblich sind, so sind sie es nicht in gleicher Weise; beiden Daten gebührt eine unterschiedliche Gewichtung. Hinsichtlich der zu zahlenden Übernahmepreise ist die Monopolverwaltung an die Vorschrift nach § 65 BrMG gebunden, während sie bei der Bemessung der Verkaufspreise eine gewisse Bewegungsfreiheit hat. Hier wird der Monopolverwaltung die Aufgabe zuteil, bestehende Nachfrage- und Bedarfs-Relationen zu erforschen, um dadurch zu einer etwa marktkonformen Preisfindung zu gelangen, welche eine Gewinn-Maximierung im strengen Sinne - entsprechend den gesetzlichen Vorschriften - ausschließt.

Der rapide Aufschwung des Absatzes technischen Sprits zum allgemein ermäßigten Verkaufspreis deutet an, daß durch fortlaufende Ermäßigung des Verkaufspreises ein etwa marktkonformer Vorgang ausgelöst wurde, der freilich nicht über das Monopol hinweg auf die Produktion fortwirken kann.

Hierzu soll die bereits an anderer Stelle dieser Arbeit gewonnene Übersicht der speziellen Verwertung übernommener Branntweinmengen ergänzt werden durch einen Vergleich, wobei Übernahme- und Verkaufspreise und die bezüglichen Mengen einander generell gegenübergestellt sind.

"Gewinnpreise" sind: der regelmäßige Verkaufspreis, der ermäßigte Verkaufspreis, der besondere ermäßigte Verkaufspreis und der Essigbranntweinpreis.

In diesen Sparten liegt der von der Monopolverwaltung durchschnittlich erzielte Verkaufserlös erheblich über den durchschnittlich an die Eigenbrennereien gezahlten Übernahmepreis.

"Verlustpreise" sind der allgemeine ermäßigte Verkaufspreis, der Ausfuhrpreis und der Treibstoff-Branntweinpreis, weil in diesen Fällen die durchschnittlichen Verkaufspreise geringer sind als die durchschnittlich den Monopolbrennereien gegenüber geleisteten Übernahme Gelder.

Im Betriebsjahr 1952/53 wurden 96.673 hl/W¹⁾ mehr zu Verlustpreisen abgesetzt, als die Monopolverwaltung Branntwein von den Monopolbrennereien übernehmen konnte; im Betriebsjahr 1954/55 betrug diese Menge bereits 216.458 hl/W²⁾.

Die durchschnittlichen Übernahmepreise der Eigen- bzw. Monopolbrennereien und die durchschnittlich erzielten Verkaufserlöse zu Verlustpreisen haben betragen:

	Betriebsjahr	
	1952/53	1954/55
Ø-Übernahmepreis der Eigenbrennereien	162,85 ³⁾	157,96 ⁶⁾
Ø-Übernahmepreis der Monopolbrennereien	99,15 ⁴⁾	80,93 ⁶⁾
Ø-Verlustpreisverkauf der Monopolverwaltg.	97,25 ⁵⁾	79,86 ⁷⁾
Ø-Verlust je hl in der Sparte "Verlustpreise"	1,90	1,07

1) errechnet aus Bundestagsdrucksache Nr.464;

2) ebenda, Nr. 2259;

3) gew.-arithm.-Mittel, errechnet aus Bundestagsdrucksache Nr.464, Seite 10/12;

4) vgl. Tabelle XX;

5) gew.-arithm.-Mittel zw. höchstem und niedrigstem Preisstand, daraus Mittelwert, Quelle wie zu Anm.3);

6) gew.-arithm.-Mittel, errechnet aus Bundestagsdrucksache Nr. 2259, S. 7/11;

7) gew.-arithm.-Mittel, errechnet aus Bundestagsdrucksache Nr. 2259, S. 13/14.

Aus vorstehender Übersicht läßt sich der Umfang der Verlustgeschäfte errechnen. Sie liegen um so höher, je größer der Restanteil des abgesetzten Sprits zu "Verlustpreisen" ist, welcher nicht aus der Produktion der Monopolbrennereien befriedigt werden kann.

Im Betriebsjahr 1952/53 beträgt der Verlust in dieser Absatzsparte etwa 7 Millionen DM¹⁾, im Betriebsjahr 1954/55 sind es bereits 17 Millionen DM und in 1955/56 wird die Einbuße dieses Geschäftszweiges der Monopolverwaltung den Betrag von 20 Millionen DM übersteigen²⁾.

Das ist gleichbedeutend mit einer Belastung des Trinkbranntwein-Verbrauches zwischen DM 0,14 und 0,40 je Liter r.A. Hier steht zu bedenken, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll und vertretbar ist, die den Monopolbrennereien unter gänzlich anderen Voraussetzungen auferlegten Produktionsbeschränkungen weiterhin fortbestehen zu lassen. Der Wandel in den Voraussetzungen erklärt sich durch den erweiterten Anwendungsbereich technischen Alkohols, als praktisches Ergebnis einer zwei Jahrzehnte währenden technischen Forschung und Entwicklung.

Im Verhältnis zu der primären Steuerbelastung des Trinkbranntweins, die je hl/W DM 1.000,- beträgt³⁾, würde eine Ermäßigung des regelmäßigen Verkaufspreises um die oben angeführten Beträge oder durch eine Senkung des Branntwein-Aufschlags, im Falle der strengen Beachtung des § 86 (vgl. Seite 119), wohl kaum genügen, um den Trinkbranntwein-Verbrauch wesentlich zu heben.

Was hinsichtlich der "absoluten" Monopolstellung des Branntwein-Monopols an anderer Stelle (vgl. Seite 112) bereits gesagt wurde, ist auch für die

1) errechnet aus den Meßzahlen auf Seite 121;

2) bei einem geschätzten Absatz von ca. 600.000 hl/W;

3) Gesetz vom 21.10.1948, siehe § 84 BrMG.

Gewinn-Maximierung des Monopols bedeutsam. - Dem stagnierenden Absatz des Trinkbranntweins steht eine vermehrte Nachfrage nach anderen alkoholischen Getränken entgegen, die der Bewirtung des Monopols entzogen sind, falls unterstellt wird, daß die gestiegenen Massen-Einkommen zu einer - wenn auch nicht proportionalen - Erhöhung der Ausgaben für solche Zwecke führen.

Eine vorliegende Untersuchung des Ifo-Instituts¹⁾ bestätigt diese Hypothese, wonach die Spirituosen an der Steigerung des Verbrauches alkoholischer Getränke zwischen 1949 und 1955 nicht in ähnlichem Umfang partizipieren, wie beispielsweise Bier oder Wein (einschl. Sekt). Während der Bier-Verbrauch zwischen 1949 und 1955 mehr als verdoppelt werden konnte und auch der Wein-Verbrauch dieser Steigerung nur wenig nachsteht, blieb der Spirituosen-Verbrauch weit zurück; die Zunahme betrug im Verhältnis zu Wein und Bier nur die Hälfte bzw. ein Drittel²⁾.

Für die "Angebotsseite" kann mit diesen Feststellungen die Analyse der Wettbewerbsbindung im Branntwein-Monopol in Verbindung mit der Funktion: über das wirtschaftliche Ziel hinaus dem Ausgleich bestimmter sozial- und wirtschaftspolititischer Interessen zu dienen, als abgeschlossen gelten.

3) Nachfrageseite.

Es ergeben sich hier zwei grundsätzliche Fragen für die Bereiche der Nachfrage:

Übt die Wettbewerbsbindung des Monopols Einfluß auf die Nachfrage nach Trinkbranntwein und Einfluß auf die Nachfrage nach technischem Alkohol, oder hätte die Nachfrage in beiden Bereichen unter kon-

1) Quelle: DIE ALKOHOL-INDUSTRIE, Nr. 19/56, S.511;

2) errechnet aus der Untersuchung des Ifo-Instituts.
Quelle: DIE ALKOHOL-INDUSTRIE, Nr. 19/56.

kurrenzwirtschaftlichen Voraussetzungen eine gänzlich andere Gestaltung gewonnen?

Für den Bereich des Trinkbranntwein-Verbrauchs hat die gesetzliche Regelung des Wirtschaftsbereiches ganz eindeutig die Entwicklung der Nachfrage gestaltet. Das ergibt sich nicht nur aus den bereits angeführten und erklärten Rechtsnormen (u.a. §§ 87 und 96 BrMG) bzw. aus der bekannten Belastung des Verbrauchs durch die Branntweinsteuer. Eine Dämpfung erfährt der Trinkbranntwein-Verbrauch auch durch die Verteuerung der Erzeugnisse zu Lasten der Verwaltungskosten des Branntwein-Monopols und dessen Bestreben, einen mehr oder weniger hohen Gewinn zusätzlich an die Staatskasse abzuführen.

Die Aufnahmefähigkeit des Marktes für Trinksprit bestimmt sich jedoch nicht nur nach den Preisen, die für die unterschiedlichen Erzeugnisse gefordert werden. Die Trinksitten und -gewohnheiten der Bevölkerung spielen eine Rolle; maßgeblich ist auch die Einkommensschichtung der Bevölkerung. Es bestehen Unterschiede zwischen einzelnen Landesteilen: so besteht z.B. in Bayern ein anderes Verhältnis von Bier- und Spirituosen-Verbrauch als in Nordrhein-Westfalen. In Deutschland ist dieser Einfluß der Trinksitten auf den Alkoholverbrauch nicht so ausgeprägt wie in England, wo sich der Branntwein-Verkauf in öffentlichen Schankstätten vollzieht.

Tabelle XVIII deutet auf die Marktform des Branntwein-Monopols hin; im Betriebsjahr 1952/53 beschäftigten sich 6.229 Betriebe mit der Weiterverarbeitung unverarbeiteten Branntweins zu Trinkbranntwein.

Bis zum Betriebsjahr 1953/54 sank die Zahl der Abnehmer unverarbeiteten Branntweins um 6,4 % auf 5.855 Betriebe ab. Die absolute Menge des Branntwein-Absatzes der Monopolverwaltung verringerte

sich im Beobachtungszeitraum nicht in gleichem Umfang wie die Zahl der Trinkbranntweinhersteller. Die Ursache für das Ausscheiden von mehr als 400 Trinkbranntwein-Herstellern ist wohl eine Folge des starken Preisdruckes in diesem Gewerbe. Insbesondere hat die angestiegene Nachfrage nach Edelbranntwein und anderen Marken-Spirituosen zu einem Preisverfall der Konsum-Erzeugnisse geführt.¹⁾

Dem Konkurrenzkampf unterlagen die Kleinbetriebe bis zu jährlichen Bezugsmengen von 30 hl/W am stärksten. Der Rückgang der verarbeiteten Spiritmengen trifft jedoch auch die mittleren Betriebe stärker, als dies dem absoluten Absatzrückgang der Monopolverwaltung entspricht. Hingegen haben die Betriebe mit jährlichen Verarbeitungs-Kapazitäten von über 300 hl/W ihren Marktanteil nicht nur erhalten, sondern diesen im Durchschnitt der übrigen Betriebe sogar um 0,7 % steigern können.

Trotz dieser Verschiebungen hat sich die typische Struktur des Abnehmerkreises der Monopolverwaltung erhalten. Etwa 50 v.H. aller Monopolsprit-Bezieher verarbeiten nur 3 v.h. der Absatzmenge, während umgekehrt 3 v.H. der Abnehmer etwa die Hälfte des Trinkbranntweinabsatzes der Monopolverwaltung übernehmen.

Dem rückläufigen Absatz der Monopolverwaltung entgegen steht jedoch eine absolute Zunahme des Gesamt-Verbrauchs für Spirit zu Trinkzwecken (Tabelle XVI), die gleichfalls zu einer Steigerung des Verbrauchs je Kopf der Bevölkerung geführt hat. Wird der in Tabelle XV dargestellte Absatz der Monopolverwaltung hinsichtlich der Position "Trinkbranntwein" nochmals zergliedert, und zwar nach dem Trinkbranntweinabsatz der Monopolverwaltung und dem Anteil

1) Im Januar 1957 kündigten Presse-Veröffentlichungen eine Preissteigerung der Konsum-Spirituosen um 5 % an.

des ablieferungsfreien Branntweins, so ergibt sich folgendes:

Der Absatz-Anteil der Monopolverwaltung entwickelt sich ab 1950/51 stetig zurück, während der Anteil des "ablieferungsfreien" Branntweins am Gesamtabatz kräftig zunimmt.

Auf die Zunahme der Eigenverarbeitung von Branntwein in Brennereien, welche gleichzeitig die Trinkbranntweinherstellung betreiben, wurde bereits in anderem Zusammenhange hingewiesen (vgl. Seite 91). Dieser Vorgang kennzeichnet und bestätigt die Verlagerung der Nachfrage auf sog. Edelbranntweine; hierbei handelt es sich um Korn- und Weindestillate.

Tabelle XXVII

Die Erzeugung von Korn- und Weindestillat¹⁾
=====

Betriebsjahr	Korndestillat	Weindestillat
1950/51	76.700	44.000
1951/52	75.546	59.100
1952/53	82.805	70.749
1953/54	99.024	102.086
1954/55	108.083	128.719

Man ersieht aus den vorstehenden Zahlenreihen, daß im Vergleich zum Betriebsjahr 1950/51 in 1954/55 rund dreimal soviel "Weinbrand" erzeugt wurde und auch bei "Korn" eine erhebliche Ausweitung der Erzeugung stattgefunden hat, die freilich nur die Hälfte des Basisjahres beträgt.

Zieht man die Verbrauchs-Statistik zu Rate, so wird man feststellen, daß die Ausgaben für Brannt-

1) errechnet aus Stat.Berichten Arb.Nr. VII/66/4-6

wein und Liköre mit steigendem Einkommen in den niedrigen Einkommensstufen überproportional zunehmen. - In den Arbeitnehmerhaushalten der mittleren Verbrauchergruppe stieg der Aufwand für Branntwein und Liköre von DM 1,32 im Jahre 1950 auf DM 2,03 im Jahre 1954¹⁾.

Nachdem die Verkaufspreise für Konsum-Spirituosen im vorgenannten Zeitraum eher eine fallende, denn eine ansteigende Tendenz zeigten, bestätigen die erhöhten Verbraucher-Ausgaben die bereits nachgewiesene Abwanderung der Nachfrage zu den kostspieligeren Erzeugnissen.

Es ergibt sich, daß die Verbraucher nicht der Quantität des Alkohol-Genusses den Vorrang gegeben haben, sondern den Werberufen der sog. Markenartikel-Firmen gefolgt sind. Die Wertschätzung gerade dieser Erzeugnisse in den Verbraucherkreisen gründet sich zwar nicht immer auf ein Bedürfnis nach "Qualität" in strengem Sinn. Vielfach ist mit der Kaufabsicht das psychologisch verständliche Motiv verknüpft, einer gehobenen Käuferschicht angehören zu wollen.

Unabhängig von der bestehenden Abwanderung der Nachfrage zu den Edel-Branntweinen hin würde eine Verbilligung der Spirituosen, etwa infolge einer Branntweinsteuer-Senkung, zu einer Absatz-Ausweitung führen, und zwar deshalb, weil in einem solchen Fall die Bezieher kleinerer Einkommen ihren weit unter dem Durchschnitt liegenden Verbrauch für Branntwein oder Liköre mengenmäßig ausdehnen könnten²⁾.

1) siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik 1955, S. 501"

2) Während der Durchschnittsverbrauch an Branntwein und Likören im WiJahr 1951/52 je Haushalt bei Rentnern und Fürsorgeempfängern mit DM 6,72 angegeben ist, steigert sich der Verbrauch, je nach den Verbrauchs-Ausgaben: bis DM 1.750,-, bis DM 2.100,- und bei mehr als DM 3.600,-, von DM 1,22 über DM 4,63 auf DM 15,91. Quelle: Stat.Jahrbuch f.d.Bundesrepublik Deutschland, Seite 504 Pos.85: "Branntwein und Liköre".

Die Verkaufstätigkeit der Monopolverwaltung beschränkt sich keineswegs nur auf den Absatz von Prima-Sprit, sondern der Markt ist "geteilt" in einzelne Bedarfssparten. Um die innerhalb dieser Bereiche anfallende Nachfrage monopolistischen Grundsätzen entsprechend zu befriedigen, sind unterschiedliche Verkaufspreise festgelegt.

Einen Hinweis für den Bedarf innerhalb der einzelnen Sparten gibt die in Tabelle XV aufgezeigte Absatz-Statistik. Die Zahlen-Verhältnisse sind wertvoll für die Untersuchung des Zusammenhangs von Wettbewerbs-Gestaltung und Wirtschaft. Es ist hier zu fragen, ob die Wettbewerbs-Bindung des Monopols einen anderen Einfluß auf den Verbrauch des Rohstoffes Alkohol übt, als dieser unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gegeben sein würde.

Das Branntwein-Monopol vermag einen den marktwirtschaftlichen Tendenzen gegenläufigen Einfluß zu üben, weil Übernahme- und Verkaufspreise die Funktion als Mittler zwischen Erzeugung und Verbrauch eingebüßt haben und der Erzeugungsumfang durch Kontingentierung und Rohstoffbindungen künstlich gestaltet wird.

Die expansive Entwicklung des Absatzes von Sprit zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis bietet einen Beweis dafür an, daß die überhöhten Verkaufspreise den Absatz technischen Sprits lange Zeit hindurch gehemmt haben. Die gegenläufige Entwicklung von Produktion und Absatz in diesem Bereich beweist außerdem, daß die autoritäre Steuerung der Erzeugung bei den Monopolbrennereien die Herausbildung eines Produktionsgefüges begünstigt hat, welches nicht in der Lage ist, Änderungen des Bedarfes kurzfristig zu verarbeiten. Die sprunghafte Belebung der Nachfrage ist die Folge einer

marktmäßig angenäherten Preisfindung. In einem freien Wettbewerb hätte sich ein den Knappheitsverhältnissen entsprechender und den Substitutionsgütern des technischen Alkohols konkurrenzfähiger Preis eingespielt, wodurch gleichzeitig auch die fortlaufende Anpassung der Erzeugungsmenge an die veränderte Nachfrage bewirkt worden wäre.

Diese Veränderung der Nachfrage nach technischem Sprit in den zurückliegenden 20 Jahren ist ein ganz entscheidendes Datum für die Branntwein-Wirtschaft. Vergleicht man die in Tabelle XV dargestellte Entwicklung des Absatzes von Sprit zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis, so läßt sich feststellen, daß dieser Anteil am Gesamtabsatz vor dem Kriege noch weit gewichtiger war, als etwa in den zurückliegenden Betriebsjahren 1953/54 und 1954/55 (76 v.H. : 51 bzw. 53 v.H.).

Ein ganz wesentlicher Unterschied besteht allerdings hinsichtlich des Treibstoff-Branntweins, dessen Absatzanteil praktisch bedeutungslos geworden ist. Konnte die zwangsweise Belegung gerade dieser Absatzsparte in der Geschichte des Branntwein-Monopols "als letzter Ausweg zur Rettung vor dem drohenden finanziellen Zusammenbruch"¹⁾ tatsächlich von Bedeutung gewesen sein, so zeigt die Entwicklung der Gegenwart, daß nun gänzlich andere Bedingungen gelten. Die Treibstoff-Krise in Verbindung mit dem "Suez-Konflikt" kann als Bestätigung dafür dienen, daß die Versorgung der Bundesrepublik auch ohne Rückgriff auf den Treibstoff-Branntwein zumindest solange gewährleistet ist, als wir in einer Friedenswirtschaft leben und aus dem zwischenstaatlichen Gütertausch volkswirtschaftlichen Nutzen ziehen.

Zum Ausgleich des mangelnden Absatzes von Branntwein zu Treibstoff-Zwecken, sei es zur Beimischung

1) Herlemann, a.a.O., S.63.

oder zum unmittelbaren Gebrauch, benötigt die aufstrebende Industrie der Kunststoffe in steigendem Maße Alkohol als Rohstoff. Die Jahresproduktion dieses Industriezweiges wurde für 1956 auf 500.000 to veranschlagt¹⁾. Die Wachstumsrate bei "Polymerisationsprodukten" für "Kunstharze und plastische Massen" steigerte sich ab 1951 von Jahr zu Jahr. Es läßt sich zwischen den Jahren 1951 bis 1954 ein Produktionsmengen-Zuwachs von 10 %, 31 % und 43 % in der Reihenfolge dieser Jahre errechnen.²⁾

4) Gestörtes Gleichgewicht

Bestand für die Bundes-Monopolverwaltung bei Abschluß des Betriebsjahres 1951/52 ein Anlaß zu der Feststellung, die Bemühungen um den Abbau der Branntweinbestände durch Einsatz im Treibstoffsektor hätten nicht den gewünschten Erfolg gebracht, so kann mit Ablauf des Betriebsjahres 1955/56 von einem Ungleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch im Sinne einer "Spritschwemme" nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil! Bei einer anhaltenden Ausweitung des Absatzes von Sprit zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis in den kommenden fünf Jahren im Verhältnis zu der gleichen zurückliegenden Zeitspanne entstünde eine Verknappung, es sei denn, die Fehlmenge ließe sich durch eine vermehrte Anlieferung von Branntwein an die Monopolbrennereien oder aus Einfuhren ausgleichen.

Die Gegenüberstellung der vorhandenen Bestände, jeweils zum Schluß der Betriebsjahre 1951 und 1956, führt zu dem Ergebnis, daß 307.977 hl/W³⁾ mehr verbraucht als erzeugt wurden. Die hierdurch aus-

1) siehe auch DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr. 2/57, S.49;

2) Quelle: errechnet aus Tab. S. 220, Statistisches Jahrbuch 1955;

3) Bestand am 1.10.1951: 840.313 hl/W, 1.10.1956: 532.336 hl/W (vorl. Ergebnis).

gedrückte Bestandsverringerung wurde bewußt gefördert durch eine Kürzung der Jahresbrennrechte in den Betriebsjahren 1952/53 bis 1954/55, deren Wirksamkeit jedoch dadurch abgeschwächt wurde, daß den Melassebrennereien im Betriebsjahr 1951/52 die dreifache Auslastung der Brennrechte ermöglicht war und diese auch in 1952/53 von der Kürzung um 20 v.H. nicht betroffen wurden.

Für eine Schätzung des Spiritbedarfes in den kommenden fünf Jahren wird davon auszugehen sein, daß zunächst diejenige Absatzmenge, welche aus der Auflösung der Bestände herrührte, zusätzlich erzeugt werden muß. Darüber hinaus ist die Zuwachsrate des Verbrauchs an technischem Alkohol und an Primasprit in diese Berechnung mit einzubeziehen. Setzt man für eine solche Vorausschätzung die Zunahme des Absatzes in den zurückliegenden fünf Jahren = der voraussichtlichen Zunahme des Verbrauchs in den kommenden fünf Jahren, so ergibt sich eine Fehlmenge von etwa 600.000 hl/W¹⁾, d.h. es werden jährlich ca. 120.000 hl/W mehr als bisher bereitgestellt werden müssen.

Für die Abnehmer des Primasprits ist eine solche Erzeugungslücke nicht sehr bedenklich, weil die Monopolverwaltung bei der Festsetzung der Jahresbrennrechte und der Höhe des Überbrandabzuges produktionsregulierend wirken kann.

Die Versorgung der gewerblichen Wirtschaft mit technischem Alkohol läßt sich unter der Regie des Monopols bei der gegebenen Auslastung der vorhandenen Betriebseinrichtungen nicht so beweglich gestalten, wie das bei den Eigenbrennereien möglich ist.

1) Die Fehlmenge errechnet sich wie folgt:
307.977 hl/W (siehe Anm. 3, S. 130) + 247.074 hl/W
(vgl.Tab.XV "Vergällter-Spiritus 49/50 u.54/55")
+ 67.001 hl/W (vgl.Tab.XV "Trinkbranntwein"
49/50 u.54/55) = 622.052 hl/W.

Die bei den Eigenbrennereien vorhandenen Kapazitäts-Reserven lassen sich jedoch nicht ohne weiteres zur Überwindung einer eingetretenen Spiritus-Verknappung für den technischen Sektor heranziehen. Der Monopolverwaltung ist auferlegt: sie habe bei ihrer Aufgabe "alle zur Durchführung des Monopols erforderlichen Maßnahmen zu treffen nach kaufmännischen Grundsätzen zu verfahren"¹⁾.

Die Disposition von Kaufleuten wird sich nicht darauf beschränken dürfen, irgendwelche Erzeugnisse unter den Gestehungskosten oder den Einstandspreisen loszuschlagen, wenn sich die Möglichkeit einer Kostensenkung bzw. vorteilhafteren Einkaufes bietet. Gleiches soll hier grundsätzlich auch für die Monopolverwaltung gelten, wobei freilich einzuwenden ist, daß das Preisproblem gleichzeitig ein Mengenproblem ist, welches auf lange Sicht hin gelöst werden muß.

Die Aufgabe, eine bestehende Lücke zwischen Produktion und Verbrauch technischen Alkohols zu schließen, kann nur diejenigen Brennereien treffen, die zu den preisgünstigsten Bedingungen Alkohol anbieten können, und zwar ohne irgendwelche Rohstoff-Schwierigkeiten befürchten zu müssen.

Die Orientierung zum preisgünstigen Alkohol für den technischen Bedarf betrifft nicht nur den Absatz innerhalb der Bundesrepublik. Es ist zu beachten, daß sich hier auch für den Außenhandel eine besondere Problematik ergibt, weil Alkohol als Chemie-Rohstoff eine wichtige Rolle spielt. Möglichkeiten des Einsatzes bei der Herstellung von Buna, Kunststoffen, Lösungsmitteln, Lacken, bei Medikamenten und Körperpflegemitteln wurden bereits erwähnt.

1) § 5 BrMG.

Wird beachtet, daß der Ausfuhranteil der Chemie-Erzeugnisse dem Werte nach an dritter Stelle¹⁾ aller übrigen Warengruppen an der Gesamtausfuhr steht und der Ausfuhrüberschuß etwa doppelt so groß ist wie die Einfuhr, so gewinnt die Feststellung an Gewicht, die Freiswürdigkeit technischen Alkohols habe für den Außenhandel der Bundesrepublik eine erhebliche Bedeutung.

Dies gilt um so mehr, als auf dem Weltmarkt ein Preissturz bei Äthylalkohol zu verzeichnen ist, von dem die Monopolverwaltung in ihrem Geschäftsbericht 1951/52 berichtet²⁾. Es wird erwähnt, daß die angebahnte direkte Ausfuhr von Sprit zufolge dieses Preissturzes finanziell nicht mehr zu vertreten war. Aus diesem Grunde sind auch die Ausfuhrziffern in Tabelle XV für die Betriebsjahre 1951/52 bis 1953/54 ihrem Sinngehalt nach praktisch nur fiktive Werte, weil vorwiegend nur Tauschgeschäfte mit dem Ausland abgeschlossen wurden. Die Bundesmonopolverwaltung tauschte Branntwein, der aus Qualitätsgründen im Inland nicht abzusetzen war³⁾, gegen gängige Branntweinsorten ein. Im Geschäftsbericht für das Betriebsjahr 1953/54 wird das Austauschverhältnis mit 1,9 : 1 angegeben⁴⁾.

Der niedrige Weltmarktpreis für Äthylalkohol betrifft das Branntwein-Monopol auf doppelte Weise. Einmal wird die Direkt-Ausfuhr von Branntwein erschwert, und außerdem ist die Wettbewerbsfähigkeit der auf Alkoholbasis hergestellten Vor- und Enderzeugnisse gegenüber anderen ausländischen Anbietern vermindert, deren Hersteller oder Exporteure auf preisgünstigeren Alkohol zurückgreifen können.

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch f.d.Bundesrepublik 1955, S. 278, der Ausfuhranteil betrug 1954 12,3 v.H. der Gesamtausfuhr;

2) Bundestagsdrucksache Nr. 4263, S.17;

3) hierbei handelt es sich um abs.Alkohol u. Alkozol;

4) Bundestagsdrucksache, 2. Wahlperiode, Nr.1311,S.17.

Dieser Zustand wirkt auf die einheimischen Exporteure ähnlich wie ein Preis-Dumping, einer Politik, die sich das Spiritus-Kartell zunutze machte.

"Die Frage, dumping oder nicht dumping, war für das Spirituskartell keine Willensfrage, sondern eine Forderung, ein Gebot der Notwendigkeit."¹⁾ Obwohl die schädigende Wirkung einer solchen Politik für die weiterverarbeitenden Industrien feststand, wurde dieser Weg einer Schädigung der Interessen der ostdeutschen Landeskultur und Landwirtschaft vorgezogen.

Hier wird eine Parallele zu der auch gegenwärtig noch gültigen Politik der Branntweinwirtschaft durch das Monopol sichtbar.

§ 10 Die zurückliegende Epoche der Branntweinwirtschaft.

1) Das Spirituskartell.

Beide Institutionen, das Spirituskartell und das Branntwein-Monopol, wurzeln in einem durch Fiskalpolitik bereiteten Nährboden. Hierzu ist ausgeführt:²⁾

"Schon in der Liebesgabe lag ein Hinweis für die Brennereien, sich zu organisieren, um dadurch die Sicherheit zu gewinnen, daß die alten Betriebe unter allen Verhältnissen einen höheren Preis für Trinkspiritus hielten, als den durch den niedrigsten Steuersatz bedingten. Einige Jahre später³⁾ unternahm der Staat neue Schritte mit dem Ziel, die Steuerlast der größeren Betriebe zu erhöhen und die Produzenten gleichzeitig anzuregen, sowohl die Ausfuhr von Spiritus als auch den Verkauf von Spiritus in denaturiertem Zustand für technische und ähnliche Zwecke zu fördern. Hierdurch machte er in Wirklichkeit einen Zusammenschluß der Betriebe oder wenigstens eine Zusammenarbeit zwischen ihnen zur Notwendigkeit. Der Staat verzichtete nämlich gleichzeitig auf die Einnahme, die ihm aus der Zusatzsteuer der Brennereien erwuchs und benützte diese Beträge zur Ausbezahlung von Prämien

¹⁾ Briefs, a.a.O. S. 246;

²⁾ Sven Rögind, a.a.O., S. 14;

³⁾ eigene Anm.: Gesetz von 1895.

an diejenigen Produzenten, die Spiritus ausführen oder denaturieren. Dadurch erleichterte er den Export von deutschem Spiritus in das Ausland und den Absatz von denaturiertem Sprit. Auf diese Weise werden die Produzenten veranlaßt, die Preise für Spiritus, der in das Ausland geliefert und zu technischen Zwecken fabriziert wird, künstlich zu senken, und sie werden früher oder später im Verfolg dieser Politik dahin gelangen, die Preise für Trinkspiritus künstlich zu erhöhen."

Obwohl die Problematik der Branntweinwirtschaft über ein halbes Jahrhundert hindurch im wesentlichen gleich geblieben ist, so besteht doch ein Unterschied hinsichtlich der Form der Wettbewerbsbindung im Spirituskartell und dem Branntwein-Monopol. Dieser Unterschied ist organisatorisch, funktionell und strukturell bedingt.

Während das Branntwein-Monopol infolge der bestehenden Ablieferungspflicht einen zwangsweisen Zusammenschluß vieler Einzelwirtschaften darstellt, beruhte das Spiritus-Kartell auf freiwilliger Bindung der Interessenten, d.h. der Spritfabriken und Brennereien.¹⁾

Das Branntwein-Monopol repräsentiert als Staatsmonopol eine hoheitlich gefestigte wirtschaftliche Machtstellung, die um so mehr ausgeprägt ist, je stärker der finanzwirtschaftliche Einschlag des Monopols hervortritt (vgl. Seite 115).

Die als "Planwirtschaft unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten" charakterisierte Politik des Spiritus-Kartells erwies sich als ein "wirksamer Faktor zur Durchsetzung der vom Gesetzgeber verfolgten Ziele".²⁾ Die wirtschaftliche Machtstellung genügte zur Ausschaltung der freien Preisbildung an der Spiritusbörse, trotz der intern divergierenden Interessen der Brennereien und Spritfabriken, deren Vormachtstellung im Privatkartell

1) Innerhalb des Bestehens des I.Hauptvertrages waren 80 v.H. der deutschen Spirituserzeugung syndiziert. Quelle: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV.Aufl. BD XII, S. 713 ff.

2) Herlemann, a.a.O., S.15/16 Anm.1); Lotz, a.a.O.S.724

zwischen beiden Syndikatsperioden wechselte und ab 1908 zugunsten der Brenner verschoben war.

Der funktionelle Unterschied zwischen Spiritus-Kartell und Branntwein-Monopol besteht in der Gewichtsverlagerung des jeweils bevorzugten Wirtschaftszweckes: von der Rentabilitätssteigerung hinüber zu einer verstärkten Sicherung von Produktion und Absatz.

Als Beginn dieser Entwicklung kann die Einführung des "Durchschnittsbrandes" im Zuge der Branntweinsteuer-Reform von 1909 gelten. Die hierdurch bewirkte Produktionsmengen-Regulierung mit gesetzlichen Mitteln ist auch ein Beweis dafür, daß die überwiegend absatzorientierte Verbandspolitik des I.Hauptvertrages unzureichend war, die anfallenden Produktionsmengen zu steuern. Die Schwierigkeiten wurden durch ein Überangebot an Kartoffeln hervorgerufen, was schließlich zu hohen Branntwein-Beständen führte. Im Jahre 1902 erreichten die Verwertungs- und Verkaufspreise der Spiritus-Zentrale bei einem Bestand von über 1 Million hl/W ihren Tiefstand.¹⁾

Im Branntwein-Monopol-Gesetz ist der Rentabilitäts-gedanke durch den Begriff der "Selbstkostendeckung" ersetzt. Das ist ein grundsätzlicher und auch typischer Unterschied zwischen der noch privatwirtschaftlichen Zielsetzung des Kartells und der staatswirtschaftlichen Orientierung des Monopols.

Der staatliche Eingriff zur Anpassung der Produktionsmenge bewirkte Störungen innerhalb des Verbundsystems Landwirtschaft und Brennerei, weil die betriebseigene Ernte-Verwertung gefährdet war. Die Gefahr der Übererzeugung konnte trotzdem nicht gebannt werden, weil die landwirtschaftlichen Brennereien durch Erzeugung von Sprit im Überbrand einen Ausweg aus dieser Zwangslage suchten.

1) Herlemann, a.a.O., Tab. S. 56/57.

2) Die strukturellen Unterschiede zwischen Spiritus-Kartell und Branntwein-Monopol.

Die strukturellen Unterschiede zwischen Spiritus-Kartell und Branntwein-Monopol zeichneten sich jeweils nach den beiden Weltkriegen in veränderter Form ab. Führt die Knappheit an Agrarprodukten im Verlaufe des 1. Weltkrieges zur Herausbildung neuartiger Produktionsverfahren für Branntwein unter Verwendung anderer, bis dahin nicht zum Einsatz gelangter Rohstoffe und damit zu einer erheblichen Kapazitätsausweitung, so hinterließ der zweite Weltkrieg durch Gebietsverluste und die noch andauernde Spaltung Deutschlands eine in sich völlig veränderte Produktions-Struktur der Branntwein-Wirtschaft der Bundesrepublik.

Aber auch die Impulse, die der vergangene Weltkrieg über eine eilig vorangetriebene technische Forschung beispielsweise auch auf dem Gebiet der Rohstoff-Synthese geweckt hat, werden nun durch einen sinnvollen Einsatz der produktiven Kräfte in einer überwiegend vom Wettbewerb her gesteuerten Volkswirtschaft zum Nutzen aller Verbraucher wirksam.

Der Wandel von der Spritschwemme zu einer Verknappung bedeutet - unter sonst gleichbleibenden Bedingungen - nichts anderes als eine Verbesserung der Güterversorgung, und zwar deshalb, weil in erweitertem Umfang auch Alkohol als Rohstoff für eine vermehrte industrielle Produktion nachgefragt wurde.

Hier scheint sich ein Widerspruch aufzudrängen: Einerseits ist die verbesserte Güterversorgung der Bevölkerung als Funktion der Wettbewerbs-Wirtschaft erklärt, gleichzeitig übernimmt jedoch das Branntwein-Monopol, als eine dem Wettbewerbs-Modell

gegensätzliche Marktform, die Mittler-Rolle zwischen Erzeugung und Verbrauch! Bezweckt die monopolistische Marktform hier einen "wohlbegründeten und wohlberechneten Eingriff"¹⁾ zur Abhilfe einer bestehenden, akuten Notlage zur Förderung der übergewordnenen gesamtwirtschaftlichen Interessen - oder: wäre es denkbar, daß eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Branntwein-Wirtschaft eine optimale Versorgung der Bevölkerung mit Alkohol zu den verschiedenen Verbrauchszwecken gewährleistet, ohne die gesamtwirtschaftlichen Belange zu beeinträchtigen?

§ 11 Branntweinwirtschaft und Leistungswettbewerb.

Für die hypothetische Beurteilung des Verhaltens der westdeutschen Branntwein-Wirtschaft im Falle einer Liberalisierung bietet die Eigenschaft des Monopols - als Erhebungsform der Verbrauchssteuer zu dienen - ein Hindernis, weil das Aufkommen aus der Branntwein-Besteuerung in dieser Untersuchung als gegebenes Datum zu behandeln ist (vgl. Seite 59 ff.).

Die Rückwirkungen, die eine Umstellung beispielsweise auf das System der "Banderolen-Steuer" - ähnlich der Tabak-Besteuerung - hinsichtlich des Steuer-Aufkommens erbringen könnte, sind daher ebenfalls zu isolieren.

1) Liberalisierung der Branntweinwirtschaft.

Eine freie Preisbildung in der Branntwein-Wirtschaft würde die Beseitigung der den einzelnen Brennereiklassen vorbehaltenen Privilegien bedingen: Preis- und Absatz-Garantien, Brennrechte sowie Rohstoff-Bindungen aller Art wären aufzuheben, damit sich ein echter Wettbewerb entfalten kann.

1) Röpke: "Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?", ersch. 1950 b. W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart, S. 22.

Die Nachfrage-Seite des Marktes würde in einem ersten Stadium einflußreicher als bei Bestehen des Monopols. Es würde sich eine Differenzierung der Nachfrage nach bestimmten Branntweinsorten und -qualitäten ergeben mit der weiteren Folge, daß diejenigen Erzeuger vom Markte verdrängt würden, deren Produktionskosten höher sind als die Preise, die sich für die einzelnen Sorten allmählich herausbilden.

Eine solch verwendungs-bedingte Steuerung der Erzeugung würde jedoch - ohne Bezug auf die unterschiedlichen Kostenbedingungen der einzelnen Herstellergruppen - diejenigen Produzenten ausschalten, deren Branntwein-Erzeugung primär-rohstoffbedingt ist. Eine primär-rohstoffbedingte Produktion betreiben solche Betriebe, die im Rahmen der Ernteverwertung Branntwein erzeugen, diesen jedoch nicht weiterverarbeiten. Etwa 47 000 Abfindungsbrennereien und zahlreiche Obstbauernbetriebe, aber auch etwa 1 000 landwirtschaftliche Brennereien sind unter diesen Begriff einzuordnen. Von einer primär-rohstoffbedingten Produktion ist deshalb zu sprechen, weil es auch eine allgemein rohstoffbedingte Branntweinproduktion gibt, z.B. bei der Herstellung von Sulfit-Sprit durch den Einsatz von Sulfitablaugen.

Der Unterschied zwischen beiden Gruppen jedoch besteht darin, daß sich eine primär-rohstoffbedingte Alkoholproduktion bei gleichem Betriebszweck nicht auf eine andere Art der Branntweingewinnung umstellen läßt.

Die bisher allgemein rohstoffbedingte Produktion ließe sich dagegen nach Aufhebung der Erzeugungs- und Rohstoffbindungen besser als bisher den jeweils gegebenen betrieblichen Eigenarten angleichen. Ein Beispiel mag hier genügen:

Es ist die Möglichkeit gemeinsamer Verarbeitung von Sulfitablaugen und Melasse, die zu einer beträchtlichen Kostensenkung durch Ersparnis an Wärme-Energie führt.

Eine Unbekannte bildet das Verhalten der Verbraucher gegenüber dem nun auch für Trinkzwecke greifbaren Alkohol aus Sulfitablaugen- und Synthesebrennereien. Die Abneigung, die tatsächlich gegenüber den Spirituosen dieses Ursprungs besteht, scheint jedoch, soweit hier gesundheitliche Bedenken maßgeblich sind, eher psychologisch bedingt, als sachlich gerechtfertigt.

Eine schwedische Veröffentlichung führt zu den Eigenschaften des Zellulose-Sprits folgendes aus:

"Es gibt keinen Unterschied in Bezug auf Eigenschaft oder Wirkung, der auf das Ursprungsmaterial bei der Herstellung zurückzuführen ist. Der für den Genuß und für medizinische Zwecke zur Verfügung gestellte Zellulose-sprit ist vollkommen gleichwertig dem Sprit, der aus Kartoffeln oder anderen Futtermitteln hergestellt worden ist."¹⁾

Wenn bei der gegenwärtig gültigen Höhe der Steuerbelastung für Trinkbranntwein eine, etwa aus Rationalisierungserfolgen ermöglichte, geringfügige Senkung des Warenpreises wohl kaum eine Belebung der Nachfrage erbringen würde, so besteht zwischen den Herstell-Kosten von Kartoffel- und Sulfit-Branntwein ein nennenswerter Unterschied, der immerhin etwa 10 v.H. des Branntweinsteuer-Satzes beträgt²⁾. Die Einbeziehung des Zellulose-Sprits in den Trinkbranntwein-Markt würde daher gleich einer 10%igen Senkung der Branntwein-Steuer wirken, und zwar zugunsten der Bezieher kleinerer

-
- 1) "Sanningen om cellulosesockerspriten" 1945, Quelle: Herlemann "Branntweinpolitik und Landwirtschaft, S. 100/101;
 - 2) Die Ø-Übernahmepreise betragen in 1954/55: Preisgruppe A I f. Branntwein aus Kartoffeln DM 169,49 und Preisgruppe B I f. Branntwein aus Sulfitablaugen DM 68,74, Quelle: Gesch.Ber.

Einkommen¹⁾. (Vgl. Seite 127)

Die im Verhältnis zum Trinkbranntwein-Verbrauch weit elastischere Nachfrage technischen Alkohols würde bei Wegfall des Monopols eine grundlegende Umschichtung der Branntwein-Erzeugung auslösen, weil nun die Möglichkeit besteht, den nach Herkunft, Qualität und Preis für bestimmte Zwecke benötigten Alkohol selbst zu wählen oder zu erzeugen.

Es würde ein Wettbewerb zwischen den Herstellern einsetzen, welcher über eine Rationalisierung des Betriebsablaufes - etwa durch produktionstechnische Verbesserungen, geänderten Rohstoff-Einsatz oder durch Annäherung der Ausbringung an den optimalen Beschäftigungsgrad - zu einer Verbesserung der Erzeugung und damit zur Kostensenkung führt.

Volkswirtschaftlich gesehen könnte dieser Vorgang einer preisbezogenen Änderung bisheriger Mengenkombinationen der Produktions-Elemente eine Produktivitätssteigerung bedeuten, wenn sich tatsächlich der Modellfall "vollständiger Konkurrenz" verwirklichen ließe.

Zweifellos würde eine freie Preisbildung auch in der Branntwein-Wirtschaft einen verstärkten Druck auf die beteiligten Unternehmer auslösen, altgewohnte Herstellungs-Methoden zu verbessern. Ansatzpunkte für eine praktische Durchführung solcher Rationalisierungs-Vorhaben bestehen jedoch nicht für alle Betriebs-Arten in gleicher Weise (vgl. Seite 86ff). Vernachlässigen wir für eine solche Betrachtung einmal die Rohstoff- und Kapitalkosten zugunsten eines anderen Aufwand-Postens: des Energie-Bedarfes.

1) siehe Schweden als Beispiel: Sulfit-Sprit-Verbrauch ging nach Überwindung der Kriegs- und Mangelzeiten von 74 % auf 16,1 % zurück.

In der Preiskalkulation für Kornbrennereien¹⁾ im Betriebsjahr 1954/55 sind die Kosten für Brennstoffe und Energie mit DM 14,77 je hl/W ermittelt, das entspricht etwa 22 % der Fertigungskosten²⁾. Man kann für die Erzeugung eines hl/W in Kartoffel- und Kornbrennereien auch einen Dampf-Verbrauch von etwa 1 to veranschlagen, während sich bei der Branntwein-Erzeugung von Sulfitablaugen ein wesentlich höherer Dampfverbrauch von ca. 1,7 to ergibt³⁾.

Untersuchungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit verschiedener Feuerungsanlagen zeigen, daß bei Planrostfeuerungen mit einer stündlichen Leistung bis zu 5 to Dampf der Wirkungsgrad zwischen 50 und 65 % beträgt, während bei Staubfeuerungen - bei einer Stundenleistung bis zu 150 to Dampf - ein Wirkungsgrad von 90 % erzielt wird.⁴⁾ Daraus folgt, daß bei steigendem Dampfverbrauch in entsprechenden Betriebsgrößen die Gestehungskosten allein über eine Rationalisierung des Energie-Einsatzes ganz erheblich gesenkt werden können.

Die Möglichkeiten kostensparenden Energie-Einsatzes erschöpfen sich nicht nur in der Auswahl einer zweckmäßigen Heizungseinrichtung, sondern in einer Verbindung von Kraft- und Wärme-Erzeugung liegen weitere Reserven, die auch einer Rationalisierung der Branntwein-Erzeugung dienstbar gemacht werden können. Bis zur Elektrifizierung der Vielzahl, darunter auch kleinerer Brennereien, war diese Verbindung von Wärme- und Krafterzeugung durch die vorhandenen Dampfmaschinen gegeben, deren Dimensionierung oft freilich in keinem Verhältnis zu der benötigten Energie und anfallender Abdampf-

1) Quelle: "Brennerei-Kalender 1955", Herausgeber: Dr.M.Beck, Dortmund, S. 182/183;

2) Fertigungskosten einschl. Kalkulatorischer-Kosten;

3) Dietrich: a.a.O., S. 680;

4) "Wirkungsgrad" im wärmetechnischen Sinn ist das Verhältnis von nutzbar gemachter Wärme zu aufgewendeter Wärme, ausgedrückt in v.H. des Wärme-Aufwandes. Quelle: Gumz-Regul DIE KOHLE, S.220 ff.

mengen stand. Heute geschieht eine wirtschaftliche Wärme- und Kraft-Koppelung nicht mehr mittels alternativer Dampfmotoren, sondern mit einem verhältnismäßig geringen Mehraufwand an Brennstoff erhält der Dampf einen höheren Druck und höhere Temperatur. Dadurch wird es möglich, zunächst mechanische Energie über Heißluft-Turbinen abzugeben, bevor die Wärme-Energie ausgenutzt wird.

Der derzeit realisierbare Wirkungsgrad gleichzeitiger Wärme- und Energie-Erzeugung bei Industriekraftwerken wird mit 40 % angegeben, im Vergleich zu dem Wirkungsgrad bei Wärme-Kraftwerken, welcher im Jahre 1951 etwa 20 % betragen hat.¹⁾

Nun ist es technisch bedingt, daß eine solche Wärme-Kraft-Erzeugung einen umfangreichen Energie-Bedarf voraussetzt, wie dieser etwa bei städtischen Fernheizwerken, aber auch in der chemischen Großindustrie oder bei der Zellstoff- und Papier-Industrie bzw. der Zucker-Industrie gegeben ist. Betriebswirtschaftlich wesentlich ist hierbei die gegenseitige Abstimmung von Kraft- und Wärme-Bedarf, wegen der organisatorischen Schwierigkeiten, welche bestehen, wenn eine überschüssige Erzeugung elektrischer Energie anderen Verbrauchern zugeführt werden soll.

Für die Zellstoff-Fabriken, die Hersteller synthetischen Sprits, die in großtechnischer Verbundwirtschaft Alkohol erzeugen werden, aber auch für diejenigen Zuckerfabriken, welche ihre Melasse-Rückstände nun selbst zu Spirit verarbeiten wollen, bieten sich schon aus energiewirtschaftlichen Gründen Ansatzpunkte zur Kosten-Einsparung, die für Kartoffel- und Kornbrennereien in dieser Form nicht bestehen. Hinzu kommt, daß die begrenzt verfügbaren

1) "Wirkungsgrad" der Energie-Umwandlung ist das Verhältnis des Ausbringens an nutzbarer Energie zu der dem Prozeß zugeführten Roh-Energie in v.H., Quelle: Gumz-Regul: DIE KOHLE.

agrarisches Ausgangsstoffe die Herausbildung einer allgemein großbetrieblichen Struktur bei den Kartoffel- oder Kornbrennereien erschweren, zumal die Kalkulation des Agrarspirits wegen der relativ hohen Rohstoff-Kosten ohnehin vorbelastet ist. Eine begründete Aussicht, den gegenüber den "Großbetrieben" vorhandenen Wettbewerbs-Vorsprung zu verringern, eröffnet das noch entwicklungsreiche Gebiet künftiger Schlempe-Veredelung.

Hierzu findet sich an anderer Stelle folgender Beitrag:

"Wenn sich auch noch keine einwandfreien endgültigen Aussagen über den richtigen Wert der Schlempe machen lassen, so bietet doch der derzeitige Erkenntnisstand schon genügend Anhaltspunkte, um in der Schlempe nicht nur ein eiweißreiches Futtermittel, sondern darüber hinaus ein hochwertiges Zusatzmittel zur Vervollständigung nicht voll ausgeglichener Futter-Rationen und zur Einsparung von tierischem Eiweiß zu sehen, wobei ein Unterschied zwischen dem APF-Komplex antibiotischer Herkunft und dem aus der Schlempe oder aus der Fischmehlproduktion gemacht werden muß. Zu den in der Schlempe bekannten Vitaminen Thiamin, Niacin, Folsäure, Pantothen säure, Pyridoxin, Riboflavin und B₁₂ ist neuerdings das Vitamin B₁₂ hinzugegetreten, das auf das Wachstum von Vieh einen beschleunigenden Einfluß auszuüben vermag."¹⁾

Die wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiete, welche eine praktische Verwertung der gewonnenen Erkenntnisse allen landwirtschaftlichen Betrieben zugänglich machen soll, ist noch in Fluß, so daß die weitere Entwicklung abgewartet werden muß.

Der gestaltende Einfluß der modernen Technik auf die heutige Wirtschaft bewirkt, daß die volkswirtschaftlich wünschenswerte Rationalisierung vielfach zu gleichzeitiger Intensivierung, d.h. zu einer Beschleunigung und Erweiterung des Betriebs-

¹⁾ Dietrich: Aufs. "Rohstoffbasis und Preisentwicklung in der westdeutschen Branntweinwirtschaft", CHEMIKER-ZEITUNG 1954, Heft Nr. 20, S. 680.

ablaufes führt. Die Gefahr zu schnellen Wachstums der Produktion und eines möglichen Zurückbleibens der Nachfrage ziehen eine volkswirtschaftlich richtig verstandene Rationalisierung in Zweifel. Soll der Einsatz von Arbeit, Boden und Kapital so geschehen, daß eine allgemeine Senkung der Kosten bei günstigster Ausnutzung vorhandener Betriebskapazitäten erreicht wird, so bewirken mangels entsprechender Nachfrage brachliegende Erzeugungskapazitäten das Gegenteil, d.h. eine zumindest zeitweilige Verschwendung von Produktivkräften.

Der volkswirtschaftliche Verlust ergibt sich aber nicht nur aus den Folgen nunmehr geschaffener Überkapazität, sondern die Liberalisierung der Branntweinwirtschaft nötigt der Volkswirtschaft als weiteres Opfer die Existenz der Mehrzahl der Klein- und Mittelbetriebe ab, denen der hereinbrechende Preisdruck keinen Spielraum mehr für eine Anpassung gibt.

Zwischen der primär-rohstoffbedingten Erzeugung "teueren" Branntweins aus den Eigenbrennereien¹⁾ und der Nachfrage nach Trinkbranntwein besteht ein Ungleichgewicht, wie folgende Zahlenübersicht zeigt:

Tabelle XXVIII

Erzeugung und Absatz von Trinkbranntwein²⁾
=====

Betriebsjahr	Erzeugung	Absatz	Unterschied
1951/52	580.138	505.491	74.647
1952/53	561.366	510.987	50.379
1953/54	607.234	555.745	51.489
1954/55	645.278	589.656	55.622

1) ex definitione: ausschl. Melasse-Brennereien

2) Quelle: Statistische Berichte Arb.Nr.VII/66/4-6.

Folgen des Liberalisierungsversuches.

Im Falle einer Liberalisierung würde sich dieses Ungleichgewicht weiter verschärfen, weil zumindest der im Dickmaisch-Verfahren hergestellte Melasse-Branntwein¹⁾, aber auch der Sulfit- und Synthesesprit um einen entsprechenden Anteil auf dem Trinkbranntwein-Markt bemüht sein werden. Aus der gewonnenen Erkenntnis heraus, daß bei gegebener Nachfrage eine Produktionsausweitung kostenmäßig bevorzugter Erzeugungssparten nur zu Lasten der Restproduktion geschehen kann, muß hier gesagt werden, daß eine Liberalisierung der Trinkbranntwein-Wirtschaft tatsächlich zum Erliegen der Mehrzahl bisher Trinksprit erzeugender Brennereien führen wird.

Der Einwand: zumindest diejenigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien, die ihre eigene Erzeugung bisher ganz oder teilweise zu trinkfertigen Spirituosen weiterverarbeitet hätten, könnten ihre Lebensfähigkeit erhalten, dringt nur teilweise durch. Es ist hier zu bedenken, daß angesichts der Übersetzung des Trinkbranntwein-Gewerbes, wie in Tabelle XXIIIC gezeigt wurde, der überwiegende Erzeugungsanteil der landwirtschaftlichen Brennereien gewerblichen Charakters²⁾ und der gewerblichen Brennereien bisher an die Monopolverwaltung abgeliefert wurde. Dieser Umstand kann als Zeichen dafür dienen, daß für die fraglichen Brennereien eben keine erweiterten Absatzmöglichkeiten bestanden und sie deshalb gezwungen waren, die überschüssige Erzeugung der Monopolverwaltung anzubieten. Die Beschäftigung dieser Betriebe würde bei uneingeschränktem Wettbewerb nicht

1) infolge seiner stofflichen Beschaffenheit ist der Melasse-Branntwein geeignet, eine zentrale Stellung auf dem liberalisierten Branntwein-Markt einzunehmen.

2) vgl. Seite 91.

nur dem Umfang der Differenz zwischen Brennrecht und ablieferungsfreien Produktionsanteilen nach abnehmen; eine durch die notwendige Einschränkung der Erzeugung verursachte Verteuerung der Stückkosten führt zu weiterer Absatzschrumpfung und schließlich zum Zusammenbruch. Umgekehrt werden diejenigen Unternehmen, die bereits zu Bestehen des Branntwein-Monopols - etwa kraft ihres Reklame-Aufwandes - ein Meinungsmonopol für ihre Erzeugnisse beanspruchen konnten, nun zur aktiven Monopolpolitik übergehen.

Es handelt sich hierbei u.a. um diejenige zahlenmäßige Minderheit von Herstellerbetrieben mit gleichzeitiger Verarbeitung, deren Eigenbrennrechte zur Befriedung eines speziellen Bedarfes nicht hinreichen.

Es ist sicher, daß diese 600 Betriebe, die entsprechend der Größenordnung ihrer Bezüge nicht nur Hauptkunden der Monopolverwaltung sind, weil sie an deren Absatz zu zwei Dritteln teilhaben, sondern die auch den gesamten Spirituosenbedarf der Bundesrepublik zur Hälfte decken, ihre Existenz auch in einer Wettbewerbswirtschaft behaupten können. Sie werden den benötigten Branntwein dann entweder selbst erzeugen oder langfristige Lieferungs- oder Pachtverträge mit bestehenden Brennereien abschließen, die deren wirtschaftliche Selbständigkeit praktisch aufheben. Es ist wahrscheinlich, daß sich bei einer solchen Konzentrationstendenz Preise herausbilden und Geschäftsbedingungen entstehen, die nicht möglich wären, wenn vollständige Konkurrenz herrschte. Im Zuge solchen Wettlaufs um den Markt-Anteil werden einzelne Hersteller von Markenspirituosen dazu verleitet: die Konkurrenz etwa dadurch zu unterbieten, daß sie gewisse Standard-Erzeugnisse unter den Gestehungskosten absetzen. Das ist möglich, weil der eintre-

tende Verlust durch Gewinne aus bestehenden Meinungsmonopolen kompensiert werden kann. Außerdem werden die Betriebe durch eine Ausweitung der Produktion möglicherweise in die Lage versetzt, ihre Grenzkosten vorteilhaft zu beeinflussen.

In diesem Folge-Stadium der Liberalisierung der Spritwirtschaft würde sich im Bereich der Produktion und Verarbeitung von Trinkbranntwein bzw. Spirituosen eine oligopolistisch geprägte Marktorganisation herausbilden. Damit wäre der anfängliche Zustand einer nachfrage-gesteuerten Branntweinwirtschaft auf dem Trinkbranntwein-Markt überwunden. Die weitere Entwicklung würde voraussichtlich zu Kartell-Absprachen unter den noch verbliebenen Unternehmern führen, weil sich in dieser Form möglicherweise vorhandene Überkapazitäten erfolgreich neutralisieren lassen, ohne weitere ruinöse Konkurrenz zu wecken.

Der Umfang des künftigen Markt-Anteils von Sulfit- oder Melassesprit bedingt das Ausmaß dieser, der Marktteilung ähnlichen Kalkulationspolitik. Für die zu erwartende Verhärtung des Marktes ist es gleichgültig, in welcher Weise sich eine stetige Verringerung des Marktanteiles der mittelständischen Brennereien vollzieht: ob Sulfit- oder Synthesesprit einen maßgeblichen Anteil des Trinkbranntwein-Marktes erlangen bzw. einige Großbetriebe darangehen, ihre Produktion mittels Kostensenkung oder monopolistischer Preispolitik zu vervielfachen.

Infolge der mengenmäßig starren Nachfrage nach Trinksprit werden die Agrarstoffe verarbeitenden Eigenbrennereien in ihrer bestehenden Struktur durch den Wettbewerb verdrängt; die Betriebe müssen stillgelegt werden und die technischen Einrichtungen verfallen.

3) Freie Konkurrenz - freiwillige Demontage.

Eine Aussicht, das in Form bestehender Betriebs-einrichtungen vorhandene volkswirtschaftliche Realkapital wenigstens teilweise zu nutzen und dadurch zu erhalten, läßt eine Umstellung dieser Anlagen auf einen anderen Betriebszweck offen. Vom betriebstechnischen Standpunkt könnte eine solche Umstellung beispielsweise zur Kartoffel-trocknung oder Stärke-Fabrikation durchgeführt werden, weil es sich hier um einen der Kartoffel-sprit-Erzeugung verwandten Betriebszweig handelt, d.h. auf diese Weise auch die sog. Kartoffelfrage einer Lösung nähergebracht würde (vgl. Seite 102).

Wenn aber in Betracht gezogen wird, daß die mit großen Zuschüssen des Reiches kurz vor dem zweiten Weltkrieg erbauten Kartoffelflocken-Fabriken seit 1945 kaum zu einem Viertel ihrer Kapazität ausgelastet sind, so verschlechtern sich damit auch gleichzeitig die Aussichten gewinnbringender Verwertung vormaliger Brennerei-Einrichtungen auf diesem Gebiet.

Die Ursache für das Brachliegen solcher Kapazi-täten besteht nun nicht etwa darin, daß heute we-niger Kartoffeln angebaut oder geerntet werden, als vor dem Kriege. Die derzeit relativ günstigen Bedingungen für die Schweinemast machen die Verwertung eines Teiles der Kartoffel-Ernten über den Schweinemagen betriebswirtschaftlich rentabler als die Anlieferung zu den Stärkefabriken. Diese Art der Kartoffel-Veredelung ist auch volkswirt-schaftlich sinnvoll, weil die erhöhte Schweinemast der Landwirtschaft einen erheblichen Zusatz-Gewinn erbringt und daher die Arbeitsproduktivität in einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben gesteigert werden kann. Eine planmäßige betriebseigene

Verwertung schlecht absetzbarer Kartoffel-Überschüsse ist eine Art von Selbsthilfe-Politik der Landwirtschaft. Sie erspart dem Staat Subventionen, die aus Stützungskäufen notwendig werden, aber auch an die Stärke-Industrie gegeben werden.¹⁾

Trotzdem steht nach einer mehrjährigen Marktbeobachtung und Marktanalyse²⁾ außer Zweifel, daß einer leistungsfähigen Verarbeitungs-Industrie die marktentscheidende Bedeutung zukommt, Angebots-Spitzen des Kartoffel-Marktes aufzunehmen, um auf solche Weise Marktzusammenbrüche zu verhindern. Nachdem die Kosten für das Trocknen von Kartoffeln die Konkurrenz der Trockenware mit anderen Futtermitteln erschweren, werden industrielle Kartoffel-Verarbeitungsbetriebe, die von den Kartoffel-Brennereien erfolgreich bewirkte Marktstabilisierung nicht in gleichem Umfang gewährleisten können.

Die Erzeugung technischen Branntweins, die überwiegend den Monopolbrennereien zukommt, zeigt eine Marktform, in der wenige Anbieter von Branntwein ziemlich gleichmäßiger Beschaffenheit einer zahlenmäßig vielfachen Nachfrage gegenüberstehen. Diese Zersplitterung der Nachfrage und die Konzentration des Angebotes werden nicht verhindern, daß die Konkurrenz unter den Herstellern eine Senkung der Gestehungskosten durch Verbesserung und Ausdehnung der Erzeugung herbeiführt. Aber es besteht keine Gewißheit dafür, daß die Verkaufspreise in gleichem Umfang zu der Verminderung der Selbstkosten gehandhabt werden, um auf solche Weise die auf diesem Markte gegebene elastische Nachfrage weiterhin anzuregen.

1) siehe auch: DEUTSCHE ZEITUNG v.8.2.56, Aufsatz: "Steuergelder für Stärkeproduzenten". Die Subventionen sind mit 4,4 Mill.DM beziffert.

2) siehe auch Diplomarbeit Eltz, Weihenstephan, v. 31.5.1954.

Ein einzelner Produzent, der in Verfolg seines Zieles nach einer Kostensenkung den Entschluß faßt, jährlich beispielsweise 200.000 hl/W¹⁾ herzustellen, ist dadurch imstande, den Preis technischen Alkohols mittels der von ihm erzeugten Produktionsmenge zu beeinflussen.

Es kommt nun darauf an, wie sich die übrigen 25 Monopol-Brennereien bei einer solchen Veränderung der Marktlage verhalten. Wahrscheinlich werden einzelne oder alle übrigen Unternehmer in dem Bemühen, die Markt-Beeinflussung des Konkurrenten abzuschwächen oder aufzuheben, untereinander Vereinbarungen treffen, die Kartell-Absprachen gleichzusetzen sind. Die Vermachtung des Marktes - als notwendige Folge des ruinösen Wettbewerbs - bedeutet volkswirtschaftlich nichts anderes, als eine freiwillige Demontage der klein- und mittelbetrieblichen Struktur der Branntwein-Wirtschaft, weil ein Großteil der nun untergrenzproduktiv wirtschaftenden Anbieter nicht mehr marktfähig ist.

Der Gedanke einer möglichen Beseitigung des Monopols ist außerdem mit der Frage verbunden, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die aus dem Wettbewerb verdrängten Brennereien entschädigt werden können.

Eine Anspruchsnorm für eine solche Entschädigung bietet das Brenn-"Recht". Der Begriff ist umstritten! Während von der abgabe-rechtlichen Seite das Brennrecht häufig lediglich als eine "steuerliche Begünstigung oder Bevorzugung"²⁾ angesprochen wird, darf doch nicht verkannt werden, daß dieses "erhebliche Vermögensvorteile"³⁾ sichert und daher auch den Charakter eines privaten Vermögensrechtes trägt.

1) das entspricht der 10-15fachen Menge der Ø-Erzeugung der Monopolbrennereien (vgl.Tab.IV);

2) u. 3) vgl. auch Hengst: "Das Brennrecht", S. 26, Anm. 28/29.

Der Verkehrswert für Brennrechte ist zwar heute durch die hemmenden Vorschriften für deren Übertragbarkeit nicht mehr so hoch wie ehemals, jedoch veranlassen die Finanzbehörden die Brennrechte zur Vermögenssteuer mit einem Wert von DM 20,- hl/Brennrecht. Nach neueren Richtlinien¹⁾ werden bei der Feststellung der Einheitswerte die gewerblichen Kornbrennrechte sogar mit DM 40,- hl/Brennrecht bewertet.

Unter den gegebenen Umständen und nach rechtsstaatlichen Ordnungsprinzipien ist die Frage der Entschädigungslleistung im Falle einer generellen Beseitigung der Brennrechte voraussichtlich zu bejahen. Der Ablösungsaufwand für die vorhandenen Brennrechte würde rund 34 Millionen DM²⁾ erfordern. Hinzu kämen die Kosten einer angemessenen Ersatzleistung für die vorhandenen technischen Einrichtungen, die in einem solchen Falle für die stillgelegten Betriebe keinen Gebrauchswert mehr besitzen und denen nun bestenfalls noch zu Bruchteilen ein beschränkter Verkehrswert zugerechnet werden kann. Legt man die Einrichtungskosten einer mittleren Brennerei vor dem 2. Weltkrieg mit etwa 40 bis 60.000 RM für eine Durchschnitts-Bewertung zugrunde, so wird eine solche Schätzung wohl den heute geltenden Zeitwert annähernd treffen. Daraus ließe sich der Entschädigungsaufwand ableiten, der etwa 85 Millionen DM betragen würde.

In den beiden vorstehenden Ziffern drückt sich wohl ein volkswirtschaftlicher Aufwand aus, weil die Ersatzleistungen in Geld von der Masse der Steuerzahler aufzubringen sind und zunächst erarbeitet werden müssen. Ein solches Rechenexempel genügt jedoch nicht, um den volkswirtschaftlichen

1) OFD-Münster, v.3.1.53;

2) am 30.9.55 waren 855.190 hl/Brennrechte vorhanden, Stat.-Berichte, Arb.Nr.VII/66/6.

Verlust zu demonstrieren. Es sind eine Reihe von sozialwirtschaftlichen Kosten zu berücksichtigen, die sich nicht rechnerisch ermitteln lassen. So fordern die bei Betriebsverbesserungen einsetzenden Investitionen der Gesamtwirtschaft Produktionsfaktoren ab, die möglicherweise andernorts besser genutzt werden könnten, weil die vorhandene technische Kapazität zur Deckung des Bedarfes hinreicht und solche Investitionen vom ausschließ-lich quantitativen Standpunkt aus nicht erforderlich sind. Qualitativ betrachtet wird jedoch die Modernisierung der Produktion langfristig zu volkswirtschaftlicher Kosteneinsparung führen und daher den volkswirtschaftlichen Aufwand in dem Maße rechtfertigen, als die sozialwirtschaftlichen Folgen in ihrer ganzen Gewichtung hinter dem erzielten volkswirtschaftlichen Nutzen zurückstehen.

Die wirtschaftliche Katastrophe, die ein uneingeschränkter Wettbewerb auslöst, läßt sich jedoch nicht beziffern. Wie soll der Existenzgefährdung der mehr als 40 000 Betriebe zählenden Abfindungsbrennereien begegnet werden? Der errechnete Abfindungsbetrag von DM 1.400,- für eine 10 hl-Brennerei würde wohl kaum hinreichen, diesen Betrieben in anderer Form ein Auskommen zu sichern. Auch der Vorschlag, durch Verminderung des "Schnapswaldes" - nach schweizerischem Vorbild - statt Auslese- und Abfall-Verwertung zu betreiben, nunmehr "Edelobst-Kulturen" anzulegen, ist nicht auf deutsche Verhältnisse abgestimmt. Die an Korn- oder Kartoffelbrennereien in der Größenordnung von 500 hl/Brennrecht zu zahlende Entschädigungssumme von etwa DM 70.000,- wird ebenso nicht die betriebswirtschaftlichen Nachteile kompensieren, die sich aus der Beseitigung der engen Verflechtung von Landwirtschaft und Brennerei für alle Zukunft ergeben.

Das Fehlen der Schlempe nötigt den Betrieben eine Einschränkung des bisherigen Viehbesetzes auf, und besonders die Landwirtschaften vormaliger Brenne-reien, die geringwertige Bodenklassen zu bewirt-schaften haben, werden keinen Ersatz für die feh-lenden Naturdünger-Gaben erhalten können. Auch die volkswirtschaftlichen Folgen sind eindeutig: stetig schwindende Arbeits- und Flächenproduktivität und auch ernährungswirtschaftlich schwindende Leistungs-kraft der betroffenen Betriebe.

Da sich hier schwerwiegende volkswirtschaftliche Bedenken aufdrängen, die einer unbeschränkten Li-beralisierung der Branntweinwirtschaft entgegen- stehen, sei nochmals auf den bereits an anderer Stelle herausgearbeiteten Mangel der Monopolwirt-schaft verwiesen¹⁾. Es wurde gezeigt, daß die Ver-lustgeschäfte der Monopolverwaltung innerhalb we-niger Jahre beinahe den selben Umfang der erfor-derlichen Entschädigungen erreichen können, die bei einer Beseitigung des Monopols voraussichtlich gezahlt werden müssen.

Ist die Verlustpreis-Verkaufs-Tendenz bei der heu-te gegebenen Produktions- und Absatz-Struktur der Branntwein-Wirtschaft ein beredtes Zeichen dafür, daß das Branntwein-Monopol bei steigendem Bedarf technischen Sprits den volkswirtschaftlichen An-forderungen nicht mehr genügen kann, so erweisen sich Bestrebungen nach einer völligen Liberalisie-rung gleichermaßen fragwürdig unter dem Gesichts-punkt:

der Förderung und Erhaltung wirtschaftlicher
Prosperität und eines sozialwirtschaftlichen
Gleichgewichts.

1) vgl. Seite 122.

D R I T T E R A B S C H N I T T

Wirtschaftliche Prosperität und sozialwirt-
=====
schaftliches Gleichgewicht.
=====

§ 12 Der volkswirtschaftliche Aufwand.

1) Fehlleitung von Produktionselementen.

Die wirtschaftspolitische Verfassung des Branntwein-Monopols nötigt den beteiligten Einzelwirtschaften eine Vielzahl von Beschränkungen wirtschaftlicher Leistungs- und Entscheidungsfreiheit auf. Der hierin enthaltene Verzicht freier Auswahl und freien Einsatzes von Produktionsfaktoren bedeutet volkswirtschaftlich eine bedingte Aufgabe der "Produktivität der Freiheit". So ist es beispielsweise sämtlichen Eigenbrennereien verwehrt, Rohstoffe zu verarbeiten, aus welchen Branntwein vor dem 1.10.1914 nicht gewonnen wurde¹⁾.

Die praktische Auswirkung dieser Bestimmung besteht darin, daß Sulfitablaugen zusammen mit Melasse weder von den Monopolbrennereien noch von den Eigenbrennereien verarbeitet werden dürfen, obwohl dies produktionstechnisch gesehen äußerst zweckdienlich wäre. Die Anreicherung des in nur 3%iger Lösung enthaltenen Holzzuckers der Sulfitablaugen mit Melasse verringert nämlich den für einen Abtrieb benötigten Energieaufwand ganz erheblich und hilft auf diese Weise betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich Kosten sparen. Sämtliche Eigenbrennereien, aber auch die Monopolbrennereien, sind nicht nur hinsichtlich des Erzeugungsumfanges an ein bestimmtes Maß gehalten²⁾;

1) § 21 BrMG;

2) § 22/30 BrMG.

auch die Art der Branntwein-Erzeugung ist über die vorgenannte Rohstoffbindung dadurch bestimmt, als der Übergang von einer zur anderen Brennereiklasse mit dem Verlust des Brennrechts bedroht ist¹⁾. Obwohl die Errichtung und der Betrieb einer Brennerei jedermann gestattet ist²⁾, wurde gezeigt, daß gerade die Brennrechte insofern gewichtige Bedeutung erlangen, weil außerhalb des Brennrechts hergestellter Branntwein zwar ebenso in die Ablieferungspflicht bzw. in die Übernahme-Garantie des Branntwein-Monopols mit einbezogen ist, jedoch einem prohibitiv wirkenden Überbrandabzug unterliegt³⁾. Im allgemeinen vollzieht sich daher die Produktion der Eigenbrennereien innerhalb der Brennrechte bzw. der Jahresbrennrechte. Die jüngste Geschichte des Branntwein-Monopols weist jedoch einen "Modellfall" geradezu entgegengesetzten Inhaltes auf, welcher bereits in anderem Zusammenhang besonders herausgestellt wurde. Gerade die Erzeugung dieser einen Melasse-Brennerei ohne Brennrecht könnte möglicherweise als Gegenbeweis gelten für die Behauptung bedingten Verzichts auf die "Produktivität der Freiheit" seitens der im Branntwein-Monopol vereinigten Unternehmungen. Immerhin bekundet dieses ein Beispiel, daß eine Branntweinproduktion aus Melasse auch dann noch lohnend sein kann, wenn der Überbrandabzug einen Gipfelwert erreicht. Eine allgemein gültige Auslegung läßt dieses Einzelbeispiel jedoch deshalb nicht zu, weil bei allen übrigen Agrarstoffen die für die Melasse-Verarbeitung vorübergehend bestehende Preiselastizität des Rohstoff-Einsatzes nicht gegeben war noch zu erwarten ist. Die Bezeichnung "Modellfall" rechtfertigt jedoch auch dieses Ein-

1) § 38 BrMG;

2) Ausnahmen siehe §§ 51/51a BrMG;

3) § 74 BrMG.

zelbeispiel insoweit, als gezeigt ist, daß dieser betreffende Unternehmer durch seine freie Entscheidung über den Einsatz der Produktionsfaktoren eine Kombination bewerkstelligt hat, deren Kosten sehr viel geringer als diejenigen der übrigen Melassebrennereien waren. Sollen die Übernahmepreise wenigstens bedingt als Spiegelbild der Knappheitsverhältnisse der zu vergleichbarer Branntwein-Erzeugung benötigten Produktionsfaktoren gewertet werden, so klappt immerhin eine gewisse Lücke zwischen der Grenzproduktivität der eingesetzten Produktiv-Kräfte in dieser einen Melasse-Brennerei im Vergleich zu allen übrigen Melasse verarbeitenden Brennereien.

Die technisch mögliche Komplementarität und das tatsächlich realisierte Zusammenwirken der produktiven Kräfte, welches sich durch ein Grenzproduktivitätsgefälle der Produktionsfaktoren einzelwirtschaftlich, aber auch zwischenbetrieblich, ausdrückt, weichen hier stark voneinander ab. Die gestaffelten Übernahmepreise der Monopolverwaltung mit ihren auf den Umfang der Produktion zentrierten Zuschlägen oder Abzügen bieten die mit einem Rechenexempel verbundene Bestätigung für die unterschiedliche Ergiebigkeit der Produktivkräfte an. Selbst zwischen gleichgelagerten Brennereien bestehen starke Abweichungen, weil der Erzeugungsumfang eine gegebene Größe darstellt, die hingenommen werden muß. In früherem Zusammenhang wurde hinsichtlich der Verarbeitungskosten bereits festgestellt, daß diese bei einer 100 hl/Brennerei um 25 %¹⁾ höher liegen als bei einer 500 hl/Brennerei, und für die Kapitalkosten wurde der Hinweis gebracht, daß sich diese bei einer Erzeugung von 15 000 hl/W jährlich im Vergleich zu einer 500 hl/Brennerei um 40 %²⁾ reduzieren lassen.

1) vgl. S. 74

2) vgl. S. 111

Wenn man von dem unterschiedlichen Rohstoff-Einsatz in den Brennereien einmal absieht, so könnten die beiden vorstehenden Berechnungen immerhin als Beweis dafür dienen, daß die verhärtete Produktionsstruktur des Branntwein-Monopols zu einer Fehlleitung volkswirtschaftlicher Produktiv-Kräfte führt. Die Gedanken, die weiter oben ¹⁾ über die ungenügende Erschöpfung energiewirtschaftlichen Kräfte-Einsatzes vorgetragen wurden, scheinen für die soeben behauptete und durch das Branntwein-Monopol verursachte Fehlleitung volkswirtschaftlicher Produktionsfaktoren mit Beweis anzubieten.

Als unstreitbare Tatsache gilt, daß die Produktionsstruktur des Branntwein-Monopols die Fehlleitung produktiver Kräfte begünstigt. In welchem Ausmaß freilich solche Fehlleitungen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten, ist mit der bloßen Bestätigung, das Monopol begünstige solche Fehlleitungen, noch nicht ausgedrückt.

Eintretende Produktivitätsverluste scheinen gleichsam ein der Volkswirtschaft für die Intervention zugunsten der landwirtschaftlichen- und Obst-Brennereien bzw. der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe abgenötigter Preis zu sein.

Dieser volkswirtschaftliche "Preis" für den mittels des Branntwein-Monopols geförderten Interventionszweck gewinnt in der Geschichte des Branntwein-Monopols unterschiedliche Gewichtung. Ausschlaggebend ist das Verhältnis des notwendigerweise zu Verlustpreisen abzusetzenden Agrarsprit-Anteiles in zeitlicher Entwicklung einerseits und das Knappheitsverhältnis der Produktionsfaktoren zueinander unter Berücksichtigung fortschreitender bis expansiver Entwicklung.

1) vgl. Seite 111/112.

Wie im Verlauf der vorliegenden Arbeit mehrmals gezeigt wurde, steht allem in der Bundesrepublik anfallenden Agrarsprit aus den landwirtschaftlichen und Obst-Brennereien sowie den gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben eine "spezielle" Nachfrage gegenüber.

Gänzlich andere Bedingungen bestanden vor der Spaltung Deutschlands, bezogen auf das alte Reichsgebiet. Vor dem 2. Weltkrieg konnte der Kartoffel-Branntwein nur zu einem kleinen Teil auf dem Trinkbranntwein-Sektor untergebracht werden. Der Hauptanteil mußte mit Verlust anderen Verwendungssparten zugeführt werden. Das erklärt sich schon allein daraus, daß dem Gebiet der Bundesrepublik nur 10,5 % der im Altreichsgebiet vorhandenen Kartoffel-Brennrechte verblieben sind, während die Anteile der sowjetisch besetzten Zone 28,7 % und des Gebietes östlich der Oder/Neiße 60,7 % betragen¹⁾. Es wird daher fraglich, ob dieser volkswirtschaftliche "Preis" auch heute noch ausschließlich den landwirtschaftlichen- und Obst-Brennereien sowie den gewerblichen klein- und mittelständischen Brennereien zugerechnet werden kann.

Für die Spirituswirtschaft der Bundesrepublik bedeutet die Verteuerung der Kapitalkosten bei, einer an der Schwelle des Atom-Zeitalters bahnbrechenden technischen Entwicklung in allen Wirtschaftsbereichen, daß der volkswirtschaftliche Preis für die Produktionsfehlleitungen innerhalb der westdeutschen Spirituswirtschaft heute geringer ist als je zuvor. Diese Behauptung läßt sich volkswirtschaftlich durch die Knappheit risikobereiten Kapitals beweisen. Was betriebswirtschaftlich an Kosten im Falle einer durch Investitionen ermöglichten Produktionsverbesserung erspart werden kann, for-

1) vgl. Seite 12, Anm.2).

dern in beträchtlichem Maße die laufenden Kapitalkosten - der Höhe des Zinsendienstes wegen - wieder zurück. Volkswirtschaftlich aber geht es darum, derzeit äußerst knappes Kapital in sinnvoller Weise in den volkswirtschaftlichen Prozeß einzufügen, "daß es so rasch und so ergiebig wie möglich hilft, neues Kapital zu bilden"¹⁾. An einer Technisierung der westdeutschen Spirituswirtschaft "über die Verhältnisse" kann der Volkswirtschaft heute nicht gelegen sein, weil nur in Ausnahmefällen echte "güterwirksame"²⁾ Investitionen herbeigeführt werden können. Diejenigen Brennereien, deren Erzeugungs- und Absatzbedingungen mittels "güterwirksamer" Investitionen rasch gewährleisten können, eingesetztes Kapital nicht nur regenerieren zu können, sondern durch eine wesentliche Verbilligung der Erzeugung - über eine Verbesserung der Versorgung der Verbraucher - auch neues Kapital zu bilden, sollten aus dem Branntwein-Monopol herausgeschält werden. Diesen kostenmäßig bevorzugten Betriebssparten gehören die Monopolbrennereien und die Melasse-Brennereien an. Eine Liberalisierung dieser Produktionszweige müßte freilich gesetzlich davon abhängig sein und auch späterhin gewährleisten, daß diese ausschließlich den Bedarf bisheriger Nachfrage zum "allgemein ermäßigten Verkaufspreis" bedienen, wobei die Monopolverwaltung bei den Melasse-Brennereien denjenigen Absatzanteil zu Marktpreisen decken könnte, der bei normaler Auslastung der Brennrechte aus der Produktion der übrigen Eigenbrennereien nicht aufgebracht werden kann.

1) Weber: "Kapitalbildung als Voraussetzung für den volkswirtschaftlichen und sozialen Fortschritt", München 1957, S.23;

2) Weber: "Kurzgefaßte Volkswirtschaftspolitik" 7.Aufl., S.103.

2) Fortwirkungen auf vorgelagerte Märkte.

Weñn auch das Branntwein-Monopol die Entwicklung neuartiger und verbesserter Produktionsverfahren technischen Alkohols nicht gehemmt hat, so reichen doch die bisherigen Erzeugungskontingente technischen Alkohols nicht aus, eine wesentliche Verbilligung zu erreichen.

"Die Breitenbedeutung dieser Preisfrage läßt die Tatsache erkennen, daß beispielsweise in einem Werk der chemischen Industrie bereits jetzt annähernd 500 - 600 verschiedene Produkte unter Verwendung von Alkohol hergestellt werden. Hinzu kommt der Alkoholbedarf einzelner Fachsparten der chemischen Industrie, z.B. der Kunststoff-, der pharmazeutischen, der Körperpflegemittel- oder der Lackindustrie. Bereits jetzt hat der Rohstoff Alkohol in der chemischen Industrie wertmäßig ca. 60 % des als Rohstoff eingesetzten Benzols erreicht. Technologisch gehört der Alkohol für die Chemie in dieselbe Kategorie wie leichte Steinkohlenteeröle oder Schwefelsäure."¹⁾

Diese Ansicht eines Experten aus dem Kreise der Monopolbrennereien rechtfertigt die nicht nur praktisch, sondern auch wirtschaftswissenschaftlich begründete Notwendigkeit, Herstellung und Absatz des Industrie-Sprits den Gesetzen der Marktwirtschaft zu unterwerfen.

Alkoholabhängige Erzeugnisse müssen auf dem Binnen- und Außenmarkt aus eigener Kraft wettbewerbsfähig bleiben.

Die Bundesmonopolverwaltung weist in den Geschäftsberichten folgende "Erlösminderungen für gezahlte Ausfuhrvergütungen" auf:

1951/52	DM	3.565.921,81
1952/53	DM	3.848.160,23
1953/54	DM	5.746.842,38 . ²⁾

Soweit diese Aufwendungen für andere Branntwein-Sorten als Trinkbranntwein erbracht werden, be-

1) Beckmann, a.a.O., S. 6

2) für 1954/55 weist der Geschäftsbericht keine Ausfuhrvergütungen nach.

steht die Aussicht künftiger Ersparnis als Folge des freien Leistungswettbewerbs auf dem Markt des technischen Spritz. Nachdem kein gesamtwirtschaftliches Interesse dafür vorhanden ist, den Einsatz solchen Alkohols analog dem Trinkbranntwein-Verbrauch zu beschränken, sollte "Industrie-Alkohol" künftig den bisher geltenden wirtschaftlichen "Verteilungsgewohnheiten" entzogen werden.

Das volkswirtschaftliche Anliegen bezweckt eine sinnvolle Überwindung bestehender Knappheit technischen Alkohols. Durch Ausweitung des Angebotes, Verbesserung der Qualität und insbesondere durch eine produktivitäts-orientierte Preisermäßigung läßt sich die Lücke zwischen Produktion und Bedarf schließen. Die positive Fortwirkung dieser Rationalisierung zu anderen Märkten ist hieraus ohne weiteres abzuleiten: Es werden Produktiv-Kräfte gespart, und die als Folge gesteigerter Produktivität erreichte Verbilligung führt zu einer Ersparnis an Ausgabe- bzw. Einkommensanteilen, welche nun anderen Waren-Märkten, möglicherweise aber auch dem Kapital-Markt zugute kommen können. Bei wirtschaftlicher Entscheidungsfreiheit wird der gestiegene Unternehmergewinn in höherem Maße in den Dienst volkswirtschaftlicher Produktivitätssteigerungen gestellt werden können, als die infolge eingetretener Verbilligung zu anderer Verfügung frei gewordenen Einkommensteile. -

Umgekehrt bedeutet ein weiteres "Rangieren" des Industrie-Alkohols auf den ausweglosen Geleisen der agrar- und finanzpolitisch geprägten Monopolwirtschaft einen volkswirtschaftlich kostspieligen Leerlauf.

Die folgende Untersuchung über die anhaltende Streitfrage der "Subventionen" im Gefolge des Branntwein-Monopols kann mit als Bestätigung für die sachliche Richtigkeit der vorgetragenen Auffassung dienen.

3) Das Branntwein-Monopol - ein "Verschiebe-
bahnhof für Subventionen"?

Die Geschichte des Branntwein-Monopolgesetzes ist von dem Vorwurf begleitet, es würden "Subventionen" oder "Liebesgaben" gewährt, die insofern der Berechtigung entbehrten, als hierdurch keine volkswirtschaftliche Produktivitätssteigerung ausgelöst würde. Ehe jedoch die Frage volkswirtschaftlicher Rechtfertigung einer solchen Lasten-Verteilung aufgegriffen und beantwortet werden kann, ist zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche Subventionen bestehen.

Als historische Tatsache gilt für die Spirituswirtschaft, daß nicht der Trinkbranntwein-Verbrauch subventioniert, sondern vorwiegend die ostdeutsche Landwirtschaft eine "Liebesgabe" erhalten sollte. Die "Liebesgabe" im strengen Sinne wurde bereits vor dem 1. Weltkrieg aufgehoben; jedoch erlangten die süddeutschen Reservatstaaten Bayern, Württemberg und Baden weiterhin eine der "Liebesgabe" ähnliche gesetzliche Vorzugsstellung, die auch im Branntwein-Monopolgesetz zum Ausdruck kommt. Der Vorteil besteht darin, daß für den innerhalb des Brennrechts hergestellten Branntwein ein Zuschlag bezahlt wird, der als regionale "Liebesgabe" anzusprechen ist.

Die umgeschichtete Lastenverteilung vollzieht sich innerhalb des Branntwein-Monopols in der Form, daß der Trinkbranntwein-Verbrauch - über das Verbrauchssteuer-Aufkommen hinaus - diejenigen Verluste aufbringen muß, welche der Monopolverwaltung aus der weiter oben geschilderten Preispolitik heraus erwachsen. - Nun ließe sich hier freilich einwenden, eine "Subvention" sei bereits durch die den Brennereien zugestandene "Selbstkosten-Garantie" des "teueren" Agrarspirits begründet,

nachdem andere Sparten, vor allem die chemische Industrie, den benötigten Alkohol billiger herstellen könnten. Ein solcher Einwand greift jedoch deshalb nicht durch, weil das Angebot bestimmter Agrarsprit-Qualitäten einer ganz speziellen Nachfrage gegenübersteht. Dieser gegebene Tatbestand könnte übrigens auch nur dann an Bedeutung verlieren, wenn auf die Verbraucher ein Zwang ausgeübt würde, statt des Agrarsprits synthetischen Alkohol zu genießen.

Der niedrig bemessene Ausfuhrpreis für Branntwein und die gezahlten Ausfuhr-Vergütungen erfüllen hingegen die Merkmale einer Subvention im engeren Sinne.

Der Verkauf zu "Gewinn-Preisen" ermöglicht der Monopolverwaltung die Abgabe von Spirit zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis unter den durchschnittlichen Gestehungskosten. Hier kann ebenfalls nicht von einer "Subvention" des Trinkbranntwein-Sektors zugunsten der Industrie-Sprit erzeugenden oder verarbeitenden Wirtschaftszweige gesprochen werden. Allenfalls liegt hier eine "Stützung" einzelner Übernahme- und Verkaufspreise vor, weil die Monopolbrennereien lediglich im Verbande des Branntwein-Monopols - und zwar mit Rücksicht auf die Interessen der Eigenbrennereien - daran gehindert sind, technischen Alkohol zu einem weltwirtschaftlich wettbewerbsfähigen Preis zu erzeugen. Sie bedürften im Falle des Leistungswettbewerbs weder einer Stützung noch einer Subvention. Wenn jedoch der Umfang der "Verlustgeschäfte" bzw. "Stützungen" jährlich einen Betrag von 20 Millionen DM erfordert¹⁾, verwässert das Branntwein-Monopol den eigentlichen Interventionszweck - möglichst marktkonformer Verwirklichung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen und bietet ein Beispiel unerwünsch-

1) vgl. Seite 122.

ter Nebenwirkungen zwangsweiser Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen.

In der 231. Sitzung des Ersten-Deutschen-Bundestages erklärte der Bundesfinanzminister:

"Der Bundesfinanzminister wäre ein schlechter Finanzminister, wenn er, falls er den Auftrag und den Willen zur Gewinn-Erzielung hätte, im Verhältnis zu einem Ertragnis der Branntweinsteuer von rund 500 Millionen DM rechnerisch mit einem Gewinn von nur 18 Millionen abschließen würde."¹⁾

"Auftrag und Wille" zur Gewinnerzielung werden hier zwar ausdrücklich verneint, jedoch hat die Bundesmonopolverwaltung in den fünf Geschäftsjahren ihres Bestehens bis zum 30.9.1955 gem. § 86 BrMG eine ablieferungsfähige Rein-Einnahme von mehr als 29 Millionen DM²⁾ erbracht und darüber hinaus die Eigenmittel um 77 Millionen DM³⁾ erhöht. Das ist gleichbedeutend mit einer durchschnittlichen Belastung des Trinkbranntwein-Verbrauchs von DM 0,40 l/W. Bezieht man dieser Berechnung die gezahlten Ausfuhr-Vergütungen mit ein (vgl. Seite 161), so ergibt sich ein weiterer Kosten-Anteil von DM 0,10 l/W für Trinkbranntwein.

Die Verwaltungskosten des Monopols liegen - wie die folgende Übersicht zeigt - mit einem Umsatz-Anteil von etwa 5 % nicht zu hoch, zumal ein gutes Drittel⁴⁾ dieses Aufwandes die "Kosten für die Verwaltung des Monopols durch die Zollverwaltung" deckt.

1) Quelle: DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr. 20/52, S.549;

2) u. 3) errechnet aus dem Geschäfts-Berichten der Monopolverwaltung;

4) vgl. Tabelle XXIX u. Gesch.Bericht d.Bundesmonopolverwaltung.

Tabelle XXIX

Der Verwaltungs- und Betriebskosten-Anteil
am Gesamt-Umsatz der Bundes-Monopolverwaltung. ¹⁾
=====

	B e t r i e b s j a h r					
	1952/53	in v.H.d. Umsatzes	1953/54	in v.H.d. Umsatzes	1954/55	in v.H. d.Ums.
	in 1.000 DM					
Verwaltungs- kosten	8.427,8	4,6	9.090,1	5,4	9.362,0	5,3
Betriebs- kosten	29.914,4	16,7	26.004,7	15,5	27.728,1	15,6
Umsatz	179.563,6	100,0	167.864,0	100,0	177.549,7	1000

Wenn von berufener politischer Seite bestätigt wird, das Finanz-Monopol habe nicht den Auftrag, "Gewinn-Monopol" zu sein, "sondern vielmehr in erster Linie die Dinge in Ordnung zu halten", ²⁾ so besteht kein Anhaltspunkt dafür, weshalb der Trinkbranntwein-Verbrauch zur Stützung des Absatzes technischen Sprits herangezogen wird. Erstens werden auf diese Weise die Dinge nicht in Ordnung gehalten, und außerdem bedürfen die Monopol- und Melasse-Brennereien einer solchen Stützung überhaupt nicht, wenn sie in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen frei würden und der Bedarf technischen Alkohols unmittelbar befriedigt werden könnte. Auch der Betriebskosten-Anteil, der je Liter Trinkbranntwein zwischen DM 0,60 und 0,70 beträgt, je nachdem, wie sich der in § 92 BrMG vorgesehene "angemessene Anteil" der bezüglichen Verwaltungskosten des zum "ermäßigten" Verkaufspreis abgegebenen Sprits bestimmt, müßte sich in Verbindung mit der Liberalisierung des technischen Sprits erheblich verringern lassen.

1) Quelle: Gesch.Berichte der Bundesmonopolverwaltung, errechnet aus Bundestagsdrucksache 2. Wahlperiode Nr. 464, 1311 u. 2259.

2) Auszg.a.d.Antw.d.Bundesfinanzministers auf eine Anfr.d.Fraktion der SPD i.d.231.Sitz.d.I.Dtsch.Bundestages; Quelle: ALKCHOL-INDUSTRIE Nr.20/52,S.54

Hieraus folgt, daß die weiter oben aufgezeigte Vermögensbildung der Bundesmonopolverwaltung nicht in dem bisherigen Umfang - zu Lasten des Trinkbranntwein-Sektors - fortzuschreiten brauchte.

Die mangelhafte Versorgung der Bezieher kleinerer Einkommen mit Spirituosen ließe sich durch eine derartige Rationalisierung des Monopols ebenfalls verbessern, weil nunmehr die Voraussetzungen für eine Ermäßigung des Branntwein-Aufschlages geschaffen sind.

Die Untersuchung hinsichtlich der mittels des Branntwein-Monopols zugunsten bestimmter Betriebszweige bewirkten Subventionierung wäre ohne einen Hinweis auf die besonderen Verhältnisse bei den Abfindungs-Brennereien nicht vollständig.

Für eine Vielzahl kleinster Obstbauern-Betriebe bedeutet die Verarbeitung eigenen Obstes im Brennereiprozeß eine existenz-erhaltende Abfall-Verwertung. Die Wirtschaftlichkeit der Branntwein-Erzeugung ist hier im Vergleich zu anderen Brennereien mittlerer Größe gering. Die Ausbeuten betragen vielfach nicht einmal die Hälfte der Normal-Ausbeuten¹⁾. Hier beginnt auch die Schwierigkeit der steuerlich einwandfreien Erfassung anfallender Alkoholmengen. Überschreiten einzelne Betriebe die der Besteuerung zugrundeliegende Ausbeute-Norm, so wächst ihnen legal ein entsprechender Anteil des derzeit gültigen Steuersatzes in Höhe von DM 1.000,- hl/W zu. Darin liegt zweifellos ebenso eine verdeckte Subvention, wie in der Bestimmung, für den bis zu 20 % über die abgefundene Menge hinaus abgelieferten Branntwein sei ein erhöhter Übernahmepreis zu gewähren²⁾. Soweit es sich bei solchem Branntwein nicht um zusätzliche Mengen handelt, die über die zur Abfindung zugelassene

1) Herlemann, a.a.O., S. 132;

2) Herlemann, a.a.O., S. 139.

und zur Abfindung veranlagte Rohstoffmenge hinaus erzeugt werden, ist diese Subvention unbedenklich, weil tatsächlich eine Produktivitätssteigerung bewirkt wird, welche weder bei Verderb des Obstes noch durch Abholzung des "Schnapswaldes" nach schweizer Vorbild erreicht werden kann.

Gleiches gilt - wie die folgenden Ausführungen zeigen - in abgewandelter Form für die unter ungünstigen Kostenbedingungen arbeitenden landwirtschaftlichen Brennereien und für die Verbilligung der Ausfuhr, zumal hier keine allgemeine Belastung der Wirtschaft entsteht. Die Subvention trifft ausschließlich den nicht unmittelbar lebensnotwendigen Verbrauch des Alkohols - als Genußmittel.

§ 13 Der volkswirtschaftliche Zweck.

Die bisherigen Untersuchungen hinsichtlich der Stellung des Branntwein-Monopols in der Gesamtwirtschaft haben verdeutlicht, daß nur ein begrenzter Ausschnitt von Einzelwirtschaften aus dieser Form der Staats-Intervention einen unmittelbaren Nutzen zieht. - Es ergab sich weiterhin, daß dieser Nutzen nicht etwa daraus erwächst, daß die mit einer Brennerei verbundenen Landwirtschaften den unter gleichen Bedingungen wirtschaftenden brennereilosen Betrieben in der Kombination volkswirtschaftlicher Produktionselemente soweit überlegen wären, als die von der Masse der Trinkbranntwein-Verbraucher aufzubringenden Subventionen ausgeglichen werden könnten¹⁾.

Ob diese volkswirtschaftliche Begünstigung einer Minderheit von Einzelwirtschaften zur Hebung betriebswirtschaftlicher Rentabilität nicht gleichzeitig auch ein Mittel zur Steigerung des volkswirtschaftlichen Produktivitätszweckes darstellt, bleibt noch zu prüfen.

1) siehe auch Weber-Meinhold, a.a.O., S. 310.

Während die durch das Branntwein-Monopol bewirkte Stützung der kleinen Obst- und Abfindungsbrennereien den volkswirtschaftlich erwünschten Produktivitätseffekt erfüllt, ist für die landwirtschaftlichen Brennereien ein solcher Beweis noch nicht erbracht.

1) Die agrar- und ernährungswirtschaftliche Bedeutung des Branntwein-Monopols.

Soweit das Branntwein-Monopol auch heute noch der Erhaltung einer überlieferten, mittelständischen Betriebsstruktur dient, werden dadurch u.a. auch agrar- und ernährungswirtschaftliche Ziele bezweckt. Die Frage nach der bezüglichen volkswirtschaftlichen Leistung läßt sich anhand einer Untersuchung der "Kartoffelfrage" und der Schlempewirtschaft erörtern, weil beide Komplexe nicht nur einzelbetriebliches Interesse, sondern auch agrarpolitische Bedeutung erlangen.

Die Kartoffel übertrifft in der Fruchtfolge ackerwirtschaftlich den Wert der "Brache", sie erhält das Feld unkrautfrei und erbringt eine vortreffliche Schattengare. Außerdem gilt die Kartoffel als beste Vorfrucht für Weizen und Gerste sowie andere Getreide-Arten und steigert daher die Erträge der gesamten Fruchtfolge.

Nun haben die Kartoffel-Ernten, zufolge der ackerwirtschaftlich vortrefflichen Eigenschaften dieser Frucht in Verbindung mit den Fortschritten von Züchtung und Düngung, einen Umfang erreicht, der die gewinnbringende Verwertung der immer noch steigenden Kartoffelmassen erschwert. - Es hieße die tieferen Zusammenhänge landwirtschaftlicher Betriebsstruktur verkennen, sollte die Lösung dieser "Kartoffel-Frage" mittels schematischer Verminderung der Kartoffel-Anbauflächen bewerkstelligt werden. Im Gegenteil: der Kartoffel- bzw. Hackfruchtanbau gilt heute als "Rückgrat jedes inten-

siv wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebes - und leider ist die Hackfruchtfläche immer noch nicht so groß, wie sie sein könnte". - "Ihre Vermehrung um 30 % ist das Ziel der deutschen Agrarpolitik, weil durch die Vermehrung des Hackfrucht-Anbaues in Form von Kartoffeln und Zuckerrüben die größten ha-Erträge in Kal ausgedrückt geerntet werden können."¹⁾ Nachdem der Zuckerrüben-Anbau Böden höherer Güte voraussetzt, die nur in sehr beschränktem Umfang verfügbar sind, gewinnt gerade der Kartoffelanbau, besonders auf leichten Böden, eine Vorzugsstellung. Das erklärt allein schon die Tatsache, daß durch die Ausweitung des Zuckerrüben-Anbaues auf die doppelte Fläche²⁾, im Vergleich zu den Vorkriegs-Verhältnissen, die zuckerrübenfähigen Bodenreserven allmählich erschöpft sind. Die Zunahme der Kartoffelanbauflächen hat hingegen im gleichen Zeitraum nur 3 % betragen³⁾. Die Erntemengen sind jedoch im Durchschnitt der Jahre 1950/54 im Vergleich zu 1935/38 bei Kartoffeln um 31,3 v.H., bei Zuckerrüben dagegen nur um 5,5 v.H. angestiegen⁴⁾.

Vergleicht man nun die steigenden ha-Erträge in der Kartoffelwirtschaft - die selbstverständlich natürliche Ernteschwankungen nicht ausschließen - mit den der Branntwein-Erzeugung zugeführten Kartoffel-Masse, so zeigt sich, daß der durch die Brennereien verarbeitete Anteil an der Gesamt-Ernte in den Jahren 1952 bis 1954 zwischen 0,6 und 0,7 % schwankt, während im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1928 innerhalb des Reichsgebietes 3,5 % der Gesamternte von den Kartoffel-Brennereien aufgenommen wurden; in Ostdeutschland lag dieser Anteil mit 6,3 % erheblich über dem Reichsdurchschnitt, in Mittel- und Süddeutschland wurde

- 1) Frey: Aufsatz "Die landwirtschaftlichen Brennereien und das Branntwein-Monopol" - "Neue Mitteilungen f.d.Landwirtschaft", Nr.40/1950, S.667;
- 2) Quelle: Stat.Jahrb.f.d.Bundesrepublik 1955, S.141 "Anbauflächen und Ernte-Erträge";
- 3) u. 4) Quelle: ebenda, errechnet aus Tab.1

der Durchschnitt um 2,2 % unterschritten¹⁾. Diese Meßzahlen sind jedoch wenig geeignet, den Kern der "Kartoffelfrage" sichtbar zu machen. Maßgebend für eine industrielle Verarbeitung von Kartoffeln ist nämlich nicht das Verhältnis zur Gesamt-Ernte, sondern das Verhältnis von Brennereibedarf und Ernte-"Rest", d.h. derjenigen Kartoffelmenge, welche nach Abzug des Speise-Kartoffel-, Pflanzgut- und Futtermittelbedarfes für eine industrielle Verarbeitung überhaupt verbleibt. Insofern kann auch nur diese "Rest"-Menge einen Anhaltspunkt dafür bieten, ob bzw. inwieweit die Kartoffel-Brennereien ihrer Funktion, den Kartoffelmarkt zu stabilisieren, genügen.

Eine für das Jahr 1954 aufgestellte "Kartoffel-Bilanz" gibt über diese Zusammenhänge - insbesondere für Bayern - nähere Auskunft:

1) Quelle: Weber-Meinhold, a.a.O. S. 308.

Tabelle XXX

Kartoffel-Bilanz in der Bundesrepublik
und Bayern 1954

=====

	Bundesrepublik		Bayern	
	in 1.000 to			
Ernte-Anfall zuzüglich: Einfuhr-Überschuß		26.768,7 ¹⁾ <u>67,0²⁾</u> 26.835,7		6.075,4 ¹⁾ <u>-,-</u> 6.075,4
abzüglich:				
Saatgut-Bedarf ³⁾	2.676,9		607,5	
Schwund ³⁾	2,676,9		607,5	
Speisekartoffel	8.369,0 ⁴⁾		1.548,8 ⁴⁾	
konstanter Bedarf an Futter-Kartoffel	8.626,4 ⁵⁾		2.525,8 ⁶⁾	
allgem.Ind.-Bedarf	<u>535,4³⁾</u>	<u>22.884,6</u>	<u>121,5³⁾</u>	<u>5.411,1</u>
Ernte-"Rest" zu Futterzwecken:		3.951,1		664,3
Brennerei-Verbrauch:		170,4 ⁷⁾		107,4
dto. i.v.H.d.Jahres-Ernte		0,6		1,8
" " " " " Ernte-"Restes"		4,3		16,6

- 1) Quelle: Stat.Jahrbuch f.d.Bundesrepublik 1955, S.140;
- 2) " ebenda, S. 495;
- 3) Schätzungen;
- 4) errechnet aus Ø-Verbrauch (vgl.Tab.XVI) u. Bevölk.Stand;
- 5) Quelle: Stat.Jahrbuch f.d.Bundesrepublik 1955,
errechnet aus Tab. 6, S. 158;
- 6) " ebenda, errechnet aus Tab. 8;
- 7) " Stat.Berichte, Arb.Nr.VII/66/6.

Die vorstehende "Kartoffel-Bilanz" zeigt für Bayern mit einem Ernte-"Rest" von 10,9 % gegenüber 14,7 % ein im Verhältnis zum Bund ausgeglicheneres Bild. Die Ursache hierfür liegt nicht nur in der besseren Ausstattung dieses Landes mit Kartoffelbrennrechten; das ergibt eine Nachprüfung des konstanten Bedarfes an Futter-Kartoffeln. Dieser Bedarf läßt sich aus dem für die vorhandenen Schweine erforderlichen Futtermittel-Bedarf errechnen. Dabei wird unterstellt, daß an Schweine je 200 kg Lebendgewicht neben Getreide durchschnittlich etwa 9 dz Kartoffeln verfüttert werden. Ermittelt man nun die Schlachtungen je Kopf der Bevölkerung, so trifft auf jeden Einwohner Bayerns 1,8 kg Schweinefleisch mehr, als der Bundes-Durchschnitt beträgt. Daraus folgt ein für Bayern erhöhter Futterkartoffel-Anteil. Für die Verfütterung frischer oder eingesäuerter Kartoffeln an andere Haustiere, z.B. Rindvieh, Schafe oder Ziegen, sind in der Position "konstanter Bedarf an Futterkartoffeln" keine Mengen enthalten. Die Meinungen über den Futterwert frischer oder eingesäuerter Kartoffeln bei Rindvieh sind nämlich recht widerspruchsvoll¹⁾. In der Praxis hat sich eine solche Fütterungsweise nicht bewährt, weil das erforderliche Stickstoff-Gleichgewicht ohne zusätzliche größere Eiweißgaben nicht gehalten werden kann.

Es ist eine psychologisch begründete Erfahrungstatsache, daß Landwirte bei steigenden Preisen hinsichtlich der Beschickung des Marktes gerne in der Erwartung weiteren Preisauftriebs und dadurch vermehrter Verkaufserlöse eine gewisse Zurückhaltung üben. - Umgekehrt drängt das Angebot

1) In einem Gutachten v.17.7.49 über die "Entbehrlichkeit der Kartoffelspritzbrennerei und der Schlempewirtschaft für die deutsche Landwirtschaft", erstattet von Prof. H. Ritschl, wird eine Verfütterung frischer und eingesäuerter Kartoffeln an Rindvieh empfohlen. Ein Gutachten der TH-München, Institut für landwirtschaftliche Technologie, Weihenstephan, vom 9.9.49 kommt auf S.8/9 zu gänzlich anderen Ergebnissen.

bei sinkenden Preisen stärker zum Markt als allgemein üblich, was schließlich zu Preiszusammenbrüchen führen kann. Auf dem Kartoffelmarkt können überdies gelegentlich derartige Angebotsspitzen entstehen, und zwar häufig nach der Ernte bis zum Aufkommen von Nachtfrost und nach Eröffnung der Kartoffelmieten im Frühjahr. Die Kartoffel-Brennereien mildern diese jahreszeitlichen Spitzen allein schon dadurch, als die der Sprit-Erzeugung dienenden Ernte-Mengen den Markt überhaupt nicht berühren. Neben den Kartoffel-Brennereien können auch die übrigen Gewerbezweige der Kartoffel-Verarbeitung, die Stärke- und die Kartoffelflocken-Fabriken, preiseempfindliche Angebotsspitzen neutralisieren. Die Beschäftigungslage der Kartoffelstärke-Fabriken wird jedoch immer schwieriger, obwohl die Importstärke mit 25 % Zoll und 4 % Umsatzausgleichssteuer belastet ist¹⁾. Die Folge hiervon sind Subventionsbegehren, die im Falle der Gewährung keinen anhaltenden Produktivitäts-Effekt erbringen. - Die Kartoffelflocken-Fabriken kranken an hohen Energiekosten, weil drei Viertel des Kartoffelgewichtes verdampft werden muß, bevor diese Erzeugnisse den Wettbewerb mit den wohlfeilen Futtermitteln des Weltmarktes aufnehmen können. Die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien haben den genannten Verwertungsträgern gegenüber unstreitbare Vorzüge. Zunächst besteht die Möglichkeit, im Zuge des Brennerei-Prozesses auch angefaulte und erfrorene Kartoffeln noch nutzbringend zu verwerten, die weder mit Erfolg verfüttert noch sonst gewerblich verarbeitet werden könnten. Dadurch können die ohnehin volkswirtschaftlich schwerwiegenden Kosten leichter Verderblichkeit der Kartoffeln - die zwischen 7 und 30 % betragen - auf ein tragbares Ausmaß beschränkt werden.

1) siehe auch: Aufsatz "Steuergelder für Stärkeproduzenten", Deutsche Zeitung v. 8.2.56

Ein durchschnittlicher Fäulnis-Verlust von 5 % der Gesamt-Ernte bedeutet für die Volkswirtschaft bei einer Normal-Ernte von 25 Mill. t und einem Durchschnittspreis von DM 80,-/t immerhin eine Einbuße von über 100 Millionen DM.

Infolgedessen sind entsprechend dezentralisierte Verarbeitungskapazitäten für schlecht absatzbarre Kartoffelmassen volkswirtschaftlich durchaus erwünscht, soweit sie ihre Aufgaben, Preiszusammenbrüchen und dem Verderb zu steuern, ohne zeitliche Verzögerung erfüllen können. Der besondere Vorteil der Verarbeitung solcher Kartoffelspitzen in Brennereien besteht jedoch in der gleichzeitigen Kraftfutter-Gewinnung bzw. -veredelung. Mit Ausnahme der in Alkohol und Kohlensäure verwandelten Stärke enthält nämlich die im Brennerei-Prozeß gewonnene Schlempe alle Nährstoffe des Ausgangsmaterials und diese in biologisch teils verbesserter Form.

"Bei der Beurteilung eines Futtermittels kommt es nicht so sehr auf den absoluten Energiegehalt des betreffenden Futters, als mittelbar auf das Verhältnis des verdaulichen Eiweiß zu den Kohlehydraten an. Hier gibt es ein Optimum in dem Verhältnis dieser beiden wichtigen Nährstoffklassen, das für die bestmögliche Ausnützung im tierischen Magen maßgeblich ist. - Als Optimum gilt nach unseren heutigen Kenntnissen ein Verhältnis von 1 : 5 bis 1 : 7. Jeder Landwirt, der sich die Ergebnisse der Wissenschaft zu eigen macht, wird versuchen, bei der Verwendung seiner Futtermittel an dieses Optimum heranzukommen."¹⁾

In der Schlempe ist das erstrebte Optimum von verdaulichem Eiweiß zu Kohlehydraten im Verhältnis von 1 : 5 bereits gegeben, und zwar durch die Verbesserung des ursprünglich ungünstigen Nährstoff-Verhältnisses der Kartoffel mit 1 : 17 durch die

1) Auszug aus der Stellungnahme zu dem Gutachten von Prof. Dr. Hans Ritschl vom 17.7.49 über die Entbehrlichkeit der Kartoffelspritzbrennerei und der Bedeutung der Schlempewirtschaft für die deutsche Landwirtschaft, S.4/5.

Aufschließung bzw. Anreicherung verdaulichen Eiweiß' im Brennereiprozeß.

Da neben den in der Schlempe enthaltenen Mineralstoffen Calcium, Phosphor sowie Spuren-Elementen, z.B. Eisen und Kupfer, und des reichlichen Vorhandenseins von Vitaminen des sog. B-Komplexes bzw. der Vorstufe des Vitamins "D", den Wert der Schlempe hauptsächlich deren Eiweißgehalt darstellt, wird auch der Stickstoffgehalt des in erhöhtem Maße anfallenden Stalldunges beeinflusst. Für die Ertragsfähigkeit der Böden und die Humusbildung ist ein vermehrter Naturdüngeranfall besonders wertvoll. Daher wird die Schlempewirtschaft auch als Wirtschaft des "umlaufenden Eiweiß-Kapitals" bezeichnet.

Diese - der Schlempewirtschaft zugeneigte - Beurteilung wird jedoch nicht von allen Sachkennern einmütig bestätigt. Es wird darauf verwiesen¹⁾, "daß die Schlempewirtschaft den zwei- bis dreifachen Umfang an Brennerei-Kartoffel- bzw. das fünf- bis siebenfache an Getreidefläche des Feldfutterbaus erfordere."

Nun wurde bereits erwähnt, daß sich der hohe Futterwert der Schlempe ja nicht ausschließlich auf das günstige Verhältnis von Eiweiß und Stärke gründet. Der Gehalt an Wuchsstoffen und Vitaminen macht die Schlempe als Futtermittel so sehr begehrtlich - um so mehr, als die Tiere zusammen mit der Schlempe auch qualitativ geringwertiges Rohfutter annehmen und verwerten. - Außerdem müßten auf Anbauflächen bezogene Ertrags- bzw. Nährstoffberechnungen sinngemäß auch den Produktionswert des Stärke-Anteils der Kartoffel berücksichtigen, zumindest solange und in dem Ausmaß, als eine Nachfrage nach Agrarsprit, d.h. Kartoffelsprit besteht.

1) Herlemann, a.a.O., S. 128.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung des Kartoffelanbaues als Vorfrucht für Getreide. - Soll für die Landwirtschaft ein betriebswirtschaftlich günstiges Verhältnis von Hackfrucht und Halmfrucht, insbesondere auf den leichten Böden, erreicht werden, so verschärft sich bekanntermaßen der als "Kartoffel-Frage" bezeichnete Angebotsdruck. Es wurde gezeigt, daß die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien gerade hier in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise dazu beitragen können, das erstrebte Ziel von "Aufwands- und Ertragsparität" zu verbessern, und zwar nicht nur in Bezug auf die Brennereiwirtschaften, sondern für alle Kartoffel-Erzeuger.

Die ernährungswirtschaftliche Bedeutung der landwirtschaftlichen Brennereien hat nach dem 2. Weltkrieg zwar anteilmäßig, nicht jedoch der partiellen Wirksamkeit nach an Bedeutung verloren. Die Vorteile der Schlempefütterung bestehen heute ebenso wie vor dem Kriege. Es fragt sich nur, ob ein diesem Kraftfuttermittel zuzurechnender Milch- und Fleisch-Mehranfall nicht auf andere Weise volkswirtschaftlich zweckmäßiger erreicht werden kann, etwa durch Ölkuchen-Fütterung und dgl..

Solange eine spezielle Nachfrage nach Agrarsprit besteht, ist diese Änderung einer bewährten landwirtschaftlichen Spezialkultur bzw. Fütterungsweise ohnehin nicht spruchreif. Die geringe Belastung, die den Verbrauchern des Kartoffelsprits für die den Kartoffel-Brennereien kostenfrei zu überlassende Schlempe auferlegt ist, fällt dabei volkswirtschaftlich nicht in die Waagschale. Sie beträgt je 7/10 Flasche 30%igen Trinkbranntweins - bei einem Schlempewert von DM 15,- hl/W - etwa 3,5 Dpf. oder ein halbes Prozent des Verkaufspreises.

Die Kornschlempe wird bei der Preisbemessung gemäß § 72 Abs. 1 BrMG nach Maßgabe ihrer Verwertungsfähigkeit ohnehin kostenmindernd berücksichtigt, da eine kostenfreie Belassung an die Brennereien nicht vorgesehen ist. Die "Subvention" der Trinkbranntwein-Verbraucher an die Schlempewirtschaft betreibende Landwirtschaft kann daher im Verhältnis zu der Höhe der Steuerbelastung durchaus als tragbare Lastenverteilung gelten, zumal gerade die Mehrzahl der Kartoffelbrennereien auf den mageren und durchlässigen Schotterböden der bayerischen Hochebene liegen und außerdem die ungünstigen Standortverhältnisse der marktfernen bayerischen Kartoffel-Anbaugebiete kompensiert werden können.

2) Die sozialhygienische Bedeutung des Branntwein-Monopols.

Der Bundesfinanzminister erklärte in Zusammenhang mit der ihm gemäß § 4 BrMG auferlegten Monopolaufsichtsfunktion gegenüber dem Parlament:

"... Das Branntwein-Monopol habe auch gesundheitspolizeilich eine große Aufgabe, die auf anderem Wege kaum gelöst werden könne - als Erzeuger, Verbraucher und Verarbeiter zu einem einheitlichen Organ zusammenzuschmelzen."¹⁾

Es leuchtet ein, daß sich die Technik der Überwachung der Erzeugungsstätten um so leichter gestaltet, je mehr die Konzentration der Erzeugung ausgeprägt ist. Der Schwerpunkt der Ausführungen des Bundesfinanzministers mag daher der Tatsache gegolten haben, daß die Vielzahl der Kleinbrennereien, der Obst- und Abfindungsbrennereien, durch die monopolgesetzlichen Bestimmungen einer gründlichen Produktionsüberwachung ausgesetzt sind,

1) Quelle: DIE ALKOHOL-INDUSTRIE Nr.20/52, S.549

die gleichzeitig auch sozialhygienische Vorteile bietet. Die Wahrnehmung gesundheitspolizeilicher Interessen durch das Branntwein-Monopol hat sich tatsächlich bewährt und dient zugleich auch dem öffentlichen Wohle. Solche gesundheitspolizeilichen Zwecke lassen sich indessen auch in anderer Weise erreichen, als durch unmittelbare, wirtschaftsgestaltende Eingriffe des Staates. Die sozialhygienischen Belange allein sind daher keine Rechtfertigung für die Marktform des Monopols. - Reinheit und Qualität des menschlichen Konsum dienenden Alkohols sind gesetzlich fixiert und lassen sich jederzeit lebensmittelpolizeilich überwachen. Der Vorteil, den das Monopol hier bietet, ergibt sich aus einer Kosten-Ersparnis, weil die steuerliche Überwachung in den Branntwein-Brennereien ohnehin sämtliche Phasen des Betriebsablaufes erfaßt.

Die Branntwein-Steuer dient dadurch sozialhygienischen Zwecken, als sie durch relativ hohe steuerliche Belastung den Trinkbranntwein-Verbrauch einzuschränken sucht; sie ließe sich auch in anderer Form als durch das Monopol erheben. Vorschläge über die Einführung einer Banderolen-Steuer, ähnlich der Tabakbesteuerung, wurden ernsthaft erwogen.

Die Besteuerungsform kann daher ebensowenig ausschließlicher Bestimmungsgrund für die monopolistische Ausprägung der Branntwein-Wirtschaft sein. -

Noch lange Zeit, bevor die Branntwein-Steuer prohibitiven Charakter erhielt, haben Mäßigkeitsgesellschaften versucht, übermäßigen Alkoholgenuß einzudämmen. Der Fanatismus der Anhänger solcher Abstinenzvereine erbrachte überdies tiefere Wirkungen, als diese ein Monopol je haben kann. In England

entstanden zu Beginn des 19. Jahrhunderts in kürzester Zeit achttausend Mäßigkeitsgesellschaften mit 2 Millionen Mitgliedern; viertausend Brenneereien wurden geschlossen, über achttausend Kaufleute gaben den Handel mit Spirituosen auf¹⁾.

In Deutschland reichen die ersten Mäßigkeitsvereine bereits in das XV. Jahrhundert zurück. Späterhin setzte sich vor allem die Geistlichkeit dafür ein, dem sozialen Übel eines übermäßigen Alkoholgenusses zu begegnen. Auch heute noch ist der Alkoholismus eine zuweilen bedenkliche soziale Erscheinung. Die Verbrauchsstatistiken zeigen jedoch, daß der Trinkbranntwein-Genuß heute im Vergleich zu dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts ganz erheblich zurückgegangen ist. Für einen kleinen Kreis "süchtiger" Alkohol-Verbraucher kann das Branntwein-Monopol - über die Höhe der Verbrauchssteuer - nur eine vorbeugende Wirkung haben; "Süchtigen" können nur der Arzt, die Entwöhnungsanstalten und die medizinische Wissenschaft helfen. Lebensmittelgesetzliche Vorschriften tragen dazu bei, die Verbraucher vor stark fuselhaltigen oder mit Methylalkohol angereicherten gesundheitsschädlichen Erzeugnissen zu schützen.

Ein modernes Alkohol-Problem ist durch ein verantwortungsloses Verhalten von Zechern entstanden, die sich selbst und ihre Mitmenschen dadurch gefährden, daß sie - wider besseres Wissen - infolge verminderter Reaktionsfähigkeit den Straßenverkehr gefährden.

Die Unfall-Statistik zeigt ohnehin einen erschreckenden Verlauf und verdeutlicht dadurch, daß ein jeder Verkehrsteilnehmer - heute mehr denn je - Wachsamkeit üben muß. Von 1952 bis 1954 stieg die Anzahl der Straßenverkehrs-Unfälle um 31,4 %, die

1) Wettley, Aufs. "Der Alkoholismus als soziale Frage" DZ v. 30.6.56.

Zahl der Unfälle mit Todesfolge sogar um 53,5 % an.¹⁾ Die alkohol-bedingten Unfälle zeigen jedoch mit 25,2 % nicht eine Zunahme gleichen Verhältnisses an, und es läßt sich von 1952 bis 1954 auch ein Rückgang von 3,8 auf 2,9 % hinsichtlich dieses Anteiles an der Gesamtzahl der Unfälle errechnen.²⁾

Eine solche Entwicklung darf jedoch nicht über den ungeheueren volkswirtschaftlichen Schaden hinwegtäuschen, der gerade bei solchen Unfällen durch Leichtsinn der Volkswirtschaft willkürlich zugefügt wird. Es entstehen ja auch nicht nur Sachschäden, die einen Verlust volkswirtschaftlichen Realkapitals verursachen. In einer Vielzahl von Fällen werden volkswirtschaftlich vorübergehend oder dauernd wertvolle Arbeitsleistungen eingebüßt. Die tragischen persönlichen Folgen, die bei Tod oder Verkrüppelung entstehen, lassen sich nicht umschreiben. Sie fordern von der Allgemeinheit oft große Opfer und Lasten, die freilich entstandene menschliche Schmerzen nur lindern, jedoch nicht mehr beseitigen können.

Man mag daraus ersehen, daß das Branntwein-Monopol sozial-hygienische Aufgaben in erweitertem Sinne heute kaum mehr umfassend erfüllen kann, um so mehr, als die Frage des "Alkoholismus", zufolge veränderter Konsumgewohnheiten der Bevölkerung, weniger den Branntwein, als alle übrigen alkoholhaltigen Erzeugnisse betrifft.

1) u. 2) errechnet aus Stat.Jahrbuch für die Bundesrepublik, S.340, Tab. 5 a u. b.

Rückblick und Ausblick:

Das gesamtwirtschaftliche Interesse soll nicht den Nutzen einzelner - sondern den Nutzen aller Wirtschaftssubjekte bezwecken. Die historische Wurzel der Gleichschaltung gesamtwirtschaftlicher- mit den Interessen der Branntwein-Wirtschaft zeigt nicht das Streben nach einem Produktions-"Maximum"; ein "mittelbares" Versorgungs-Optimum war volkswirtschaftlich erwünscht.

Diese Unterscheidung gilt auch heute noch im Hinblick auf den gesamtwirtschaftlichen Zweck. Nur der Sinngehalt der Begriffe war im Laufe der zurückliegenden hundert Jahre ebenso einem zeitlichen Wandel unterworfen, wie das Verhältnis von Menschen und Güterwelt zueinander.

Solange Alkohol ausschließlich Genußzwecken diene, konnte eine maximale Produktion und maximale Versorgung nicht im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegen, weil die verheerenden Folgen übermäßigen Alkohol-Genusses der Gesundheit der Bevölkerung und damit auch der Volkswirtschaft auf mannigfache Weise geschadet hätten.

Das Ziel "mittelbarer" optimaler Versorgung umfaßte daher eine durch Verbrauchssteuern und Produktionseinschränkung bewirkte künstliche Verbrauchsdrösselung und außerdem die gleichzeitige Steigerung landwirtschaftlicher Erzeugung, d.h. eine "mittelbare" Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten durch Hebung der ostdeutschen Landeskultur mittels der Brepnereiwirtschaften.

Dabei war die Förderung der ostdeutschen Landeskultur um die Jahrhundertwende sicherlich nur den damals gültigen Verhältnissen ebenso von gesamtwirtschaftlichem Interesse diktiert, wie in den beiden Weltkriegen die staatliche Unterstützung zur Herausbildung neuartiger Verfahren für die Herstellung synthetischen Sprits.

Die Lösung der "Kartoffelfrage" des deutschen Ostens bis zum zweiten Weltkrieg erlangte seinerzeit gleichermaßen gesamtwirtschaftliches Interesse - wie heute die Verbilligung des Industrie-Alkohols.

Der Strukturwandel in der Spirituswirtschaft schafft in wechselseitiger Abhängigkeit auch die veränderten Voraussetzungen für eine optimale Branntwein-Versorgung in allen Verbrauchsstufen.

Die Vielfalt beabsichtigter Wirtschaftszwecke auf dem Wege der Verwirklichung gesamtwirtschaftlicher Interessen war Anlaß zu der Feststellung: das Branntwein-Monopol stelle geradezu eine Kreuzung¹⁾ vielfältiger Interessen dar, die miteinander in Wettbewerb stünden. An anderer Stelle wird die Branntweinsteuer als "Kreuz des Fiskus" angesprochen²⁾. Hieraus folgt, daß der Wettbewerb der Interessen tatsächlich die Gefahr einer "Kreuzung", d.h. Überschneidung von Interessen auslöst und daher die Einheit finanzpolitischer- und volkswirtschaftspolitischer Ziele gefährdet.

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, daß das Monopol in der bestehenden Form - als kooperative Ergänzung der sozialen Marktwirtschaft - bisweilen tatsächlich die Harmonie des erstrebten gesamtwirtschaftlichen Interessenausgleichs stören kann.

Ansatzpunkte zur Beseitigung volkswirtschaftlicher Nachteile wurden ebenso aufgezeigt, wie an anderer Stelle vermerkt werden konnte, daß die Monopolform ebenso volkswirtschaftliche Zwecke erreichen könne.

Als schwerwiegender Nachteil zeichnete sich das Verhältnis von Branntwein-Monopol und Unternehmer-Leistung ab. Aber gerade an diesem Punkte muß eine volkswirtschaftlich orientierte Kritik, unter Berufung auf das gesamtwirtschaftliche Interesse, vor kostspieligen Experimenten warnen. Eine aus der Sicht

1) Wagner, Finanzwissenschaft;

2) Jessen, Deutsche Finanzwirtschaft.

letzter technischer Erkenntnisse unzureichend erklärte Technisierung bedeutet nicht gleichzeitig ungenügende wirtschaftliche Rationalität.

Solange das volkswirtschaftlich verfügbare Risiko-Kapital so knapp ist wie zur Zeit, sind umwälzende Investitionen in den mittelständischen Bereichen der Branntweinwirtschaft - gesamtwirtschaftlich gesehen - fehl am Platz.

Eine rationelle und ergiebige Nutzung des innerhalb des Agrarspritsektors bereits vorhandenen Realkapitals gilt als naheliegendes volkswirtschaftliches Ziel.

Die erwünschte und erwartete Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands wird die strukturellen Voraussetzungen der Branntweinwirtschaft erneutem Wandel unterwerfen. Daraus ergeben sich gänzlich neue Voraussetzungen für eine optimale Sprit-Versorgung aller Verbrauchsstufen und insbesondere für die Einordnung der Vielzahl landwirtschaftlicher Kartoffelbrennereien in das "mittelbar" agrarwirtschaftliche Ziel und die in sich veränderten Absatzverhältnisse.

LITERATURANGABEN

=====

I. Bücher und Nachschlagewerke

- | | |
|--------------|---|
| Baade | Neugestaltung der deutschen Branntweinwirtschaft, Berlin, 1927 |
| Briefs | Das Spirituskartell, 1912 |
| Eheberg | Finanzwissenschaft, Leipzig, 1915 |
| Hengst | Das Brennrecht in der deutschen Monopolverordnung, 1.Aufl. 1953 |
| Herlemann | Branntweinpolitik und Landwirtschaft, Kiel, 1952 |
| Jessen | Deutsche Finanzwirtschaft, 1937 |
| Knapp | Der Wirtschaftsteil der Zeitung, Stuttgart, 1954 |
| Lauersen | Mineral-Öl als Chemie-Rohstoff, Kiel, 1952 |
| Löffmann | Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, Berlin, 1923 |
| Lieven-Hoppe | Gesetz über das Branntwein-Monopol, Kommentar, Düsseldorf, 1949 |
| Lotz | Finanzwissenschaft, Tübingen, 1931 |
| Pahl | Rohstoffe, München, 1952 |
| Rögind | Die Monopolwirtschaft auf dem Gebiet der Spiritus-Industrie, Berlin u. Leipzig, 1932. |
| Röpke | Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, Stuttgart, 1950 |
| Schmölders | Die Ertragsfähigkeit der Getränkesteuern, 1932 |
| Strothmann | Technologie des Gärungsgewerbes, München, 1950 |
| Terhalle | Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin, 1948 |
| Wagner, A. | Finanzwissenschaft, IV. Band |

- Weber, A. Kapitalbildung als Voraussetzung für den volkswirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, München, 1957
- Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, 7.Aufl.
- Kurzgefaßte Volkswirtschaftspolitik, 7.Aufl.
- Weber-Meinhold Agrarpolitik, Berlin, 1951.

II. Denkschriften, Diplom-Arbeiten, Drucksachen

- K.R.Dietrich Die indirekte Wirtschaftslenkung als Symbiose von freier und gelenkter Wirtschaft - ein Bedürfnis der Branntweinwirtschaft zu ihrer Gesundung, 1953
- H.z.Eltz Die Verwertung der Kartoffelernten in Bayern unter besonderer Berücksichtigung Brennerei.
Diplomarbeit - Weißenstephan 1954
- Reindel Stellungnahme zu dem Gutachten von Prof. Dr. Hans Ritschl v. 17.7.49 über die Entbehrlichkeit der Kartoffelspritzbrennerei, Weißenstephan 1949
- Ritschl Gutachten über die Entbehrlichkeit der Kartoffelspritzbrennerei usw., dem Finanzwissenschaftlichen Beirat erstattet am 17.7.1949 und 9.9.1949
- Schmölders Die Reform der Branntweinbesteuerung in Westdeutschland, Köln, 1950
- Bundestagsdrucksachen 1. Wahlperiode Nr. 3025, 3381, 4263, 5263;
2. Wahlperiode Nr. 464, 2100.
- Reichstagsdrucksachen Nr. 1460, II.Session 1914/18.

III. Statistik

Der Außenhandel in der Bundesrepublik Deutschland,
Teil 2, der Spezialhandel nach Waren, Heft 12, 1951/54

Statistische Berichte, Arb.Nr. VII/66/4-6

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland,
1955 und 1956

Brennerei-Kalender 1954/57, Herausgeber M.Beck, Dortmund

DKV Zahlenspiegel, Münster, 1954

IV. Zeitungen und Zeitschriften

Chemiker-Zeitung, 78.Jg., Heidelberg

Chemische-Industrie, Düsseldorf, Jg. 1952

Der Volkswirt, Deutsche Zeitung, Stuttgart

Die Alkohol-Industrie, Düsseldorf, 1949/57

Neue Mitteilungen für die Landwirtschaft.

Lebenslauf.

=====

Geburtsdatum, Eltern, Bekenntnis:

Am 28.6.1925 wurde ich in München als Sohn des im Jahre 1944 verstorbenen Ziv.-Ing., Herrn Wilhelm Geyr und seiner Ehefrau Wilhelmine, geb. Zimmerschied, geboren. - Ich bin römisch-katholischen Bekenntnisses.-

Bildungsgang:

Die Volksschule besuchte ich ab 1931 in Bottrop in Westfalen, später in München. An der Gisela-Oberrealschule in München habe ich im Mai 1943 die Hochschul-Reife erworben. - Im Sommer-Semester 1947 nahm ich an einem für Kriegsteilnehmer an der Universität abgehaltenen "Förderungskurs" teil und legte die vorgeschriebene Ergänzungsprüfung zum "Reife-Vermerk" ab. -

Volkswirtschaftliches Studium:

Die Anregung zum volkswirtschaftlichen Studium geht auf eine Tätigkeit zurück, die ich als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Referat Wirtschafts-Statistik des Bayerischen-Statistischen-Landesamtes vom 1.2.1946 - 30.4.1947 ausgeübt habe. Mein besonderes Interesse galt daher zu Beginn des Studiums gerade diesem Wissenszweig. - Die Übergangswirtschaft, die Neuordnung des Geldwesens und die damit verbundene Abkehr von der Planwirtschaft boten mir - als jungem Studenten der Volkswirtschaft - vielfältiges wirtschaftspolitisches Anschauungsmaterial. Ich habe mich bei der Auswahl der besuchten Vorlesungen und Übungen von der Absicht leiten lassen - die Gelegenheit zu nutzen - mithilfe der Hochschule zu erlernen, die wirtschaftspolitischen Gegenwarts-

fragen wissenschaftlich zu durchdenken. Unter dieser Sicht habe ich die volkswirtschaftspolitischen Vorlesungen und Übungen in meinem Studienplan überwiegend in den Semestern kurz vor und nach dem Währungsschnitt belegt.

Im Jahre 1950 mußte ich meine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung für zwei Semester unterbrechen, um mir als Werkstudent die Mittel für die Fortführung des Studiums zu erarbeiten.

Nach meiner Rückkehr zur Universität habe ich nochmals mehrere Übungen einzelner Wissensbereiche besucht und dabei gut beurteilte schriftliche Arbeiten gefertigt. Vor der Diplomprüfung, welche ich nach dem 7. Semester erfolgreich ablegte, habe ich in den Seminaren von Herrn Prof. Lukas† und Herrn Prof. Pfister mitgearbeitet. Nach der Diplomprüfung habe ich an dem Seminar von Herrn Geheimrat Adolf Weber teilgenommen.

Das spezielle Thema meiner Dissertation verfolgt den Wunsch, die in einem Brennerei-Gut übernommene berufliche Aufgabe in volkswirtschaftlicher Sicht zu erweitern und dabei in wissenschaftlichem Bemühen früher erworbene volkswirtschaftliche Kenntnisse zu vertiefen. -

An dieser Stelle möchte ich Herrn Geheimrat Weber aufrichtig Dank sagen für die Übernahme des Referates, insbesondere aber auch für Anregungen und Hinweise, die ich seinen Lehrbüchern und Schriften entnehmen durfte.

